

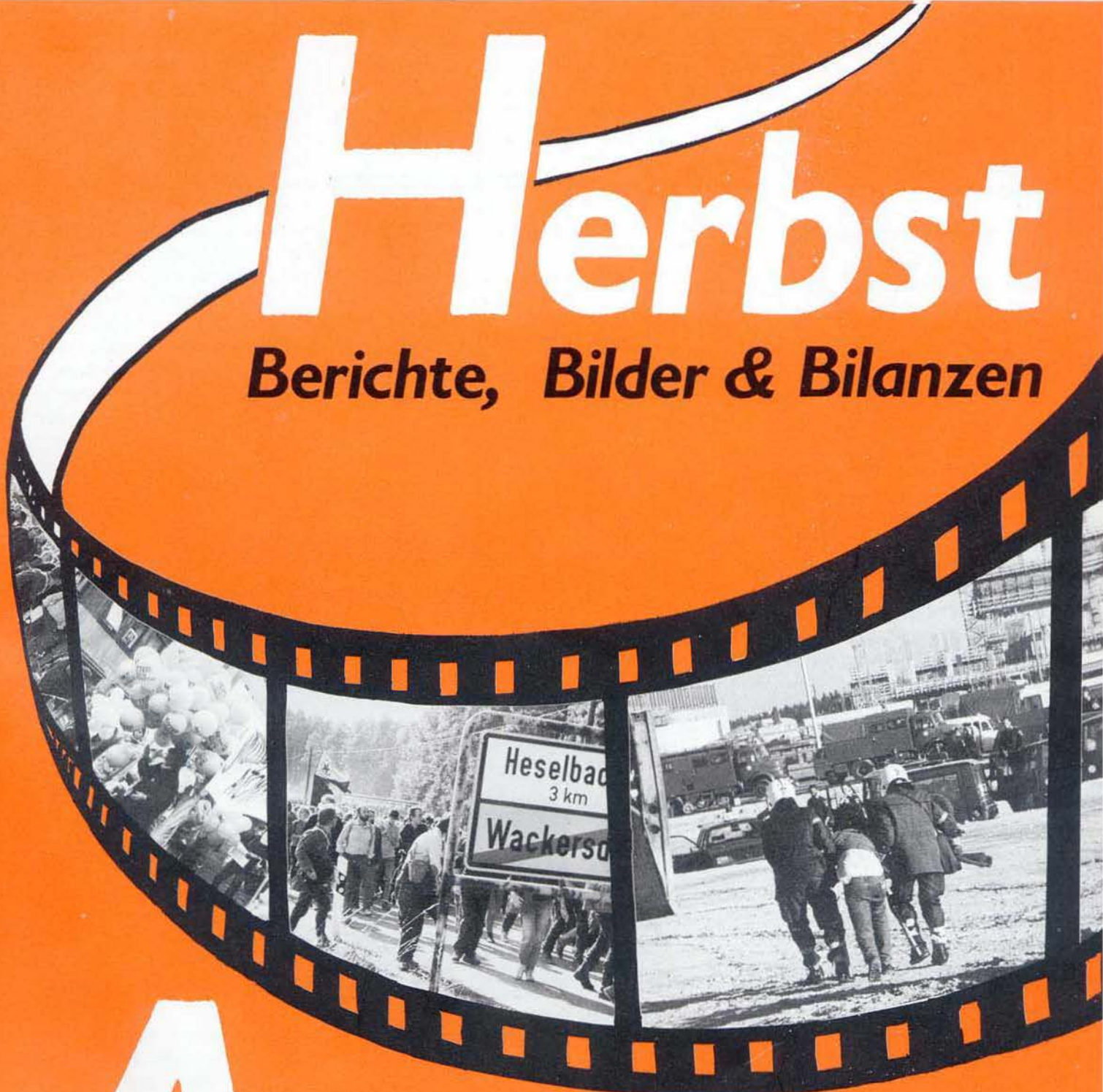
Radi Aktiv

bayerisches AntiAtomMagazin

Ausgabe 15 Nov 87 4 DM

Herbst

Berichte, Bilder & Bilanzen



Aktionen

Collection *Lukas* foundation

www.lukas.org

Digitized 2019

IMPRESSUM:

Herausgeber:

LAKO - Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:

NIGA - Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen

V.i.S.d.P.:

Loretta Ash
Kirchenweg
Nürnberg

RADI AKTIV Ausgabe 15

Auflage: 3.000

Erscheinungsdatum: 25.11.87

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bestellungen:

RADI AKTIV

Rothenburger Str. 106

85 Nürnberg 70

Tel.: Mi von 17-19 Uhr

0911/28 89 46

Einzelpreis: 4,-DM

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet incl. Porto 25,-DM. Ein Förderabo kostet 30,-DM.

Wiederverkäufer erhalten ab 5 bestellten Heften einen Rabatt. Für sie kostet das Heft dann 3,-DM zuzüglich Porto.

Konto:

Postscheckkonto Nürnberg

Anita Aschenbrenner

(Sonderkonto)

Kto.-Nr. 113 237-850

INHALT

HERBSTAKTIONEN

Erfolgreicher Abschluß - 40 000 am Bauzaun	4
Redebeiträge auf der Kundgebung	8
Herbstoffensive	14
Trägerkreis - Abschlußerklärung	17
Aktionstage	19
Einschätzungen	23
Berichte	29
Fotos	32

CS-GAS	34
------------------	----

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS	35
---	----

PROZESSE	37
--------------------	----

GRONAU	39
------------------	----

NO MORE HEROES	41
--------------------------	----

KURZMELDUNGEN / LESERBRIEFE / BUCHTIPS	43
--	----

2. Radi-Prozeß

PROZESSTERMIN

**Berufungsverhandlung
Mittwoch 2.12.87, 9⁰⁰ Uhr
Langericht Nürnberg Zi 128/I**

VORWORT

(einige empörte Leserbriefe erreichten uns schon)! Wir wollten aber unbedingt die Berichte und Stellungnahmen zu den Herbstaktionen mit aufnehmen.

IN EIGENER SACHE

Eigentlich sollte dieses Vorwort folgendermaßen beginnen: "Wie Ihr sicher sofort festgestellt habt, hat die neue Ausgabe der RADI-AKTIV nur noch 32 Seiten...."

Zunächst einmal eine Entschuldigung: die jetzige RADI-AKTIV ließ über die Maßen lange auf sich warten

Zwar waren wir wild entschlossen, RADI-AKTIV Nr. 15 nur noch mit diesem Um-

fang zu produzieren. Wegen der zahlreichen Berichte und Kommentare zu den Herbstaktionen haben wir dieses Ziel beim besten Willen nicht erreichen können. Trotzdem einige Worte zu notwendigen "Rationalisierungsmaßnahmen":

Zwar hat die Anti-WAA-Bewegung durch die Herbstaktionen einen neuen Höhepunkt erlebt. Dennoch müssen wir konstatieren, daß dies die erste große Aktion nach einem Jahr war. Der Verkauf der RADI-AKTIV lebte aber gerade von diesen Großaktionen, mindestens die Hälfte der Auflage wurde im Handverkauf vertrieben. Damit ist also nicht nur der direkt von uns organisierte Verkauf zurückgegangen sondern ebenso die Bestellungen anderer Wiederverkäufer. Da uns die Erstellung eines Heftes wie des letzten mit allem Drum und Dran schlauke 10.000 DM kostet, also mindestens 2.500 Hefte verkauft und bezahlt werden müssen, sind wir gezwungen, uns Gedanken über drastische Kosteneindämmung zu machen.

Deshalb haben wir vor, die Ausgaben mit möglichst weniger als bisher 64 oder mehr Seiten zu produzieren. Die Anzahl der RADI-AKTIV-Ausgaben werden wir den Bewegungsumständen anpassen, d.h. wenn wenig los ist, gibt's auch weniger RADI-AKTIV pro Jahr (Beruhigung für die Abonnenten: selbstverständlich bekommt Ihr weiterhin fünf Hefte für DM 25.- bzw. DM 30.-).

Eine weitere Rolle für diese Maßnahmen spielt auch die Tatsache, daß in der RADI-Redaktion einige Änderungen eingetreten sind; manche, die vorher sehr viel Zeit für die RADI-AKTIV aufwenden konnten, können dies aus beruflichen Gründen nicht mehr - zumindest nicht mehr in diesem

Umfang - fortsetzen.

Grundsätzlich halten wir es aber nach wie vor für notwendig, auch in "ruhigeren Zeiten die RADI-AKTIV als Diskussions- und Informationsorgan für die Bewegung zur Verfügung zu stellen. Auch wenn die Bewegung vor den Herbstaktionen relativ wenig öffentlich von sich hören ließ und Krisendebatten führte - der Widerstand wird weitergehen, denn der Bau der WAA ist schließlich bis jetzt noch nicht gestoppt. Angesichts dessen wird es auch immer etwas zu berichten und zu diskutieren geben.

Nichts zu den Schüssen an der Startbahn?

Auch wenn dieses Thema derzeit die Diskussionen bestimmt: Wir haben dazu nichts in dieses Heft aufgenommen. Zum Redaktionsschluß lag uns lediglich ein kommentierendes Flugblatt eines Nürnberger Bündnisses vor - das schien uns zu wenig angesichts der Bedeutung der Ereignisse. Eine eigene Stellungnahme zu erarbeiten, war uns in der Kürze der Zeit ebenfalls nicht möglich. Dazu kommt noch folgendes:

Fest steht zwar, daß die Polizistenmorde den radikalen außerparlamentarischen Bewegungen nur geschadet haben. Wir halten jedoch nichts davon, ohne genaue Kenntnisse über die Abläufe in Frankfurt irgendwelche "Konsequenzen" zu diskutieren, wie es zur Zeit von verschiedenen Seiten gefordert und praktiziert wird. Richtige Konsequenzen lassen sich nur auf Basis von Fakten ziehen. Es macht schließlich einen nicht unerheblichen Unterschied, ob es sich bei dieser katastrophalen Aktion um eine Polizeiprovokation (was bis

jetzt jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann) oder tatsächlich um eine verantwortungslose und konkret zu verurteilende Tat von durchgeknallten Startbahngegnern handelt (oder u.U. um beides - Modell Schmücker).

Wer auf so einer Basis "Konsequenzen" fordert, verschleiert nur seine eigentlichen Ziele. Die Zimmer- und Möllemänner betreiben dabei noch das durchsichtigste Geschäft. Die Schilys und Schoppes dagegen fechten mithilfe der Startbahnereignisse ihre internen Auseinandersetzungen mit dem linken Parteiflügel aus und sahen offenbar eine wunderbare Chance, diesem einen Schlag zu versetzen. Darüberhinaus schüren sie die Stimmung gegen die gesamte militante Linke: Wenn Waltraud Schoppe im Bundestag an die nicht anwesenden Teile der Bewegung appelliert "Helme ab, Masken runter!", dann folgt sie der gleichen Logik wie die Regierungspropaganda, nämlich daß zwischen Vermummung und Radikalität einerseits und den Schüssen andererseits ein Zusammenhang bestünde. Gegen dieses Aufpeitschen der Stimmung und den Versuch, die radikalen Teile der Bewegungen zu isolieren, werden wir uns wehren!

Für uns gibt es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen linker, radikaler, "autonomer" Politik einerseits und den Polizistenmorden andererseits. Wir wollen daher im Moment vor allem wissen, was an der Startbahn passiert ist. Dann kann auch auf dieser Grundlage über etwaige Konsequenzen diskutiert werden. Vielleicht schon in der nächsten RADI-AKTIV.

die Redaktion der

RADI AKTIV

Trotz Verbots, Polizei-Verhaftungsterror, trotz RAF Hetze und trotz großer politischer Gegensätze in der Vorbereitung nahmen 40 000 WAA-Gegner am 10.10. an der Abschlußkundgebung der Aktionstage gegen die WAA teil und zogen anschließend zum Bauzaun.

Auf eindrucksvolle Weise wurde demonstriert, daß der WAA-Widerstand nicht gebrochen ist, daß in Bayern die Grundrechte zwar ausser Kraft gesetzt sind, aber es noch immer viele Menschen gibt, die sich ihr Recht nehmen und auch weiterhin mit Widerstand auf allen Ebenen zu rechnen ist.

Was blieb da der hilflosen Staatsgewalt anderes übrig, als unter dem Motto „Knüppel frei“ wahllos die Demonstration zusammenzuknüppeln, um wenigsten in der gleichgeschalteten bürgerlichen Öffentlichkeit des Bild der randalierenden Horden zu verbreiten. Doch auch dieser Schuß ging nach hinten los. Zum ersten Mal stand die Brutalität der Polizei im Mittelpunkt öffentlicher Kritik. Doch Welch ein Glück, daß da auch eine Berliner Polizeieinheit beteiligt war, der man alles in die Schuhe schieben kann und selbst ein Staatsanwalt wurde eingeschaltet um die Polizei wieder reinzuwaschen.

RAF – Anschläge in Wackersdorf?!

Die Methode ist so alt wie die RAF und pünktlich zum 10. Jahrestag des **Deutschen Herbstes** mußte sie mal wieder erhalten, um Stimmung gegen die Anti-WAA-Aktionstage zu machen.

Wie gewöhnlich gut unterrichtete Sicherheitsorgane ließen durch die Mittelbayerische Zeitung verbreiten, aus der Tatsache, daß die RAF dieses Jahr noch nicht in Erscheinung getreten sei, ließe sich auf die Vorbereitung neuer Anschläge schließen. Helmut Trometer (Präsident des LKA) wußte es dann ganz genau, denn seit ihrem Kongress in Frankfurt (seit wann darf denn die RAF in der BRD Kongresse abhalten?) beschäftigte sich die RAF mit dem Thema Wackersdorf. Er gehe davon aus, daß die Terrorgruppe Rote-Armee-Fraktion ihre Handlungsfähigkeit in Kürze unter Beweis stellen und durch Anschläge in und um Wackersdorf in Erscheinung treten werden. Da passten natürlich zwei Anschläge auf ein OBAG Schaltwerk und auf ein Betonwerk in der Nähe des Baugeländes voll ins Konzept und so wurden abwechselnd Revolutionäre Zellen, militante Einheimische oder die RAF als mögliche Täter genannt.

„Denn die RAF hat die Arbeitsweise der Revolutionären Zellen im letzten Jahr übernommen“ (gut unterrichtete Sicherheitskreise lt. MBZ 23.9.)

Zum ersten Mal wurde in Wackersdorf so massiv mögliche Anschläge der RAF als Abschreckungspropaganda eingesetzt. Jeder anständige Bürger war also gewarnt, sich nicht an den Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen und sich nicht mit Terroristen und deren Anhang zu solidarisieren.

Besser ist es bei dieser „Bedrohung“ schon, Hilfspolizei zu spielen und alles verdächtige der Polizei zu melden. (z.B.)

Erfolgreicher Abschluß 40 000 am Bauzaun

Wie erwartet: Demo wird verboten

Die Aktionstage waren unterschiedlich erfolgreich, aber die Polizei ließ keine Gelegenheit und keinen Rechtsbruch aus um Wohnungen zu durchsuchen, Treffen aufzulösen, WAA-Gegner festzusetzen. Da ließ sich auch der VGH nicht lumpen und bestätigte letztinstanzlich das Verbot der Demonstration. Der entscheidende Grund dafür war die angeblich magische Kraft des Bauzauns:

„Im Falle der Durchführung des Demonstrationzuges zum Baugelände der WAA sowie etwaiger Kundgebungen am oder in der Nähe des Baugeländes muß mit unmittelbaren Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gerechnet werden.“

zu den militanten Kernkraftgegnern rechnet.“

(aus der Verbotsbegründung des Landratsamts Schwandorf)

Da beißt sich die Katze doch in den Schwanz. Das wogegen wir demonstrieren, erst recht wenn es (aufgrund staatlicher Willkür) bis lang wirkungslos war, weckt bei uns Emotionen sowie unsere latent vorhandene Gewaltbereitschaft und deshalb muß diese Demonstration von Gewalttätern verboten werden.

Diese Rechtskonstruktion ist so famos, damit kann man wirklich alles verbieten.

Zur genehmigten Kundgebung versammelten sich ca. 25 000 WAA-Gegner. Von allen Rednern wurde hier noch einmal



FOTO: Norbert Kraft

Der Bauzaun wird von allen Gegnern der Wiederaufarbeitungsanlage als ein Symbol dafür angesehen, daß diese Anlage gegen den Willen der Kernkraftgegner entstehen soll. Der Bauzaun weckt deshalb unter den Gegnern der Wiederaufarbeitungsanlage heftige Emotionen, so daß die Teilnehmer des Aufzuges oder etwaiger Versammlungen schon beim Anblick des Zaunes eher zu Ausschreitungen neigen. Diese emotionsbestimmte Ausschreitungsgefahr gegenüber dem Bauzaun als Symbol der Wiederaufarbeitungsanlage wird noch gesteigert durch den Effekt, den das Zusammensein mit einer größeren Anzahl Personen für den Einzelnen bedeutet. Das Zusammensein in einer Menschenmenge vor dem massiven Bauzaun, der den Gegnern der Wiederaufarbeitungsanlage die **Wirkungslosigkeit ihrer bisherigen Äußerungen vor Augen führt, kann zu einer Solidarisierung mit Gewalttätern führen und stärkt auch die latent vorhandene Gewaltbereitschaft des einzelnen, der sich selbst nicht**

deutlich gemacht, daß wir uns unser Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen. Als erster Redner wies Albert Vetter (Betriebsrat der Maxhütte noch einmal auf den Zusammenhang zwischen Maxhüttenkonkurs und der WAA hin: „Jahrhunderte alte Strukturen der Oberpfalz, wie Porzellan, Glas und die Stahlindustrie werden systematisch von Regierung und Kapital in die Knie gezwungen, um Platz, Raum und Akzeptanz für Plutonium zu schaffen.“

Petra Gassong (Mitglied der IPPNW) stellte auf der Kundgebung die Position der Friedensbewegung dar und unterstrich den Zusammenhang zwischen WAA, Atomwaffen und Polizei/Atomstaat.

Als letzter sprach Wolfgang Ehmke von der BI 1 Lüchow-Dannenberg. Wichtig war ihm die Parteiunabhängigkeit und Radikalität der Anti-AKW-Bewegung anzumahnen. Auch stellte er dar, mit welcher „krimineller Energie“ die Atomlobby und die Politiker das Atomprogramm vorantreiben.

uß der Aktionstage:



„Mit **Gewalt** setzt die Atomlobby das Atomprogramm durch, obwohl eine satte Mehrheit der Bevölkerung von der Atomkraft nichts mehr wissen will! Bestechungsgelder wie bei der Atomtransport Transnuklear, illegaler Betrieb von Atomanlagen, so der Anklagepunkt in Hanau, fahrlässige Tötung im Schacht 1 in Gorleben – so lautet unser Vorwurf und wir können ihn belegen – welch **kriminelle Energie!**“

Demo: Fast ohne Behinderungen bis zum Bauzaun

Das Interesse an der Kundgebung war bei vielen Teilnehmern nicht besonders groß. Viele WAA-Gegner machten sich direkt auf zum Bauzaun und schon während der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationzug, der sich gleich nach Ende der Kundgebung auf zwei Routen in Bewegung setzte. Womit die wenigsten gerechnet hatten, war wohl, daß keine relevante Gruppe aus dem Demozug ausscherete und so zog die ganze Kundgebung ge- und entschlossen zum Baugelände.

Die Polizei war auf eine derart große und geschlossene Demonstration nicht vorbereitet und so gelang es ohne größere Behinderung bis zum Bauzaun zu ziehen. Lediglich eine Polizeisperre hielt für kurze Zeit einen Demonstrationzug auf, ließ ihn aber nach einigem Gerangel passieren.

Ansonsten beschränkte sich die Polizei darauf ständig aus sicherer Entfernung durch Lautsprecher darauf hinzuweisen, daß dies ein verbotener Aufzug sei.

„Massenhafter versuchter Todschatz“ am Bauzaun

Am Bauzaun konnte dann niemand so recht glauben, daß es so einfach gewesen war, die Demo zum Bauzaun zu führen. Da jedoch nicht sein kann, was nicht sein darf, daß sich nämlich % 40 00 Terroristenfreunde, Systemveränderer, Kommunisten ihr Demonstrationsrecht nehmen und einzig aufgrund ihrer Solidarität und Geschlossenheit diese durchführen könne und daß diese sich auch noch ohne zu randalieren am Bauzaun niederlassen, mußte nun also die Polizei wiederum selbst ihr Bild zurechtrücken.

Völlig ohne Anlaß/Vorwand begann die Polizei gleichzeitig vom WAA-Haupttor heraus und vom Roten Kreuz aus wahllos auf alles einzuprügeln was ihnen in die Quere kam.

Nach Augenzeugenberichten schlugen die Polizisten, besonders eine Berliner Spezialeinheit, mit noch nie dargewesener Brutalität teilweise gezielt auf ungeschützte Köpfe. Dabei zerbrach auf einem Kopf ein Holzknüppel. Auch auf eine



FOTO: Norbert Kraft

schon verletzte am Boden liegende Demonstrantin und auf die behandelnde Rettungssanitäterin schlugen die Polizisten gezielt ein.

Die Sanitäterin wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung einer Halswirbelerkrankung ins Krankenhaus eingeliefert.

Den Veranstaltern sind 2 weitere stationäre Krankenhauseinweisungen und 29 ambulante Krankenhausbehandlungen in Folge des Polizeieinsatzes bekannt. Die Dunkelziffer liegt erfahrungsgemäß aber weit höher.

Die mittelbayrische Zeitung, sonst eher für eine distanzierte Berichterstattung bekannt schildert die Ereignisse recht eindrücklich:

„Unbeschreibliche Brutalität“

Fassungslos beobachten Oberpfälzer und auswärtige WAA-Gegner am Rande des Geschehens, was sich vor ihren Augen abspielte. Mit unbeschreiblicher Brutalität schlugen Polizisten auf Demonstranten ein. Frauen und Männer, die vor Angst die Arme erhoben hatten, zum Zeichen daß sie wehrlos seien, wurden niedergerknüppelt; Pressevertreter, die unübersehbar ihren Ausweis hochhielten, wurden zu Boden geworfen. „Das gibt es doch nicht“, „Das darf doch nicht wahr sein“ – entsetzt mußten viele mit ansehen, wie sich die Berliner Polizisten wahllos Demonstranten herausgriffen und zum Teil so lange auf sie einprügelten, bis diese bluteten.

Manche der Beamten der Berliner Polizei hatten gleich zwei Knüppel in der Hand. Wer nicht rechtzeitig und schnell genug aus ihrer Reichweite kam, kam im günstigsten Fall mit blauen Flecken davon. In panischer Angst flüchteten die Demonstranten vor den Berliner Polizisten. Diese

gehorchten offenbar einem Befehl aus dem Walkman in ihrem Helm niemand konnte absehen, wann wieder eine Gruppe „angreifen“ würde. Häufig war zu beobachten, daß einer aus der Gruppe der Polizei mit dem Schlagstock auf eine Person unter den Demonstranten deutet. Auf diese(n) WAA-Gegner(in) stürzten sich dann mehrere Polizisten. Pressevertreter waren bei diesen Attacken nicht ausgenommen, ganz im Gegenteil, mehrere Fotografen mußten die schmerzliche Erfahrung machen, daß es die Berliner Polizei offenbar auch auf Journalisten abgesehen hatte.

Wie auf einem Schlachtfeld

Der Platz zwischen Chaoteneck und Hauptort erinnerte an ein Schlachtfeld. An allen Ecken und Enden mußten Verletzte versorgt werden: Einem WAA-Gegner war das Ohr halb abgerissen worden. Ein anderer hatte ein faustgroßes Loch im Kopf. Er verlor viel Blut, wurde ohnmächtig und trotz seiner schweren Verletzungen, wie Augenzeugen beobachteten an den Haaren in Richtung Bauzaun gezogen. Über eine Stunde lang mußte eine junge Frau an Ort und Stelle von einem Notarzt versorgt werden, ehe sie im Krankenwagen transportiert werden konnte. Ein Polizist hatte ihr mit seinem Schlagstock mit voller Wucht ins Genick geschlagen.

Um die schwerverletzte junge Frau hatten WAA-Gegner schützend einen Ring gebildet. Trotzdem schreckte die „Berliner Truppe“ nicht davor zurück, auf die Gruppe um die Verletzte zuzustürmen. Sie scheuten sich auch nicht, einen Sanitäter anzugreifen, der einem Verletzten helfen wollte. Als die Tausenden von Demon-

stranten am späten Nachmittag geschlossen den Rückzug antraten, steckte vielen von ihnen die Angst noch in den Knochen. Rechts und links und hinter ihnen Polizei. Diejenigen, die gesehen hatten, wie man vor dem Zaun mit WAA-Gegnern ungegangen war, beobachteten bange jede Bewegung der Polizeigruppen. (MBZ 12.10.)

Einmütig war auch die Reaktion der Teilnehmer und des Trägerkreises. „Die Prügelorgie am Bauzaun war Teil der Polizeistrategie“ (Trägerkreis), „massenhafter versuchter Totschlag“ (MdB Michael Weiß) „kein Unterschied zu Südafrika und Chile“ (Hans Schuierer). Selbst die SPK verurteilte die Polizeieinsätze und kündigte an, für eine lückenlose Aufklärung zu sorgen!(?) (man darf gespannt sein).

Um die Kritik aufzufangen wurde von der Polizei die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die hat aber keinen anderen Zweck, als bei solch massiver Kritik, von einer „unabhängigen“ Instanz die Rechtmässigkeit des Polizeieinsatzes und die Unschuld der Polizisten zu bestätigen. Innenminister Lang ließ daran keinen Zweifel aufkommen. Er lobte die hervorragende Arbeit der Polizei und hob besonders die Verdienste der Berliner Beamten hervor.

Das jetzt besonders die Berliner Sondereinheit im Mittelpunkt der Kritik steht, mag angesichts ihres exponierten agierens auf der Demonstration durchaus berechtigt sein. Es sollte aber nicht verdecken, daß auch bayrische Polizei an dem Polizeieinsatz beteiligt war und er ganze Einsatz von der Bayerischen Polizei (und der Landesregierung) geplant und angeordnet wurde. Ausserdem gibt es aus der Vergangenheit genügend Beispiele für Prügelorgien, Giftgaseinsätze o.Ä. bayrischer Polizeieinheiten.

Berliner – nein danke!

SCHWANDORFLANDKREIS (ek). Von John F. Kennedy stammt der legendäre Ausruf, „Ich bin ein Berliner“. Seit dem Einsatz der brutalen Schlägertruppe in der Montur der Berliner Polizei während der Aktionstage, hat sich der ursprüngliche Sinn dieses Satzes in sein Gegenteil verkehrt. Die ungerügten Gewaltausbrüche gegen nachweislich unbeteiligte und friedliche Demonstranten sind völlig unverständig, unverantwortlich und erfüllen jeden, der sie miterleben mußte, mit einem alptraumartigen Entsetzen. Was geht in diesen emotional aufgeladenen, bis zur Unkenntlichkeit mit Schutzvorrichtungen bepackten, schlagstockschwingenden Monstern vor, wenn sie wahllos alles niederknüppeln, was ihnen nicht schnell genug ausweichen kann? Sind sie bei den Einsatzbesprechungen nicht darauf hingewiesen worden, daß sie es zum allergrößten Teil mit besorgten Bürgern zu tun haben, die ihr grundgesetzlich garantiertes Demonstrationsrecht in Anspruch nehmen und die, wenn sie schon die Ordnungswidrigkeit begehen, sich nicht an die Auflagen des Verwaltungsgerichtshofes zu halten, noch lange keine Schwerverbrecher sind. Oder sollen demnächst auch Falschparker aus ihren Autos gezerrt und niedergeknüppelt werden? Sind wirklich Oberpfälzer Bürger die geeigneten Objekte, auf deren Rücken sich diese Rambos ihren Frust aus dem Leib prügeln? Bei der Anforderung von Polizeikräften anläßlich der nächsten Großdemonstration sollte die Bayerische Einsatzleitung ein entsprechendes Angebot aus der früheren Reichshauptstadt ganz cool mit dem Satz ablehnen: „Berliner – nein danke!“

MBZ 12.10.77



Ausschreitungen der Polizei am Bauzaun von Wackersdorf

Wochenblatt Fotograf Bernd Greipel schwer verletzt

Demokratie niedergeprügelt

Sanitäterin in Wackersdorf verletzt – „Ich leb ja noch“

Augenzeugen berichteten über Knüppeleinsätze



FOTO: Norbert Kraft

Positive Bilanz der Demonstration

Auf dem Nachbereitungstreffen des Trägerkreises wurde die Demonstration (und die Aktionstage) überwiegend als großer Erfolg bewertet, der für den WAA-Widerstand ein qualitativer Fortschritt darstelle. Zur Demonstration wurde lediglich kritisch angemerkt, daß es am Bauzaun nicht gelungen sei, die Geschlossenheit des Zuges beizubehalten, um sich gegen die Polizeiübergriffe schützen zu können. Dabei wurde bemängelt, daß es hierzu keinerlei Absprachen im Vorfeld gegeben habe. Deshalb sei es auch schwierig gewesen, sich am Bauzaun wieder zu sammeln um geschlossen zurückzuziehen. Viele Demonstranten seien auch nicht auf derartige Demonstrationen vorbereitet gewesen.

Für die nächsten Aktionen wurden Verhaltensabsprachen unbedingt für notwendig gehalten.

Lediglich das Info-Büro und die Autonomen, die sich nicht an den Aktionstagen beteiligt hatten, gaben eine andere Einschätzung. Für sie war die Demonstration kein Erfolg. (siehe Stellungnahme) Die BI Schwandorf merkte noch an, daß für die die Aktionstage besonders wichtig gewesen waren; und vielen Einheimischen wieder Mut (Wut) gemacht hätten, aktiv zu werden.

Bleibt zu hoffen das diese erfolgreichen Herbstaktionen, nach dem Durchhängen im letzten Jahr, den Auftakt bilden zu neuen massenhaften, radikalen Aktionen gegen die WAA in Wackersdorf.



STEFAN BERICHTET

von der Demo am 10. Okt. in Wackersdorf

Vor ungefähr einem Monat fuhr ich mit meiner Mutter nach Wackersdorf zur WAA um zu demonstrieren. Am anfang war eine Kundgebung, es ferlief alles gut. Danach war die Demo. Die Bullen riefen mit Lautsprechern rüber: "die Demo muß sofort aufgelöst werden!" Doch es kamen nur Pffiffe rüber. Dann kamen wir durch ein Dorf und erfuhren das am Bauzaun der WAA Berliner Brügelbullen waren. Sie waren mit Knieschützern, Ellenbogenschützern, Brustschützern, C.S gas ausgerüstet und Helmen zum schützen des Hirns so fern sie eines haben. Es waren 30 000 Menschen da, 9 500 Bullen und 500 Prügelbullen. Wir kamen an die die erste Polizeisperre, fast alle gingen durch den Wald und schon hatten wir die Polizeisperre umgangen und landeten auf der Straße zur WAA. Die Bullenhubschrauber flogen zehn meter über dem Wald. Nach einer halben Stunde sah man den Bauzaun schon. Alle liefen vor zum Zaun. Doch plötzlich stürzten die Bullen aus dem Tor des Zauns und knüppelten in die menge. Ich bekam Angst, wir rannten alle zurück, doch sie zogen wieder ab. Zehn Minuten vergingen dann gingen wir wieder hoch, man hörte schüße von Tränengas Gewehren. Da sah ich wie die Berliner Polizisten kamen und noch viele andere Bullen. Ich bekam schlagartig Angst. Wir rannten durch den Wald auf die Straße und wir sahen wie die Polizisten von hinten angriffen. In mir bodelte es vor Wut!! Langsam gingen wir zurück. Wir sahen wie die Hubschrauber landeten und wie noch ungefähr 5 000 Polizisten kamen. Wir gingen zum Auto und hörten Nachrichten. Wir hörten: " zwei Menschen haben wahrscheinlich Schädelbruch und eine Frau Querschnittslähmung." Wir fuhren nach hause und ich war froh das nichts pasirt war.

Stefan (10)

FOTO: SOFA - Uli Dahlinger



Redebeiträge

zum Abschluß der

Ak

**Auszüge aus der Rede von Albert Vetter,
Betriebsrat Maxhütte**

MH ja / WAA nein

Bertolt Brecht sagt uns:

Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt und läßt andere kämpfen für seine Sache, der muß sich vorsehen: denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der muß teilen die Niederlage.

Ihr seid heute nicht zu Hause geblieben, dafür bedanke ich mich bei Euch auch im Namen meiner Kumpels von der Maxhütte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freunde im Kampf gegen die WAA!

Vor 26 Jahren, als ich eine Schlosserlehre in der Maxhütte antrat, waren wir 10 000 Beschäftigte in der Maxhütte. Heute sind wir nur noch 3 450 Beschäftigte und das bei mehr als der doppelten Produktionsmenge gegenüber von damals. Heute müssen wir feststellen, daß mehr Polizisten in der Oberpfalz sind als Stahlarbeiter – und das ist eine Schande für die Oberpfalz – ja für ganz Bayern!

Jahrhunderte alte Strukturen der Oberpfalz, wie Porzellan, Glas, und die Stahlindustrie werden systematisch von Regierung und Kapital in die Knie gezwungen, um Platz, Raum und Akzeptanz für Plutonium zu schaffen.

Aber liebe Freunde, und wenn sie unsere ganzen Arbeitsplätze in der Maxhütte kaputt schlagen,

– Wir wollen keine WAA!

– Wir wollen kein Plutonium!

Das sind wir alleine schon unseren Kindern schuldig! 22 militärische Garnisone, der größte militärische Truppenübungsplatz, Grafenwöhr, auch das ist Oberpfalz. Ein Blick in die eigene Familie zeigt mir:

– Mein Großvater wurde dort auf den 1. Weltkrieg vorbereitet, geschliffen und gedreht.

– Mein Vater wurde dort auf den 2. Weltkrieg vorbereitet, geschliffen und gedreht.

– Ich selber war 1969 als Wehrpflichtiger in Grafenwöhr und mußte mit ansehen, wie junge amerikanische Männer geschliffen und gedreht wurden, um anschließend in Vietnam verheizt zu werden.

Wann begreifen wir?

Kurt Tucholski sagt uns:

– Leutnants, saufen, fressen und huren, wenn sie gerade nicht in Urlaub fahren, und der Mann schwitzt und marschiert, bis er krepirt.

Liebe Freunde, begreifen wir doch, daß wir es sind, die den Blutzoll zahlen für ihren Hochmut.

Die Maxhüttenbelegschaften leben seit Monaten in Angst und ein Kollege sagte es in der Betriebsversammlung sehr treffend: Wir haben Angst auf Schicht, auf 1., auf 2. und auf 3. Schicht.

Vorerst hat der Gläubigerausschuß vor ein paar Tagen beschlossen, die Maxhütte bis 31. Dezember 1987 weiterzuführen.

15 % ist derzeit die Arbeitslosenquote am Arbeitsamt Sulzbach, der höchste Stand in der Nachkriegsgeschichte.

Wir sind heute hier von der Maxhütte mit einem Infostand und zeigen unsere Produktpalette und verteilen unsere Zeitung „Hüttenfeuer“.

134 Jahre ist die Maxhütte in der Oberpfalz alt. Die Firmenschilder der Besitzer waren kein Segen für die Belegschaft, geschweige für das Reich oder die Republik.

– 1864 der erste Hochofen geht in Betrieb

– 1921 die Maxhütte fällt an die Familie Röchling

– 1929 die Maxhütte fällt an die Familie Flick

– 1945 die Maxhütte fällt beinahe ans Volk

1945 Im Rahmen der Entflechtung bekommt der bayer. Staat 26 % der Maxhütte. Friedrich Flick wird am Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt und wird im Zuchthaus von Landsberg eingesperrt. Aber schon 1955 – Flick war bereits wieder auf freiem Fuß – gab die bayer. Staatsregierung die Maxhütte für ein Butterbrot an Flick zurück.

1976 verkauft Flick die gesamte Maxhütte einschließlich mehr als 7 000 Belegschaften an den Klöckner Konzern, ohne vorher die Mitbestimmungsorgane, geschweige die Belegschaft zu fragen.

Aus der Nazizeit ist uns bekannt, daß der Klöcknerkonzern schon Anfang der Dreißigerjahre in Nürnberg, Sulzbacher Straße, der SA bzw. später SS ihr Haus übergab, damit diese dort politisch anders denkende Menschen und religiöse und Gewerkschafter verhören und foltern konnten.

16.04.87: Die Maxhütte geht in Konkurs. Es wird von über 600 Mio. DM Schulden gesprochen. Das Manager-Magazin, wahrlich nicht unser Sprachrohr, schreibt dazu in ihrer Ausgabe, daß der Klöckner-Konzern innerhalb von 10 Jahren über 470 Mio. DM aus der Maxhütte gesaugt hat.

Ein Beispiel dazu:

Nur ein „Steinwurf“ von hier, in Maxhütte Haidhof-Burglengenfeld-Teublitz wurde im März d.J. das Blech-Kaltwalzwerk geschlossen.

Die Kennzahlen für dieses Werk lauten:

- 25 000 Tonnen Bleche pro Monat für BMW, Audi, Daimler und die Elektroindustrie;
- 1 Mio DM Gewinn pro Monat;
- 800 Beschäftigte.
- Das KWW wurde gegen den Mehrheitsbeschluß im Aufsichtsrat geschlossen.

Die Argumente des Konzerns waren überaltertes Werk, Kapazitätsabbau. Tatsache ist: Alle Maschinen und Rollgänge wurden abgeschraubt, in Kisten verpackt und in Richtung Amerika ver-

Die der Kundgebung tionstage



FOTO: Norbert Kraft

schiff. Das Werk soll in den USA wieder in Betrieb gehen. Wie gesagt, bei uns war es überaltert. Die „Stilllegungsprämie“ in Höhe von 123 Mio DM – übrigens aus dem Steuersäckel – ist zum größten Teil zur Konzernmutter nach Duisburg geflossen. (. . .)

Wir fragen uns: Was ist das für eine Politik – was sind das für Gesetze in diesem Lande, wo Stahlarbeiter nach 40 Jahren Schichtarbeit zu Sozialhilfeempfänger gestuft werden; übrigens beträgt der So-

zialhilfesatz im Landkreis AM/SUL 392,– DM für den Familienvorstand, die Ehefrau bekommt 320,– DM/Monat. Und ein Konkurslehrling stellt für 8 Wochen Nichtstun eine Rechnung von 5.8 Mio DM. Der Konkursrichter billigt ihm 3.5 Mio DM zu. Das ist bei einer 60-Stunden-Woche ein Stundenlohn von 6.000 DM. 1700 Werkswohnungen hat der Konzern Klöckner Ende der siebziger Jahre an die MH-Belegschaft verkauft und dafür 85 Mio DM kassiert. Das, liebe Freunde, ist der Geist von Sonthofen.

– Aber wir rufen ihnen zu: Und wenn ihr uns alles kaputt macht,
– Wir wollen keine WAA
Wir wollen kein Plutonium.
Wir auf der Maxhütte stehen seit 1981 im Kampf um Arbeitsplätze, um unsere Existenz. (. . .)

Viele werden fragen: Was nützt das eigentlich alles. Aber was sagen uns hier die Väter der Arbeiterbewegung: Wille Bleicher: 12 Jahre von den Nazis als Gewerkschafter eingesperrt und geknechtet sagt uns: (und das gilt auch im Kampf gegen die WAA)

„Freunde, es ist besser Zeit im Kampf zu erleben, als in Resignation zu verfallen“

Und wenn sie uns als Betriebsräte noch so bespitzeln und uns mit Berufsverboten belegen:

- Wir wollen diese WAA nicht,
- Wir wollen kein Plutonium.

Keiner und Keiner schickt uns fort, so klingt ein altes Arbeiterlied. Wir starten eine neue Offensive mit dem Motto: „Blick nach vorn“.

Das IMU-Institut hat uns eine Konzeption für die Erhaltung von über 3 000 Arbeitsplätzen erarbeitet. Blei, Kunststoff, Autoreifen, Lacke, Zink, Gase und vieles mehr, wird im Schrott heute im Hochofen und Stahlwerk zugesetzt, ohne Filter, ohne vorher sortiert zu werden.

Der Müllberg der BRD ist pro Jahr 25 Mio Tonnen – darin sind fast eine Mio Tonnen Eisen enthalten.

Das alles geht in die Luft, ins Wasser, in den Boden. Über 155 000 Menschen sterben jährlich an Krebs.

Wir kämpfen für unsere Existenz.

Wir kämpfen für unsere Zukunft.

Wir wollen Luft, die wir atmen können, wir wollen Wasser, das wir trinken können,

wir wollen einen Boden, aus dem wir wie unsere Großeltern und Eltern uns ernähren können und unseren Kindern geben.

Das IMU-Programm ist finanzierbar und kostet weniger als da drüben der Gartenzaun nebst „Burggraben“.

Liebe Freunde!

Wir Stahl- und Bergarbeiter haben uns nach der Schicht mit einem Glückauf begrüßt und das auch zum Schluß einer Rede oft gesagt. Seit dem 8. Mai hat uns der Konkursverwalter unser Bergwerk geschlossen. 20 Mio Tonnen Eisenerz mit einem Eisengehalt von 40 % sind damit verloren.

Ich rufe euch zum Schluß das alte Wort unserer Väter aus der Arbeiterbewegung und den Leitsatz aus unserem Hüttenfeuer zu:

**Nicht betteln, nicht bitten,
nur mutig gestritten,
nie kämpft es sich schlecht,
für Freiheit, Arbeit und Recht!**

Rede von einem BIWAK-Vertreter auf der Kundgebung

Bereits im letzten Jahr fanden hier in der Oberpfalz Blockadetage gegen die WAA statt. In den darauffolgenden Diskussionen wurden zwei Punkte als besonders wichtig erkannt:

Erstens sollten Demonstrationen nur durchgeführt werden, wenn sie groß genug sind, um ihren TeilnehmerInnen wirksamen Schutz zu bieten; dies zeigten u.a. die beiden eingekesselten Demos in Schwandorf und Burglengenfeld. Der zweite Punkt war, daß das Konzept der Blockadetage durchaus richtig war, viele dezentrale Aktionen in einem gemeinsamen Rahmen durchzuführen. Allerdings zeigte sich daß es umfassender angelegt werden sollte, sowohl räumlich als auch inhaltlich.

Daraus entstanden nun die diesjährigen Aktionstage gegen die WAA. Sie heißen nicht mehr Aktionstage, weil wir damit zeigen wollen, daß wir uns nicht auf bestimmte Arten des Widerstands beschränken und auch keinen Aktionsformen ausschließen. Bedingung hierfür ist lediglich, daß die Aktionen konstruktiv, vermittelbar und nicht gegen die Bevölkerung gerichtet sind. Daher erklärt sich auch das weite Spektrum der Aktionen, die in den letzten beiden Tagen stattgefunden haben:

- In Nürnberg startete der erst Atomtransport mit der Bahn nach Schwandorf, wo dem Bahnhofvorsteher eine Resolution übergeben wurde. Der Atomtransport zum Schwandorfer Marktplatz begleitet und im Rathaus zwischengelagert.
- Vom Atomwaffenlager Feucht startete eine Fahrradstafette zur Plutoniumfabrik in Wackersdorf.
- In Schwandorf und Regensburg fanden Aktionen zur radioaktiven Belastung von Naab und Donau durch das Abwasser der WAA statt.



– Ebenfalls in Regensburg, vor dem Polizeipräsidium, wurde dargestellt, warum die Polizei so massiv gegen die angeblichen Gewalttäter aus dem Schwarzen Block hetzt: weil nämlich alle wissen, daß die tatsächliche Gewalt nicht von uns, sondern vom Staat ausgeht und z.B. durch Polizei und Justiz ausgeübt wird. Und das müssen sie natürlich so gut es eben geht kaschieren.

– Von Burglengenfeld nach Teublitz wurde ein Trauermarsch mit Fackeln zur Beleuchtung der Zusammenhänge zwischen dem Bau der WAA und der Schließung der Maxhütte veranstaltet; daran nahmen ca. 600 Menschen teil.

– Das Widerstandsfrühstück, zu dem am Freitagmorgen nach Heselbach eingeladen wurde, war eindeutig von der Polizei dominiert. Zu Beginn waren relativ wenig

Leute da und die wurden von den Bullen regelrecht vorgeführt. Später wurden Verpflegung und heiße Getränke von den Einheimischen WAA-GegnerInnen gebracht, ein fröhliches, gemeinsames Frühstück war doch noch möglich. Erst als die Traktordemo von Altenschwand Heselbach erreichte, war es möglich, die B 85 bis 12 Uhr mittags unpassierbar zu machen.

– Nachmittags fand am Schwandorfer Marktplatz ein Fest der Frauen gegen die WAA statt, die gute Stimmung wurde dann allerdings abrupt durch den zweiten Einsatz der Berliner Spezialbullen (nach Regensburg) beendet.

– Ebenfalls am Marktplatz begann die Störfallprozession durch Schwandorf mit ca. 1000 TeilnehmerInnen. Nachdem kurzzeitig die Kreuzung zwischen Markt-

platz und Naabbrücke blockiert worden war, wurde sie wiederum von den Berlinern aufgelöst und der Platz besetzt.

Es fanden außerdem natürlich noch viele andere Aktionen statt, über die alle hier gar nicht berichtet werden kann.

Trotz dieser Vielfalt an Aktionen bleibt doch auch dieses Jahr einiges zu kritisieren. Wir haben viele und teilweise schwerwiegende Fehler gemacht. Während der Vorbereitungszeit beschäftigte sich der Trägerkreis in erste Linie mit internen Problemen. Es wurden monatelang die Differenzen zwischen den verschiedenen Mitgliedern diskutiert, anstatt tatsächlich Vorarbeit für die Aktionstage zu leisten. Die Energie, die in diese Auseinandersetzungen floß, fehlten letztendlich bei der konkreten Vorbereitung der Aktionstage. Die Folgen hiervon zeigten sich während der letzten beiden Tage deutlich:

– Es gab wie im letzten Jahr überhaupt keine Infrastruktur, die Kommunikationsgruppe war eigentlich überhaupt nicht existent.

– Es gab wenige Aktionen, an denen sich die z.T. von weither angereisten Freundinnen und Freunde tatsächlich beteiligen konnten, ohne einfach hinterherzulaufen.

– Wir waren nicht in der Lage, die TeilnehmerInnen an den Aktionstagen gegen die Polizei zu schützen. Zwei Plenen, am Mittwoch und Donnerstag in Wackersdorf wurden von der Polizei ohne Schwierigkeiten aufgemischt und abgeräumt. Eine Unterkunft in Kronstetten wurde ebenfalls komplett abgeräumt und die Leute sitzen jetzt z.T. in Vorbeugehaft.

Diese Versäumnisse spiegeln sich auch in den Feststellungen des Ermittlungsausschuß' wieder:

Bis heute morgen wurden ca. 180 Festnahmen beim EA gemeldet, davon die meisten nach PAG, als vorbeugende Maßnahmen. Es gibt hier keine konkreten Zahlen, da sich noch immer viele Leute beim EA weder an- noch abmelden. Ein solches Verhalten erschwert die Arbeit des EA unheimlich. Zitat: „Es gibt fast nichts Beschisseneres, als nach ewigem rumtelefonieren und Anwälte loshetzen festzustellen, daß die Leute sowieso schon lang wieder frei sind“.

Es gab in den letzten vier Tagen sieben Razzien alle nach dem Pag (Polizeiaufgabengesetz, s.o.), ohne richterlichen Beschluß. Bis heute, 18 Uhr werden mindestens 40 Leute in Sicherheitsgewahrsam festgehalten. Davon sitzen 25 Frauen im Regensburger Knast, zwei von ihnen sind verletzt, haben aber die Behandlung durch den Bullenarzt verweigert. So viel Power, wie sie damit zeigen, wünschen wir auch allen anderen, die irgendwo einsitzen.

Ich möchte nun nochmal kurz auf die Erfahrungen zurückkommen, die wir im letzten Jahr mit Demos gemacht haben. Wir haben für die A-Tage nur eine, zentrale Demo geplant, die aber so groß und stark sein soll, daß sie tatsächlich durchgesetzt werden kann und ihre TeilnehmerInnen vor Polizeiübergriffen geschützt sind. Diese Demo wurde verboten. Aber: was ist von einem solchen Verbot zu halten? Es stammt nicht vom Landratsamt Schwandorf, sondern wurde auf Weisung aus

dem Innenministerium verhängt. Das bedeutet, das diejenigen Leute, diejenige Regierung, die die WAA bauen wollen, versuchen, uns das Demonstrieren gegen eben diese WAA zu verbieten. Eine weitere Bestätigung für die Erkenntnis, daß die Gesetze, an die wir uns halten sollen, von denen gemacht werden, die wir bekämpfen. Was dabei vom Prinzip der Legalität zu halten ist, steht außer Zweifel: **Beginnt unser Widerstand effektiv zu werden, werden neue Gesetze erlassen, um uns in die Illegalität zu drängen und auszuschalten. Im Klartext:**

was heute noch erlaubt ist, kann schon morgen verboten sein; und daran sollen wir uns dann halten? Wir dürfen Aktionen, auch diese Demo nicht daran messen, ob sie legal oder illegal sind. Wir müssen endlich damit beginnen, unsere Widerstandsformen tatsächlich selbst zu bestimmen. Wenn wir einen wirklich effektiven Widerstand leisten wollen, dürfen wir uns nicht länger vorschreiben lassen, was wir zu tun oder zu lassen haben. In diesem Sinne . . .



Auszüge aus der Rede von

Wolfgang Ehmke,

BI Lüchow-Dannenberg

Liebe Freunde!

Man muß sich, so scheint es, an die Präsenz von Polizei und BGS gewöhnen, willkürliche Kontrollen ertragen, Verhaftungen erleben, wenn man in die Oberpfalz fährt, um ein demokratisches Grundrecht in Anspruch zu nehmen, um gegen Atomkraft und Plutoniumwirtschaft zu protestieren. Man muß sich gefallen lassen, als kritischer Bürger diffamiert zu werden. „Gewalttäter, Chaoten und Kriminelle“ sollen wir sein, dieses diffamierende Prädikat – und es gibt durchaus härtere verbale Ausfälle gegen uns – haben sie in den Staatskanzleien ersonnen, um uns und unseren Kampf gegen das Atom, das zivile und militärische, zu diskreditieren. Aber heißt es nicht, wenn man im Glashaushaus sitzt, soll man nicht mit Steinen schmeißen? Wie schnell können diese Bezeichnungen auf diejenigen zurückfallen, die sie gegen uns gebrauchen?!

Mit Gewalt setzt die Atomlobby das Atomprogramm durch, obwohl eine satte Mehrheit der Bevölkerung von der Atomkraft nichts mehr wissen will?

Bestechungsgelder wie bei der Atomtransportfirma Transnuklear, illegaler Betrieb von Atomanlagen, so der Anklagepunkt in Hanau, fahrlässige Tötung im Schacht 1 in Gorleben – so lautet unser Vorwurf und wir können ihn belegen – **welch kriminelle Energie!**

Chaoten? Wer stürzt uns denn ins Chaos? Wenn der Ernstfall eintritt bei einem schweren Unfall bei Atommülltransporten oder gar einer weiteren Reaktorkatastrophe – wenn also der Ernstfall eintritt, herrscht nichts anderes als das Chaos! Zehntausende verstrahlt, zehntausende auf der Flucht. Und sie rechnen mit weiteren Reaktorkatastrophen! (. . .) Und damit berühren wir doch den Kern der Sache. Die Herren in den Chefetagen,

in den Planungsstäben der Nuklearindustrie und in den Ministerien verabreichen uns nicht nur die tägliche kleine Dosis an radioaktiven Emissionen im sog. Normalbetriebe, sie steigern mit jedem Störfall die radioaktive Belastung von Mensch und Natur, nein, sie muten uns gar das Restrisiko zu, ein Risiko, das uns den Rest gibt. Wen wundert es da, wenn wir uns zur Wehr setzen?

Beim Durchblättern der Tageszeitungen der letzten Tage, die ich unter dem Aspekt Atom durchforstet habe, wird deutlich, daß wir mit allen Warnungen letztlich recht behielten. (. . .)

Warum, so werdet Ihr fragen, führt der Mann die sattsam bekannten Argumente der Anti-Atomkraft-Bewegung an?

Liebe Freunde! Weil die Tendenz in den eigenen Reihen um sich greift, das sattsam Bekannte nur noch stillschweigend als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Auffassungen hinzunehmen, weil wir uns schon zu sehr gewöhnt haben an den täglichen Störfall, weil die Gewöhnung die Empörung dämpft. Wir bauen keine Büchertische mehr auf, wir streiten kaum mehr auf öffentlichen Veranstaltungen. Das ist gefährlich!

In einem derartigen Klima, da, wo wir aufhören, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, da frohlockt der politische Gegner, die Nuklearindustrie geht strahlenden Zeiten entgegen.

Überlegt einmal, vor 1 Jahr, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, gab es Irritationen in den bürgerlichen Parteien, die auch vor der CDU/CSU nicht halt machten, die sich fortan scheuen mußte, von der Atomenergie anders denn als „Übergangsenergie zu schwadronieren.

Die Sozialdemokratie reagierte mit vermeintlichen Ausstiegsplänen auf das „Eintreten der Undeckbaren“ (so ihr Fraktionschef Vogel zum SuperGAU), aus dem Sofortausstieg innerhalb von 10 Jahren wurde inzwischen ein „Erst müssen wir die nächsten Bundestagswahlen gewinnen, dann steigen wir nach 10 weiteren Jahren sofort aus“.

Da kann es gar nicht ausbleiben, daß auch die GRÜNEN das öffentliche nachdenken über die angebliche Irrealität des Sofortausstiegs nachvollziehen, und das, was Joschka Fischer dazu gesagt hat, war, wie sein parteiinterner Widersacher Ebermann dazu in einem Interview mit der taz bemerkte, bestimmt vielen aus der Seele gesprochen.

Dazu haben wir auch etwas zu sagen: für uns in der Anti-Atomkraft-Bewegung gilt: entweder man hat begriffen, daß jede Atomanlage zu jeder Zeit aufgrund des uns zugemuteten Restrisikos uns den Rest geben kann, dann gibt es kein Oder. Oder es geht den Parteistrategen gar nicht in erster Linie um die Abschaltung der Atomanlagen, sondern um Wählerstimmen. Die Sache liegt doch ganz einfach, so wenig es ein bißchen schwanger gibt, so wenig gibt es für uns AKW-Gegner ein bißchen Atomkraft! (. . .)

Daß die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl viel tiefer sitzt und der Gewöhnung nicht einfach weicht, daß die vielbeschworene Akzeptanz der Menschen in

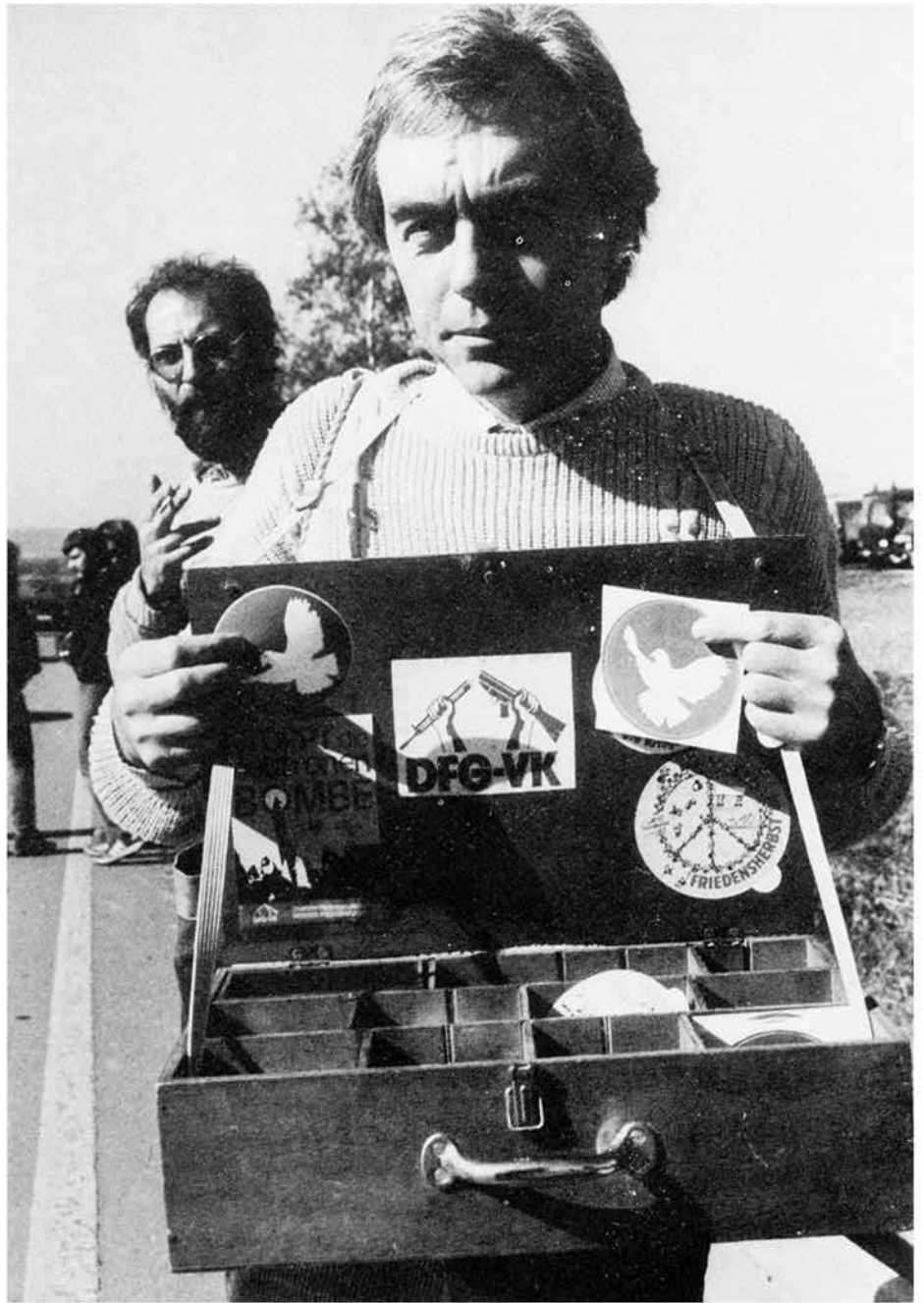


FOTO: Norbert Kraft

diesem Lande gegenüber dem Atomfutsch ist, beweist der erfolgreiche Widerstand der Leute von Hungen, die die strahlende Molke geschlossen abgewehrt haben, die Empörung schlägt auch im Emsland hohe Wellen.

Wie soll der aufzuhalten sein, der seine Lage erkannt hat?! Wie wär's, wenn die Atomindustriellen und ihre Ministeriellen mal selbst einen Beitrag zur Entsorgung leisteten. Sagen wir mal täglich drei Löffelchen, nach der Tagesschau! Bis der Molkeberg alle ist, dann wären wir wirklich entsorgt!

Aber Spaß beiseite. So ein Witz kann heutzutage zu einem Anklagepunkt werden, wie ein gewitzter oder metaphorischer Satz. So hat die Hanauer Staatsanwaltschaft gegen Robert Jungk wegen Landfriedensbruch und Anstiftung zu ei-

ner strafbaren Handlung Anklage erhoben, weil er auf die Anti-Atom-Demonstration in Hanau vor 1 Jahr den Demonstranten zugerufen hat:

„Macht kaputt, was Euch kaputt macht“ und „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand“.

Ich weiß nicht, wie Ihr diese Sätze versteht, aber sie drücken doch verständliche Einsichten und nachvollziehbare Erfahrung eines Menschen aus, der seit Mitte der 50er Jahre gegen die Atombombe und die Atomreaktoren kämpft, und zwar kompromisslos und unerschrocken, mit anderen Worten: militant.

Solidarität mit Robert Jungk und allen angeklagten AKW-Gegnern? Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! Weg mit dem Atomprogramm! Natürlich – und daran lassen wir keinen Zweifel – weltweit!

Auszüge aus der Rede von Petra Gassong anlässlich der Aktionstage 1987 in Wackersdorf



FOTO: Norbert Kraft

Dr. med. Petra Gassong, Mitglied der IPPNW (International physicians for the prevention of nuclear war-internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges), Mitglied der bayer. Ärztekammer als Vertreterin der demokratischen Liste/Nürnberg. (. . .)

Aber das Problem sind ja nicht nur AKW-Unfälle oder der Abwurf einer Atombombe, – sogenannte friedliche und die militärische Nutzung der Atomkraft sind überhaupt nicht zu trennen, – die Entwicklung der Atomenergie diene von vornherein vorrangig militärischen Zwecken. 1942 wurde in den USA der erste Kernreaktor in Betrieb gesetzt, – die großen Reaktoren von Hanford und Clinton waren nur zum Gewinn von Material ausgelegt, was man für den Bau von Atombomben benötigte. Das Ergebnis ist bekannt. – Bei einer WAA wird das militärische Kalkül durch Herstellung von waffenfähigem Plutonium offensichtlich. Plutonium, eine der giftigsten Substanzen überhaupt, kann selbst in Mengen von Millionstel Gramm Krebs verursachen. Die Gefährdung durch Raketenransporte, erst recht durch eine WAA ist erheblich und unberechenbar. – Aber auch im sogenannten Normalbetrieb von Kernanlagen und erst rechts von

WAA's gibt es seit langem bekannte deutliche Hinweise für Schäden durch radioaktive Niedrigstrahlung. Viele Untersuchungen weisen z.B. auf eine bis zu zehnfach erhöhte Blutkrebsrate bei Kindern und Jugendlichen in der Umgebung von Atommeilern hin, wobei man bedenken muß, daß sich die Schäden durch die ohnehin stark belastete Umwelt potenzieren. – (. . .)

4) Wir verstehen uns natürlich als Teil der Friedensbewegung mit den Forderungen nach sofortigem Atomteststopp, Verschrottung der Mittelstreckenraketen, Abrüstung im konventionellen Bereich, insbesondere auch Vernichtung der chemischen Waffen. Wir wollen ein Europa, das frei ist von Massenvernichtungsmitteln. Der jetzt kurz vor dem Abschluß stehende Raketenvertrag ist ein wichtiger Schritt in Richtung Entspannung und Abrüstung, ein Schritt, der sicherlich durch die beharrliche, jahrelange Arbeit der Friedensbewegung in Gang gesetzt wurde. Besonders die Friedensinitiativen vor Ort, z.B. in den Stadtteilen, an den Stationierungsorten haben dazu wichtige Beiträge geleistet. Aber diese greifbare Null-Lösung sollte uns nicht Sand in die Augen streuen, denn zum einen ist der Vertrag noch nicht unterzeichnet, zum anderen betrifft er nur

einen Bruchteil des angehäuften Waffenarsenals. Bloßes Reduzieren bestimmter Waffen alleine bringt auch nicht unbedingt mehr Sicherheit, solange der vermeintliche Gegner noch dämonisiert und in das Reich des Bösen verwiesen wird. Gerade die Vorgänge um die WAA zeigen auch, um welchen Preis oder auch mit welcher logischen Konsequenz dieses Militärprojekt durchgezogen wird: Abbau von Grundrechten, Ausbau staatlicher Überwachung, der Polizeipräsenz, Kriminalisierung der Anti-AKW und der Friedensbewegung. (. . .) Durch die WAA wird ein Sicherungszwang geschaffen, der nur einhergehen kann mit dem Abbau demokratischer Rechte. Dagegen, gegen eine weitere Militarisierung und für eine Welt ohne Massenvernichtungsmittel müssen wir phantasievoll, entschieden, mit langem Atem und gewaltfrei weiterkämpfen!

Günter Eich:
Nein, schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind!
Wacht darüber, daß Eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere Eurer Herzen gerechnet wird!
Tut das Unnütze, singt die Lieder, die man aus Eurem Mund nicht erwartet!
Seid unbequem, seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt.

Herbstoffensive

„Von den Zielsetzungen der RAF führt heute eine klare Linie unmittelbar zum militanten Widerstand gegen die WAA.“

„Ich gehe davon aus, daß die RAF ihre Handlungsfähigkeit schon in Kürze unter Beweis stellen wird.“

Ein Gespenst wird in Umlauf gesetzt – genannt: „Terrorismus“. Ein Wort genügt, und die offizielle Verkehrung der Wirklichkeit funktioniert (– oder manchmal auch nicht . . .).

Das Ziel einer grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Widerstand gegen die mörderischen Pläne der Herrschenden, . . . Mit dem Bannstrahl des Terrorismus läßt sich vieles ächten, was nicht in das Konzept des bestehenden Machtgefüges paßt.

Legitimiert wird damit nahezu alles:

Der „Deutsche Herbst“, der nichtausgerufene Notstand, die Zentralisierung des Staates, großangelegte Fahndungen, Straßensperren, Durchsuchungen, die totale Kontaktsperre von Gefangenen, die Ausschaltung der Öffentlichkeit durch Verhängung einer Nachrichtensperre – und die freiwillige Gleichschaltung der bürgerlichen Presse –, Geselbstmordete und die Wunder von Stammheim ebenso, wie der Einsatz von Kampfgas und Gummigeschossen gegen Demonstranten.

„Terrorismus“ – dies ist einer jener Begriffe, mit denen dieser Staat und seine Träger durch bewußte Irreführung von ihrer skrupellosen und menschenverachtenden Politik ablenken – im Namen der „Einigkeit der Demokraten“.

„Herbstoffensive“ hieß dementsprechend das Schlagwort des LKA im Zuge 10jähriger „Geburtstagsfeiern“ zum „Deutschen Herbst“.

„Angesichts des zehnten Jahrestages der Entführung von Hanns-Martin-Schleyer und der Selbstmorde der RAF-Mitglieder Baader, Enslin und Raspe am 18. Oktober 1977 seien RAF-Aktionen in und um Wackersdorf nicht auszuschließen“.

Mit solchen Phrasen vom Jubiläums-Terrorismus anläßlich des „Deutschen Herbstes“ heizte das Bayerische LKA im Anschluß an Brandanschläge auf ein Umspannwerk der OBAG in Wackersdorf und ein Betonwerk die Stimmung im Vorfeld der Aktionstage auf, um die Ideologie vom „gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“ zu schüren.

Angesichts einer solchen Kampagne gerade „rechtzeitig“ zu den Herbstaktionen

kamen jedoch auch Zweifel auf: Wem war der Erfolg der Anschläge zuzurechnen: Anti-AKW-Aktivistinnen oder aber dem Verfassungsschutz?

Darüber kann lediglich spekuliert werden

....

Tatsache allerdings ist, daß im Gefolge der Anschläge eine Hetzkampagne gegen die Anti-WAA-Bewegung begonnen wurde. Mit der staatlichen Terrorismusdefinition sollte jeder Widerstand gegen die WAA unter dem Motto diskreditiert werden:

„Wer heute den militanten Protest gegen die WAA unterstütze müsse sich bewußt sein, daß er terroristischen Zielsetzungen diene.“

Gauweiler erspähte „gewaltbereite Gruppen“, die sich in Richtung Bayern in Marsch gesetzt hätten.

5 000 Polizisten nebst Spezial- und Sondereinsatzkommandos aus dem gesamten Bundesgebiet wurden in der Oberpfalz zusammengezogen. Personalienfeststellungen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen . . .

Die allseitige Präsenz der Staatsmacht schaffte wiederum einmal bürgerkriegsähnliche Verhältnisse in der Oberpfalz.

Das Blaulicht – Für „systematische und kontrollierte Entkrampfung“

Neben dieser offenen Repressionsschiene wurde aber auch noch anderes versucht:

Ein „neues Konzept polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit“ sollte laut Fenzl „jene ansprechen, die in der Gewaltfrage noch schwankend sind“, und die „die mit Gewalt nichts im Sinn haben, von denen zu isolieren, die Gewalttätigkeiten im Schutze der Menge begehen.“ Das „Blaulicht“ durfte den Einfallsreichtum polizeilicher Denker ebenso unter Beweis stellen, wie Plakate und „Gewalt-Nein-Danke-Aufkleber“. – Weitgehend ohne Erfolg.

Denn „das Vertrauen in den Rechtsstaat wurde oftmals nicht in dem Maße gestärkt, wie es sich die Verteidiger einer angeblich harten Linie wünschten. Gefragt wäre eine Linie gegen den harten Kern unverbesserlicher Gewalttäter.“ Um dies zu unterstützen wurde ein gewisser Polizeipsychologe Trum für eine „systematische und kontrollierte Entkrampfung“ eingesetzt.

Gesetzesverschärfung zur „Inneren Sicherheit“

Die andere Seite der Medaille dieses „gewaltfreien“ Monologes bereinigten derweil die Koalitionsparteien. Sie einigten sich drei Tage vor der Demo am 10.10. auf weitere Gesetzesverschärfungen zur „Inneren Sicherheit“:

Bundesjustiz und Bundesinnenministerium wurden damit beauftragt, Gesetzesentwürfe zur Kronzeugenregelung, zur strafrechtlichen Verfolgung von „öffentlicher Befürwortung von Gewalt“, zu einem „strafbewehrten Verbot der passiven Bewaffnung“ und zur Erweiterung des Haftgrundes Wiederholungsgefahr zu erarbeiten. Nicht zu vergessen: Das überarbeitete Paket der „Sicherheitsgesetze“ zur Regelung der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und Polizei und der Beschluß zur Einsetzung einer „Gewaltkommission“.

Die Bewegung ihrer Speersitzen berauben

Eine harmlose Anti-AKW-Bewegung, deren Teilnehmer sich in eine auf zugewiesenen Demonstrationszonen wirkungslos tummelnde Masse gesetzestreuer Spielwiesendemonstranten und einen kleinen Kern Entschlossener spalten, der isoliert um so leichter in den Stand des „Terrorismus“ erhoben, von der staatlichen Repression zerschlagen werden könnte. . . – Dieses Konzept, das Ministerialrat Lenhard (Bayerisches Staatsministerium des Inneren) im Sommer 1986 auf einer Arbeitstagung der Polizeiführungsakademie in Münster zu den Polizeieinsätzen in Wackersdorf folgendermaßen beschrieb, ging nicht auf:



das
blaulicht

Aktuelle Information des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz

„Wir werden künftig Versammlungen im Einzugsbereich der WAA – soweit das rechtlich möglich ist – untersagen, und zwar deswegen, weil wir nicht glauben, daß dadurch die Kulisse, die den Demonstranten (Chaoten) zur Verfügung steht kleiner wird. Je kleiner sie ist, um so leichter tun wir uns. „Kulisse“ und „Demonstranten (Chaoten)“ blieben jedoch solidarisch. Nur Hubert Weinzierl vom BUND zog das Bekenntnis zur eigenen Widerstandsunfähigkeit dem Kampf gegen die WAA vor:

Er rief ausdrücklich nicht zur Demonstration zum Bauzaun auf. Ansonsten wurde die Bannmeile um den Bauzaun ignoriert. Insofern dürfte das für oberpfälzer Verhältnisse merkwürdige Verhalten der Polizei, die im Vorfeld der Demo mit massiven Hetz- und Kriminalisierungsorgien gegen WAA-Gegner zu Felde zog, dann jedoch keinen ernsthaften Versuch unternahm, eine verbotene Demonstration zum Bauzaun zu verhindern dem Zusammentreffen mehrerer Faktoren zu verdanken sein:

Zum einen der Entschlossenheit eines breiten Spektrums der Kundgebungsteilnehmer, die Demo zum Bauzaun trotz Verbotes und nicht vorhersehbarer Risiken durchzusetzen und auf ernsthafte Spaltungsmänöver zu verzichten.

Zum anderen einer Situation, die durch diese Entschlossenheit begünstigt wurde. Denn der Preis einer völligen Zerschlagung des Demonstrationzuges wäre zu hoch gewesen: Der Verlust weiterer staatstreuer Köpfe, die Zunahme der Zweifler und Schwankenden, die den verbalen Beruhigungsbekundungen der Staatsträger keinen Glauben mehr schenken und durch die Erfahrung der Staatsgewalt auch ihr Verhältnis zu diesem Staat verändern könnten . . .

Also Knüppel frei! – Damit die Eingeschüchterten das nächste Mal zu Hause bleiben, weil das Verletzungsrisiko nicht kalkulierbar ist.

Damit erweisen sich sowohl die Zurückhaltung der Polizei in Bezug auf die Verhinderung der Demo, als auch das unkoordiniert und undurchschaubar wirkende Agieren der Westberliner „Spezialeinheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ nicht nur als merkwürdiger Zufall, sondern als Teil einer Strategie. Hinweise dafür liefern u.a. Fenzls Schlußfolgerungen aus dem Einsatz vom 7.6.1986:

„Für künftige Einsätze sollten ständig wechselnde Konzeptionen praktiziert werden, um

– Teilnehmer, Störer und Gewalttäter zu verunsichern, sowie

– der Gegenseite den Einblick in das polizeiliche Vorhaben und die Reaktionen auf polizeiliche Maßnahmen zu erschweren.“

In diesem Zusammenhang machen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen das Westberliner SEK ausgerechnet auf Initiative von Polizeipräsident Fenzl hin stützig.

Während vor einem Jahr Polizeipräsident Friker seines Amtes enthoben wurde, darf Fenzl gegen die „preußischen Beamten“ wettern, die er selber rief.

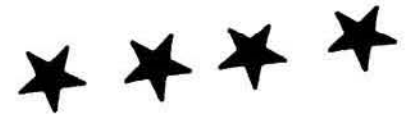


FOTO: Norbert Kraft

Preußische Prügel gegen Bayern! Und der Nationalstolz bläht sich in bayerischer Einigkeit ohne Ansehen der real verlaufenden Fronten. Auch die SPD bläht – traditionsbewußt wie sie ist – in dieses Horn und beklagt im Zuge nationalistischer Bayernverteidigung die Verkommenheit der bayerischen Staatsregierung, „die preußische Truppen gegen bayern einsetzt“. Selbst die Wiederherstellung bayerischen Selbstbewußtseins wird gefordert.

Doch wenngleich es durchaus zu begründen ist, die Polizeieinsatzleitung unter Rechtfertigungsdruck zu setzen, eine solche Behandlung staatlicher Brutalitäten geht am Thema vorbei:

Denn terroristische Repressionen durch das Bürgerkriegswaffenarsenal dieses Staates kennt der Widerstand in der Oberpfalz zu genüge.



Heute geht's um Psychologie

Dokumentation

Polizeipräsidium
Niederbayern Oberpfalz
Präsidialbüro

Frau Erna Wellenhofer
für BI Schwandorf

Einladung

Sehr geehrte Frau Wellenhofer, hiermit darf ich Sie sehr herzlich zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Psychologische Aspekte bei großen Menschenansammlungen, speziell Demonstrationen“ für Donnerstag, 17.09.1987, 19.00 Uhr, in die Donauhalle im Gewerbepark D 30, in Regensburg einladen. Das Polizei-

präsidium Niederbayern/Oberpfalz konnte dazu als Referenten Herrn Diplompsychologen Hansjörg Trum, den Leiter des Zentralen Psychologischen Dienstes der Bayerischen Polizei, gewinnen. An das Referat von Herrn Trum wird sich, falls Bedarf besteht, eine Aussprache anschließen.

Diese Einladung gilt auch für die Mitglieder Ihrer Bürgerinitiative.

Mit freundlichen Grüßen

Strobl
Polizeikommissar

PS: Die regionale und überregionale Presse wurde ebenfalls von diesem Termin benachrichtigt.

Die „neue Linie“ der Polizei

Zunächst großspurig als „Podiumsdiskussion“ für den 17.9. in der geräumigen Regensburger Donauhalle angekündigt, wurden die „psychologischen Aspekte bei großen Menschenansammlungen, speziell Demonstrationen“ dann kleinlaut im noblen „Tagungszentrum“ vor ca. 35 Zuschauern abgehandelt.

Das Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz, vertreten durch dessen jungen Sprecher, Polizeikommissar Josef Strobl – speziell zuständig für die Propagierung der Gauweilerschen „neuen Linie“ und auch schon mal „echt enttäuscht“ über Gesprächsabsagen der BIs – hatte „rechtzeitig“ vor den Herbstaktionen einen ihrer Diplompsychologen und die Oberpfälzer BIs eingeladen. Die BI Schwandorf und die anderen BIs hatten jedoch zwei Tage vorher offiziell **abgesagt** – Pech für die „Öffentlichkeitsarbeiter“ der Polizei, die denn auch nicht besonders guter Laune waren. Vor recht gemischtem Publikum (Leute aus Regensburg und Umgebung, einige „Oberpfälzer“, Bullizisten) zog der Leiter des „zentralen Psychologischen Dienstes“ der bayerischen Polizei, **Hansjörg Trum**, dennoch – mehr schlecht als rechts – sei-

ne Horrorshow ab, und betonte bei entsprechenden Einwänden des Publikums ständig, daß es jetzt nicht um Polizeieinsatz und nicht um Politik(er) ginge, sondern um die Psychologie? Das Irrationale geht nämlich um! Anders als die Friedensbewegung hätte die Anti-AKW-Bewegung jenes nicht unter Kontrolle . . .

Es folgte ein Vulgärvortrag aus dem Lehrbuch für Sozialpsychologie. Beispiel: „Wir-Gefühl“. Dieses erhöht bei Oberpfälzern und andern, sofern sie in Gruppen auftreten über ein Gefühl der „Stärke“ die „Konfrontationsbereitschaft“. Selbiges gilt für die „Solidarisierungsbereitschaft“. Als erstes theoretisches Highlight dann der „Konformitätsdruck“: Wer gegen Gruppennormen verstößt, also vielleicht gerne mit der Polizei reden will, riskiere einen „Hinauswurf“ aus der Gruppe und „Prestigeverlust“. Herr Trum appellierte folgerichtig an Leute mit „Kraft“ und „Eigenständigkeit“, sich nicht so einengen zu lassen und trotzdem den „Dialog“ mit der Polizei zu führen . . .

Alles nur „Emotionen“ . . .

Beim Gruppenbedürfnis nach „Power“ ist es schon schwieriger: Man darf sich nicht

von „Führungspersönlichkeiten“ aufhetzen lassen. Dem Abbau von „rationaler Instanzen“ in „emotional aufgeheizten“ Situationen kann nur durch vorher antrainiertes „automatisiertes“ Verhalten begegnet werden. Sonst „verhält sich plötzlich der Professor wie ein Hilfsschüler“. Nun, auf dem geistigen Niveau des letzten Statements bewegte sich der ganze Vortrag. Als jemand ein laufenes Tonband bemerkte und daraufhin Unruhe unter einem Teil der ZuhörerInnen ausbrach, kam vom „Podium“ die „beruhigende“ Aussage, hier würde „nur“ ein Herr vom bayerischen Schwarzfunk aufnehmen; der Psychologe diagnostizierte den Leuten auf ihre vernünftige Reaktion hin gleich „Beziehungswahn“ (= irgendwelche Erscheinungen in der Umwelt „wahnhaft“ auf sich selbst beziehen) . . .

Veranstalter und Veranstalterinnen, aufgepaßt? Zum Schluß noch ein Tip von Herrn Trum für euch, denn ihr allein tragt die Verantwortung für Bullizeipräsenz in der Oberpfalz und den daraus resultierenden Ärger: Ihr müßt nur 1) im Demoaufzug klarmachen, daß die Teilnahme „gewaltbereiter“ Personen unerwünscht ist und 2) notfalls mit Ordnern auf Vermummte“ im Demozug „einwirken“. Das hat dann die Folge, daß 3) die Polizei nicht immer voll präsent sein muß, und alles wäre in Butter, oder?

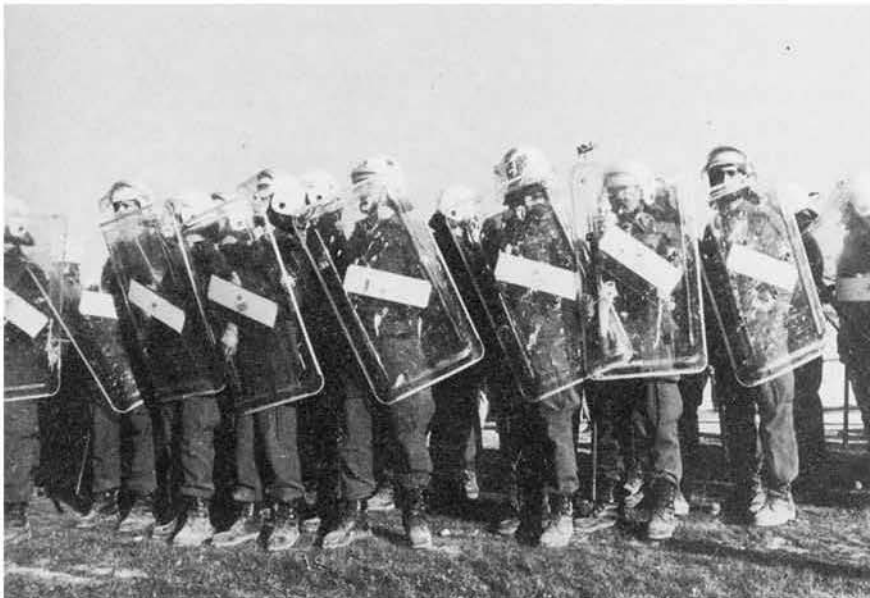


FOTO: Norbert Kraft



„Unsere Polizisten wissen, Welches Erscheinungsbild Aggressionen abbaut“ (Psychologe Trum, als jemand feststellt, daß die DDR-Polizei – im Gegensatz zur hiesigen – in der BRD-Presse als „provokierend“ dargestellt wird)

„Heute geht es nicht um **Einsatz**, sondern um **Psychologie**“ (ebender auf Diskussionsbeiträge des Publikums)

„Dieser Schutzman hat das Vertrauen der Menschen, weil er sich selbst **menschliche Reaktionen** gestattet und erst in zweiter Linie **Vollstrecker** ist“.
(sinngemäß Josef Strobl über sein „Ideal“, MZ, 11.4.87)

Erwähnte Tageszeitung lud die BI's zu einem „Redaktionsgespräch“, ein und es gelang ihr sogar, die propagandistischen Mißerfolge des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz („Gesprächsangebote“ an die BI's) ein wenig auszubügeln. **Nach Einschätzung der MZ** (1.10.87) war das Ergebnis des Gesprächs:

„Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen (BI) gegen atomare Anlagen sind bereit, wieder in den Dialog mit der Polizei einzutreten und zur Entkrampfung des belasteten Verhältnisses beizutragen. Allerdings

Wie versucht wird, die Anti-WAA-Bewegung zu spalten, neueste Folge: Die bürgerliche Presse will die BIs an den „Gauweilerschen“ Verhandlungstisch ziehen

Zur Chronologie der staatlichen Versuche im Vorfeld der Herbstaktionen, die BI's und sonstigen WAA-Gegner/innen (wieder mal) in „Gute“ und „Böse“, in „Friedliche“ und „Gewaltbereite“, in „RAF-Anhänger“ und „Staatstreue“ aufzuspalten,

um dann den Widerstand besser niederknüppeln und kleinhalten zu können, gehört eigentlich auch eine „Initiative“ der in Regensburg erscheinenden „Mittelbayerischen Zeitung“:

wird mit führenden Beamten des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz zunächst einmal nur im Beisein von Pressevertretern gesprochen!“

Zu dieser Zeitungsmeldung muß bemerkt werden, daß das „Angebot“ der MZ von den angeschriebenen BI's nicht einhellig (wie bei den Polizeibriefen zuvor) abgelehnt wurde. Als „BI-Vertreter“ erschienen schließlich Dieter Kersting, Ulrich Wenisch, Helmut Wilhelm (alle Amberg), Uwe Dams (Teublitz) und Michael Wilhelm (Naaburg). Diese dem Dialog mit der

Staatsgewalt nicht eben abgeneigten Männerrunde (Helmut Wilhelm und Dam ließen sich beispielsweise bereits Ende letzten Jahres von Gauweiler „zu Kaffee und Kuchen“ in die Schwandorfer Bundesgrenzschutz-Kaserne einladen und diskutierten dort über „Polizeieinsätze und das Thema Gewalt“) kritisierte beim Redaktionsgespräch zwar Polizeigewalt und die üble Hetze gegen den Widerstand – daß der Schwerpunkt des am 1.10. erschienenen Zeitungsartikels aber dann ein ganz anderer war („WAA-Gegner

bieten Polizei wieder Gespräche an“), dazu haben die Herren wohl auch ihren Teil beigetragen!?

Naivität oder Kalkül? Eigentlich müßten sie als WAA-Gegner wissen, daß Lügen und Hetze gegen den Widerstand nicht zuletzt von bürgerlichen Blättern wie der „Mittelbayerischen Zeitung“ an die Öffentlichkeit gebracht werden . . .

Und was ist mit dem Gesprächsangebot an die Knüppelgarde?

Trägerkreis

„Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn – Keine WAA“

Trägerkreiszusammensetzung: BI Schwandorf, BI Amberg/Weiden, BIWAK Regensburg, BI Nürnberg/Radi aktiv, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (Jugend), Autonome, Bundesweite Anti-AKW-Bewegung, Bundesweite Anti-AKW-Bewegung (Robin Wood), Mütter gegen Atomtod/AK Theologie und Kernenergie, Anti-Atom-Plenum München, Gewaltfreie Aktion, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Maxhütte, Friedensbewegung Nordbayern, Friedensbewegung Südbayern

Abschlußerklärung

Zu den „Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn – Keine WAA“ haben sich so verschiedenartige und viele demokratische und soziale Bewegungen zusammengefunden wie noch nie. Wir haben gezeigt: bei gutem Willen und Verständnis ist eine sinnvolle Zusammenarbeit in einem Maße möglich, wie es wohl die meisten von uns selber nicht für möglich gehalten haben. Daß uns dies hier in Wackersdorf gelungen ist, ist kein Zufall:

- es gibt in der Oberpfalz einen in breiten Bevölkerungskreisen seit Jahren verankerten Widerstand gegen die WAA
- Der WAA kommt eine zentrale Rolle im Atomprogramm zu,
- die WAA ermöglicht den Griff zur bundesdeutschen Atombombe
- die WAA verschlingt das Geld, das für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Maxhütte angeblich fehlt,
- die WAA zerstört die Umwelt und gefährdet unser Leben.

Welche Kraft sich entfalten kann, wenn diese Einsichten zusammenwirken, hat offensichtlich auch die CSU-Staatsregierung verstanden. Sie hat bereits im Vorfeld versucht, unseren Widerstand durch eine beispiellose Hetz- und Diffamierungskampagne zu spalten und zu schwächen. Sie hat durch massive Polizeipräsenz, durch willkürliche Hausdurchsuchungen und Polizeikontrollen sowie durch ungerechtfertigte Festnahmen die Menschen einschüchtern und die Stimmung anheizen wollen. Wir bleiben dabei: Unsere Forderungen können

weder Polizei noch Gerichte abwürgen! Unsere Forderungen müssen politisch eingelöst werden.

Deshalb protestieren wir gegen das Verbot der Demonstration durch die CSU-Staatsregierung! Wir werden nicht hinnehmen, daß die CSU in Bayern demonstrations- und versammlungsfreie Zonen einrichtet. Das Recht auf Demonstrations- Meinungs- und Versammlungsfreiheit muß in ganz Bayern wieder hergestellt werden.

Wir rufen Euch auf:

- Tretet weiterhin für die Forderungen der Anti-WAA und Anti-AKW-Bewegung nach dem sofortigen weltweiten Ausstieg aus der Kernenergie ein.
- Unterstützt die Friedensbewegung in ihrem Ringen nach dem Beginn einer Abrüstungsdynamik.
- Übt Solidarität mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Beschäftigten der Maxhütte.

**Tretet der Kriminalisierung von demokratischen und sozialen Bewegungen gemeinsam entgegen!
Keine WAA!**

„Ein Chaos von hinten ist uns lieber als ein Polizist von vorne“

Ein Bericht zu Vorfeldverhaftungen und den aufgelösten Aktionsplänen

Schon vor den Aktionstagen begann die Polizei nach alt bekanntem Muster Stimmung zu machen und WAA-Gegner einzuschüchtern. Hausdurchsuchungen und Durchsuchungsbefehl, Festnahmen und „Ingewahrsamnahme“ von WAA-GegnerInnen, die irgendwo übernachteten, Durchsuchungen der Anti-WAA-Büros in Schwandorf und Altenschwandt, Vorbeugehaft von 43 WAA-GegnerInnen, damit diese an der Demonstration nicht teilnehmen können usw.. Alles was sich regte und bewegte wurde registriert und/oder festgenommen.

Höhepunkt dieser Vorfeldkriminalisierung waren die Verhinderung beider Aktionstageplänen in Wackersdorf. Aber, was passierte im einzelnen:

Montag 5. Oktober

Zwei WAA-GegnerInnen werden bei einer Autokontrolle festgenommen. Vergehen: Mitführen eines nach Straßenverkehrsordnung vorgeschriebenen Benzinkanisters und sonstiger Utensilien, die zur normalen Autoausrüstung gehören.

Dienstag 6. Oktober

Mehrere Häuser – darunter die Anti-WAA-Büros Schwandorf und Altenschwandt – werden durchsucht. Ohne Durchsuchungsbefehl werden in Altenschwandt Zeitungen, Adressenlisten, Telefone und „leere CS-Gas-Hüllen“ beschlagnahmt. Im Polizeibericht werden aus diesen Hüllen „Gasgranaten“, obwohl solche Hüllen eigentlich gesammelt werden, um zu beweisen, mit welchen Mitteln die Polizei gegen ihre BürgerInnen vorgeht.

Insgesamt werden 5 Personen festgenommen, von denen eine/r dem Haftrichter vorgeführt wird.

Mittwoch 7. Oktober:

Schon im Tagesverlauf kommt es zu einigen Festnahmen, weil WAA-GegnerInnen sich weigern ihre Personalien anzugeben.

Am abend erreichen die Vorfeldaktionen der Polizei ihren ersten Höhepunkt. Mehrere Hundertschaften riegele die „Sportgaststätte“ in Wackersdorf hermetisch ab. Das dort tagende 1. Aktionstageplenum mit ca. 100 – 150 TeilnehmerInnen wird „abgeräumt“, ein Teil der Anwesenden durchsucht, Personalien festgestellt und – laut Nürnberger Nachrichten – 7 WAA-GegnerInnen festgenommen.



Donnerstag 8. Oktober:

Noch bevor die erste Aktion anläuft, werden eine Gruppe Berliner WAA-GegnerInnen an ihrem Übernachtungsort von der Polizei „überfallen“. Als Begründung dient der Verdacht Straftaten vorzubereiten. Insgesamt werden 11 Erwachsene festgenommen und drei Kinder (5-6 Jahre) dem Jugendamt Amberg übergeben. Am selben Tag durchsuchen die Sicherheitskräfte noch mehrere Wohnungen vom Mitgliedern Oberpfälzer Bürgerinitiativen.

Am Abend desselben Tages wird dann das 2. Aktionstageplenum mit rund 300 TeilnehmerInnen gestürmt und damit verhindert. Als die Sportgaststätte von den Berliner Beamten betreten wurde, zeigen diese gleich, „wo der Wind herwehte“. „Flossen hoch – und keine Mücken“ wurde gebrüllt. Alle Teilnehmer wurden durchsucht, die Personalien festgestellt, es kam zu einzelnen Knüppelschlägen und Fußstritten. Ein älterer Mann wurde zusammengeschlagen und eine WAA-Gegnerin mußte sich vor laufenden Polizeikameras ausziehen.

Freitag 9. Oktober:

Die Berliner Sondereinsatzkommandos umstellen ein Übernachtungsquartier von WAA-Gegnern bei Kronstetten. Ohne die Besitzerin des Hauses darüber zu informieren, beginnen sie parkende Autos zu durchsuchen, stellen Personalien fest usw. Die Frage der Hausbesitzerin nach dem Grund der Aktion wird mit deren Personalienfeststellung quittiert. Danach werden alle Anwesenden auf dem Hof des Geländes zusammengedrängt und insgesamt 91 Personen festgenommen. Von diesen 91 Festnahmen bleiben 43 bis Samstag 18.00 Uhr in Haft, um eine Teilnahme an der Demonstration zu verhindern.

Insgesamt werden rund 150 – 200 Personen vor bzw. ohne einen direkten Zusammenhang mit einer Aktion festgenommen. Begründet wurden diese Festnahmen mit dem Verdacht, daß Straftaten begangen würden. Dahinter steckt jedoch ein ganz anderes Ziel, nämlich: Jede/r der sich am Baugelände, jede/r die aus Berlin oder dem sonstigen Bundesgebiet kommt, alles was sich regt und bewegt soll registriert, eingeschüchtert, erfaßt und festgenommen werden.

Der Polizei- und Überwachungsstaat ist zum Oberpfälzer Alltag geworden. Dafür spricht auch die immense Anzahl von Personalienfeststellungen im Zuge der Herbstaktionen. Das ganze Umfeld, Zusammenhänge und Strukturen werden damit durchleuchtet.

Am gravierensten ist m.E. die Zerschlagung beider Aktionstageplänen zu bewerten. Dieser Schlag zielte eindeutig auf die Strukturen der Bewegung und sollte ein geschlossenes Vorgehen und ein Koordinieren der verschiedenen Aktionen verhindern.

Diese Koordinierungstreffen waren auch deswegen relativ leicht zu kassieren, weil sie – im Gegensatz zu den praktischen Aktionen – in den Oberpfälzer BI's nur sehr schwach verankert sind. Eine starke Teilnahme von Oberpfälzer Gruppen stellt auch einen Schutz für solche Plenen dar. Strukturen zur Koordinierung und Organisation von Aktivitäten müssen in Ihrer Wichtigkeit erkannt, entsprechend aufgebaut werden und verankert sein.

Aktionstage gegen die WAA

Erster öffentlicher Atomtransport

Im Rahmen der Herbstaktionen in der Oberpfalz fand am Donnerstag, den 8.10. der erste öffentliche Atomtransport von Nürnberg nach Schwandorf statt.

Beteiligt haben sich daran etwa 50 – 100 Leute aus den unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen:

BI, Mütter gegen Atomkraft, BN-Jugend, Graue Panther und einzelne Leute von den Grünen.

Auf einer improvisierten Kundgebung in der Nürnberger Innenstadt wurde der Zusammenhang zwischen WAA und Atomtransporten erläutert und darauf hingewiesen, daß bereits ab 1989 wöchentlich mehrere solcher Transporte durch Nürnberg rollen sollen (dann soll das atomare Eingangslager der WAA fertiggestellt sein). Außerdem wurde die Aktion in den Zusammenhang „Sand in's Getriebe des Atomstaats“ gestellt und dazu aufgerufen, an allen zuständigen Stellen Verantwortung einzufordern und überall gegen das mörderische Atomprogramm Widerstand zu leisten. Dann setzte sich der Zug mit Atomfässern und -kanistern, Transparenten, Luftballons, geschmückten Kinderwägen und Lärminstrumenten in Bewegung. Die wenigen anwesenden Polizeibeamten hielten sich während der ganzen Aktion in Nürnberg (auch später im Bahnhof) erstaunlich zurück. So konnten sie in der Bahnhofshalle auch nicht verhindern, daß ein Transport mit gasgefüllten Luftballons (WAA NIE) an die Decke stieg. Anschließend bestiegen etwa 30 Leute mit ihrer „atomaren Fracht“ den Zug nach Schwandorf. Unterwegs flatterten den an den Bahnsteigen stehenden Menschen Flugblätter in die Hände, in denen auf den Transport aufmerksam gemacht wurde.



Am Bahnhof von Schwandorf wurde der Zug von einer jubelnden Menge empfangen. Eine Delegation von 8 – 10 Leuten stattete dem Bahnhofsvorsteher einen Besuch ab und überreichte ihm ein Protestschreiben und einen Forderungskatalog an die DB. Darin wurde auf die Rolle der DB im Atomprogramm und deren Beteiligung am AKW-Neckarwestheim hingewiesen. Das Gespräch brachte erwartungsgemäß nichts neues und war unbefriedigend.

Anschließend formierte sich vor dem Bahnhofsgebäude ein Demozug von ca.

4000 Leuten, die lärmend und mit Sprechchören und Transparenten durch die Schwandorfer Innenstadt zogen. Am Marktplatz bildete sich ein Stau, der erst durch die anwesenden Polizeikräfte aufgelöst werden konnte.

Es entwickelte sich ein Geplänkel zwischen Demonstranten und Polizei, wobei sich auch der Zenbrastreifen wieder einer permanenten Benutzung erfreute.

Als dies langweilig wurde, sammelte sich die Menge protestierend und lärmend vor dem Schwandorfer Rathaus. Dort hatte die BI Schwandorf einen Termin mit dem OB-Kraus vereinbart. Die zahlreich anwesende Polizei machte sich durch teilweise Räumung des Vorplatzes und Beschlagnehmung des Atom Mülls unbeliebt. Letzterer wurde im Rathaus zwischengelagert.

Abschließend können wir von der Nürnberger Bürgerinitiative gegen die WAA eine durchwegs positive Bilanz ziehen. Es ist uns gelungen verschiedene Gruppen von Nürnberg mit dieser Aktion in die Oberpfalz zu bringen und das politische Widerstandsspektrum gegen die WAA zu erweitern (Graue Panther) und zusammenzubringen.

Wir werden unseren Schwerpunkt weiterhin auf die Atomtransporte setzen, weil diese das schwächste Glied im Atomprogramm und auch am leichtesten angreifbar sind. Da die ersten Transporte bereits in zwei Jahre rollen sollen, wird es Zeit für die Anti-AKW-Bewegung sich etwas dagegen zu überlegen.

Unser Vorschlag: Eine bundesweite Transport-Kampagne.
BI gegen die WAA



Aktionstage gegen die WAA – Ausnahmezustand in der Oberpfalz

Vom Frühstückstisch . . .

Zusammen mit anderen gewaltfreien Aktionsgruppen hatten wir von der GA „Sandkörner“ eine Fahrradstafette und eine Frühstücksblockade vorbereitet. Mit beiden Aktionen wollten wir den Zusammenhang zwischen der WAA und der Möglichkeit, deutsche Atombomben zu bauen, stärker publik machen.

Bereits am Montag, dem 5.10. fuhren um 6 Uhr früh ca. 50 Leute, davon die Hälfte OberpfälzerInnen zum Baugelände. Da die Polizei leider irgendwie von unserem Vorhaben erfahren hatte, sahen wir uns mit einem großen Aufgebot von Polizisten konfrontiert, das wir nur auf Schleichwegen umgehen konnten. Das letzte Stück weg zum vorgesehenen Blockadeort legten wir zu Fuß – beladen mit Tapeziertischen, Stühlen und Kisten – zurück und zogen mit einem freundlichen „Guten Morgen“ an den dort wartenden Polizisten vorbei. Auf der Zufahrtstraße zum WAA-Gelände bauten wir dann vor ihren Augen in großer Hektik die Tische auf, deckten sie und setzten uns zum Frühstück hin. Viele OberpfälzerInnen hatten reichlich Kaffee und Kuchen mitgebracht, drei von ihnen blockierten mit uns. An die Arbeiter und Polizisten wurden Flugblätter verteilt, in denen wir den Grund unseres Frühstücks und das Vorgehen gewaltfreien Widerstands erklärten und sie zur Teilnahme am Frühstück aufforderten. Allerdings verhinderte die Polizei bald das Flugblattverteilen an die Arbeiter.

Der Bedrohung durch die WAA wollten wir das friedliche, harmonische Bild gemeinsam frühstückender Menschen entgegensetzen. Trotz unserer Hektik angesichts der viel zu bald drohenden Räumung war es ein tolles Gefühl, wie selbstverständlich mitten auf der Straße am Frühstückstisch zu sitzen.

Wir konnten jedoch leider nicht in Ruhe fertig essen, weil nach etwa 20 Minuten eine Hundertschaft Polizei aufmarschierte und uns zu räumen begann. Dabei gab es groteske Szenen, wenn z.B. manche sogar mitsamt ihrem Stuhl weggetragen wurden oder andere noch mit vollem Mund kauten und sich nicht aus der Ruhe bringen ließen.

Nachdem wir erst in die „Gefangenen-sammelstelle“ im WAA-Gelände gebracht worden waren, wurden wir schließlich nach Amberg ins Polizeipräsidium geschafft. Obwohl spätestens um 14.00 Uhr die letzten der 19 Festgenommenen erkennungsdienstlich behandelt und vernommen waren, wurden wir weiterhin in den Zellen gefangen gehalten. Dies war eine absolut neue Situation für uns. Schließlich erfuhren wir den Grund unserer weiteren Festnahme: Die Staatsanwaltschaft hatte den Antrag auf „Vorsorgeunterbringung“ (sprich Vorbeugehaft) gestellt, weshalb wir durch zwei Haftrich-

ter vernommen werden mußten. Wir erfuhren zu unserem großen Erstaunen, daß es laut Polizeiaufgabengesetz seit 1984 möglich ist, bis zu 14 Tage in Vorsorgehaft genommen zu werden, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß weitere Straftaten folgen werden. Wie auch die spätere Polizeipraxis während der Aktionstage gezeigt hat, werden WAA-GegnerInnen als potentielle Straftäter behandelt. In unseren Zellen bekamen wir Horrorvisionen, daß wir die ganze Woche festgehalten würden. Da wir Frauen zu siebt in einer 6qm-Zelle saßen, konnten wir wenigstens über unsere Ängste reden. Allein wären wir alle völlig fertig gewesen. In dieser Situation, in der ein Anruf beim Rechtsanwalt dringend notwendig für uns war, wurde plötzlich einer Frau das Telefonieren erst nach mehrmaligen Bitten erlaubt. Unserer Angst und Wut machten wir durch lautes Singen und ohrenbetäubenden Lärm Luft.

Einmal wurden wir im Auftrag der Richterin Schmidt scheinheilig gefragt, ob wir denn mit dem Gefangenentransportbus zurück zum WAA-Gelände gebracht werden möchten. Vorsicht Falle! Hätten wir mit ja geantwortet, wäre dies ein Vorwand gewesen, uns in Vorbeugehaft zu nehmen. Nachdem einige von uns von den Richtern vernommen worden waren und es bereits nach 18.00 Uhr war, zog der Staatsanwalt seinen Antrag zurück – der Zweck war schließlich erfüllt. Nach 12 Stunden Gefangenschaft waren wir endlich wieder frei!



. . . mit dem Fahrrad . . .

Unsere Fahrradstafette von Feucht bis Wackersdorf führten wir in zwei Etappen durch, wobei sich erst 15 und später 30 Menschen aus Hamburg, Köln, Heidelberg und Nürnberg beteiligten.

Am Abend vor unserem „Start“ stand eine Abendveranstaltung der FI Feucht auf dem Programm, wo der Film „Zaunkämpfe“ gezeigt wurde. Allerdings wurden wir bereits an diesem Abend mit der aufgeheizten Stimmung gegen WAA-Gegner konfrontiert. Der Wirt der „Reichswald-Stuben“, wo die Veranstaltung angemeldet war, ließ uns wegen dem Thema WAA nicht herein, weshalb schnell ein anderes Lokal gefunden werden mußte.

Am folgenden Tag gings dann richtig los. In den verschiedenen Orten, durch die wir kamen, spielten wir Straßentheater und verteilten Flugblätter. Die Reaktionen aus der Bevölkerung reichten von Desinteresse bis hin zu häufigen Sympathiekundgebungen. Die Mischung aus Fahrradfahren in einer schönen Landschaft und Aktion war sehr wohltuend und machte viel Spaß. Allerdings wurden wir während der ganzen Strecke – trotz ordnungsgemäßer Anmeldung – immer wieder mit „Sonderaufträgen“ der Polizei konfrontiert. Z.B. hätten wir in Altdorf nicht einmal Rast machen dürfen! Hinter Sulzbach-Rosenberg fuhren wir dann von einer Polizeikontrolle in die nächste, wobei jedesmal unsere Personalien auf Listen notiert wurden, mal mit, mal ohne Begründung. Außerdem wurden wir während der ganzen Strecke von Zivilpolizisten beobachtet und sogar gefilmt.

. . . in den Ausnahmezustand

Schon im Vorfeld war eine Hetzkampagne durch die Medien gelaufen, in der vor Terroristen gewarnt wurde. Rückblickend auf die 70er Jahre läßt sich feststellen, daß das Volk vor den Kommunisten gewarnt wurde. Heute sind politisch denkende und handelnde Menschen „Terrorismus-verdächtig“.

Als wir am Donnerstag, 8.10. in Schwandorf ankamen, nahmen wir zunächst einmal die unzähligen Polizisten wahr. Die Stadt war in einem Belagerungszustand. Unsere Gruppe hatte sich bei einem Campingplatz angemeldet, doch der Besitzer hatte Angst vor Polizeirazzien bekommen und wollte uns nicht aufnehmen. So gingen wir erst einmal auf das Fest der Bürgerinitiative in Wackersdorf. Die Stimmung dort war gut, die Atmosphäre entspannt, viele bekannte Gesichter waren zu sehen.

Einige von uns gingen dann zum Plenum in das Schwimmbadcafe, wo eine Tagesauswertung der gesamten Aktionen und die Planung für den folgenden Tag besprochen werden sollten. Etwa 200 Leute

nahmen daran teil. Kurze Zeit später wurden wir aus der schönen Feststimmung herausgerissen, als wir die Nachricht erhielten, daß das Plenum eingekesselt wird. Alle eilten zum Cafe. Drei Hundertschaften hatten den Platz umstellt. Durch mehrmalige Lautsprecherdurchsagen wurden die PlenumsteilnehmerInnen aufgefordert, das Cafe zu verlassen und ihre Personalien anzugeben, sonst würde es gestürmt werden.

Mit welchem Recht so fragen wir uns immer wieder. Die sind im Stande und schlagen das Mobiliar der Gaststätte kurz und klein mit der Begründung, daß dort Straftaten geplant würden, womit sie Narrenfreiheit haben.

Die Leute vom Plenum einigten sich darauf, freiwillig herauszukommen und nach ihrer Personalienangabe in die versprochene „Freiheit“ zu gehen. Mit erhobenen Händen mußten sie sich an die Wand stellen, sich durchsuchen lassen. Wir hörten eine Frau verzweifelt rufen „hier wird ein Mann verprügelt“, woraufhin sie in einen Polizeibus gesperrt wurde. Die Presseleute wurden grob abgedrängt, Filme wurden beschlagnahmt. Nach unseren Informationen wurden 25 Menschen festgenommen. „Gründe“ dafür waren u.a. gefährliche Gegenstände, die sie mit sich führten wie z.B. kleine Schraubenzieher, Fahrradspanngummi, Flugschriften . . .

Die ganze Prozedur zog sich ewig hin, so daß wir erst spät in der Nacht zu unserem Schlafplatz in einer Scheune kamen. Wohl wissend, daß die Polizei permanent Razzien durchführt, haben die Bauern Vorsorge dagegen getroffen (Scheune abgedichtet, keine Autos im Hof . . .) Als Kinder haben wir Räuber und Gendarm gespielt – dort war es plötzlich Wirklichkeit – mit noch nicht lebensbedrohlichen Konsequenzen. Für uns DemonstrantInnen war es kein Spiel – für die staatlichen Organe ein Manöver!

Einige Leute wurden durchsucht und massenweise Leute vorbeugend verhaftet, viele bis Samstag abend. Ihre Erzählungen von der Behandlungsweise durch die Polizei weckt Erinnerungen an Bilder vom Ausland – dort, wo keine Demokratie ist!

Am Samstag war dann ein buntgemischtes menschliches Gedränge auf dem Kundgebungsplatz in Wackersdorf. Die Entschlossenheit der Leute kam dann auch in der anschließenden Demonstration zum Baugelände zum Ausdruck: „Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten!“ Und doch hatten wir Angst vor dem, was uns auf dem Weg zum Baugelände passieren könnte. Als wir ungehindert am Bauzaun ankamen, war erleichtertes Aufatmen vernehmbar. Die Stimmung glich jetzt einem Happening, Transparente wurden am Zaun befestigt, die Situation war jetzt entspannt. Doch nicht lange. Da rückten plötzlich die ersten Polizisten an. Und ehe wir recht wußten, was geschah, kamen schon erste Trupps mit erhobenen Schlagstöcken auf uns zugestürmt. Wahllos schlugen – wie Eishockeyspieler ausgerüstete – Schlägertrupps der Polizei auf die Menschen ein, die in großer Panik davonrannten. Ich sah, wie ein Mann stürzte und fünf Polizi-

sten mit ihren Holzknüppeln auf ihn eindroschen. Er gab keinen Laut mehr von sich – er war wohl bewußtlos. Sie schleiften ihn dann weg ins WAA-Gelände.

Immer wieder sammelten sich diese Trupps vor dem Zaun, stürmten plötzlich auf die Menschenmenge zu, prügeln wahllos auf die Leute ein. Es war einfach schrecklich. Auch war kein bestimmtes Ziel dieser Knüppelorgien ersichtlich, z.B. uns vom Zaun wegzutreiben. Es ging nur ums Knüppeln.

Sanitäter und Ärzte hatten große Mühe, sich um die Verletzten zu kümmern. Als Demonstranten einen schützenden Kreis um eine Verletzte bildeten, damit die Ärzte sie versorgen konnten ohne überrant zu werden (es waren auch Polizeiarzte dabei), wurde auch auf diese Menschen eingepüßelt, so daß zwei weitere verletzt wurden.

Wir zogen uns dann alle als geschlossener Demonstrationzug zurück, unfähig, das Geschehene zu verstehen, froh, selber nochmal ohne äußere Verletzungen davongekommen zu sein.

Der Bericht gibt sicher nur einen Teil wieder von dem Erlebten – es ist auch schwer zu beschreiben, wie in Wackersdorf die ganze Woche mit uns umgegangen worden ist. Mit diesem Manöver ist auf alle Fälle ein Sammelsurium von Adressen von AKW-GegnerInnen gespeichert worden mit uns nicht bekannten An-

merkungen. Die Handlungen der Polizei waren nicht illegal – sie sind gesetzlich fundiert. Notstandsgesetze und Polizeiaufgabengesetz sind demokratisch zustande gekommen. Sie haben auch noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Das muß uns klar sein.

Als wir nach Nürnberg zurückkehrten, kamen wir uns in den ersten Tagen vor wie in einer fremden Welt: vom Ausnahmezustand in die Normalität. Wie blanker Hohn klang uns da die Dankesrede des bayerischen Innenministers Lang in unseren Ohren, der u.a. dem Berliner SEK bescheinigte, sie hätten „hervorragend gearbeitet“! Es drängt sich die Frage auf, zu welchen Mitteln wird die Regierung in Zukunft noch greifen, um den Bau der WAA gewaltsam durchzusetzen???

Wichtig bleibt für uns, daß wir uns nicht abschrecken und einschüchtern lassen, sondern unbeirrbar mit unseren gewaltfreien Mitteln die WAA zu verhindern versuchen.

Monika Ott und Christine Fuchs
Gewaltfreie Aktionsgruppe „Sandkörner“

Kontakt:
Christine Fuchs
Kopernikusplatz 17
8500 Nürnberg 40
Tel.: 09 11 / 45 31 64

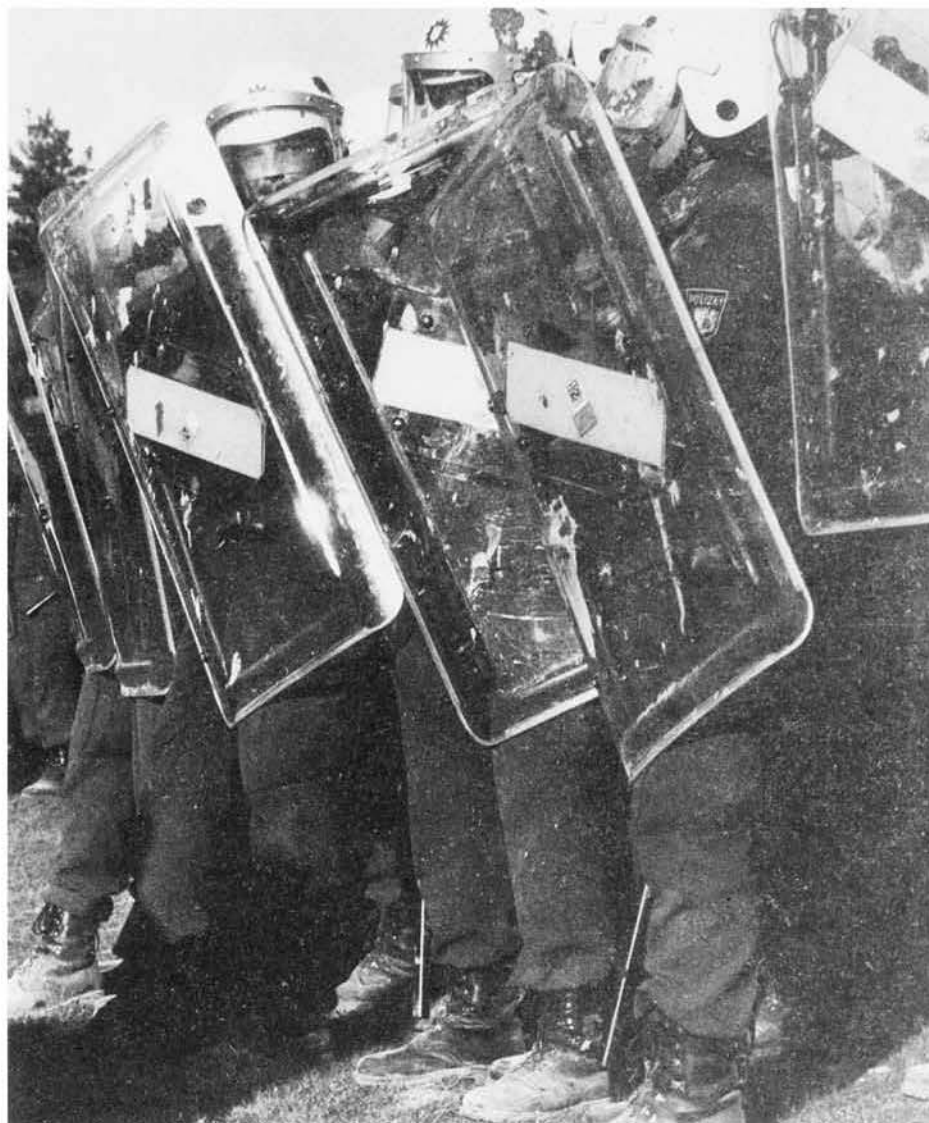


FOTO: Norbert Kraft

Regensburger Aktionstage gegen die WAA Strahlende Donau und nackte Staatsgewalt

„Regensburg ist die dem WAA-Gelände nächstgelegene Großstadt. Obwohl es vielfältige Berührungspunkte zum Bau der WAA gibt, sind deren Problematik und Hintergründe noch viel zu wenig im Gespräch.“ (aus einem BIWAK-Flugblatt)

Soweit zu den politischen Zielen der Aktionstage in Regensburg, dem Sitz des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz und der oberpfälzer Bezirksregierung, dem Sitz von WAA-Firmen und von Gerichten, „die Urteile in Sachen WAA und Widerstand sprechen“, am Knotenpunkt von Atommülltransporten.

Donnerstag, 8. Oktober: Widerstandfrühstück vor dem Gebäude der Bezirksregierung (Behälter von Herrn Krampol). Gegen 10 Uhr setzen sich 15 Leute auf den Gehsteigrand vor der Eingangstür und beginnen zu mampfen. Einige Minuten tauchen auch schon die ersten Wannen auf, aber die fahren vorbei (Bemerkung des Hausmeisters: „Die sind noch nicht für euch“). Die „Richtigen“ kommen kurz darauf.

Obwohl die FrühstückserInnen bereits vorsorglich am Gehen sind, und wohlgemerkt, obwohl der Eingang nicht blockiert war, kommt es zu 10 Festnahmen. Eine Frau wird über einen halben Kilometer vom Ort des Geschehens entfernt eingesammelt. Auf dem Polizeirevier werden alle ED-behandelt und dann in den Regensburger Knast abtransportiert, Männer in Einzelzellen, die Frauen „dürfen“ zusammen bleiben. Erst am späten nachmittag werden die letzten entlassen . . .

Währenddessen gibt es auf dem Bismarckplatz, gegenüber dem Polizeipräsidium, eine Ausstellung zur Polizeigewalt zu besichtigen. Ein Büchertisch ist aufgebaut, u.a. zum Thema § 130a (Pressezensur). Einige Exemplare der sog. „Freien Presse“ sind kontrastiert mit zensierten Druckerzeugnissen (u.a. auch dem Unsrigen). Die Ingolstädter BI und die BIWAK haben sich die Mühe gemacht, ein Segment Original-Bauzaun aufzubauen. Die Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ veranstalten am Nachmittag eine Schiffsrundfahrt auf der „Strahlenden Donau“. Sie lassen verlauten, sie wollten sich auch speziell um diejenigen kümmern, die sich wegen der Einschüchterungskampagnen nicht nach Wackersdorf trauen. Erwähnenswert, daß sich die „Mütter“ und andere Regensburger Gruppen (AK Theologie und Kernenergie, Pax Christi, Jusos u.a.) in der Öffentlichkeit nicht von „Gewalt“, sondern gleich vorsorglich vom „zivilen Ungehorsam“, von Blockaden und Behinderungsaktionen, distanzieren. In der Zeitung war zu lesen: „Wir . . . unterstützen nur solche Aktionen, die im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch

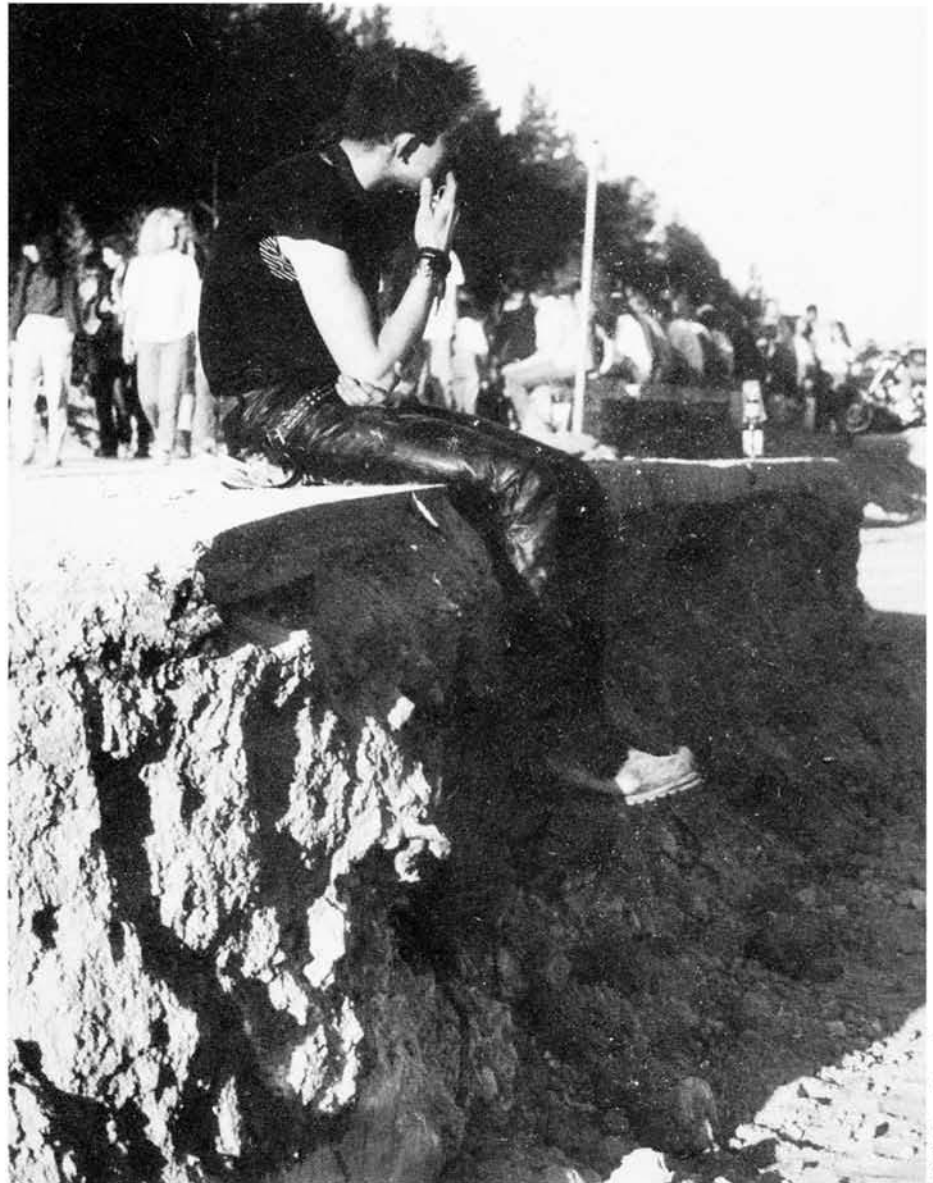


FOTO: Norbert Kraft

die Verfassung garantiert werden.“
Der Kniefall vor der . . .

A propos Staatsgewalt: Gegen 17 Uhr lauschen auf bereits erwähntem Bismarckplatz vor dem Polizeipräsidium einige 100 aufmerksame ZeitgenossInnen einer sehr wirklichkeitsnahen Radiosendung, ausgestrahlt dortselbst von „Radio Donauschmatz“.)

Reporter Fritz de Witz berichtet von Panik und Chaos in der Stadt. Eine Katastrophe droht, ein Phänomen geistert durch die Straßen, der SCHWARZE BLOCK! Plötzlich stürmt de Witz persönlich um die Ecke, alles ist live. Fritz sagt den versammelten HörerInnen, sie sollen sich schnell verstecken . . . Da! Der SCHWARZE BLOCK, von vier Henkersgestalten getragen taucht auf. Der Reporter mit angstverzerrtem Gesicht: „Das ist Gewalt, das ist die NACKTE GEWALT, das ist die STAATSGEWALT!“ Diese entsteigt denn auch dem SCHWARZEN BLOCK in Form von vier nackten Männlein, die an ihren Gesichtern

unschwer als Strauß, Zimmermann u.a. einschlägige Persönlichkeiten zu erkennen sind. Nach kurzer Tanzeinlage zum Bayerischen Defiliermarsch und zum „Kriminaltango“ spielen endlich die grünen Jungs von gegenüber mit und versuchen, der NACKTEN GEWALT habhaft zu werden. Das mißlingt gründlich: Der SCHWARZE BLOCK verschlingt die Akteure, gleich darauf tauchen sie in der Menge der RadiohörerInnen unter. Die Grünen müssen ihre Menschekette um die Gruppe unverrichteterdings auflösen . . . Vom darauffolgenden Tag, dem Freitag, ist zu berichten, daß sich eine Radlidemo durch die Innenstadt bewegte. 200 RadlerInnen suchten u.a. das OBAG-Gebäude (Energieversorgungsunternehmen), das Polizeipräsidium, die Bezirksregierung und den Bahnhof heim.

„Radio Donauspatz“ heißt eins der Regensburger Privatradios. Nur nebenbei: die für das Wort zuständige Chefredakteurin, eine „von Hohenlohe“, hat ihre ersten journalistischen Erfahrungen als Polizeireporterin bei „BILD“ gesammelt . . .

Einschätzungen

Radi-Aktiv

Zur Einschätzung der Herbstaktionen möchte ich 3 Bereiche näher unter die Lupe nehmen:

Vorbereitung und Zusammenarbeit im Trägerkreis

Bekanntermaßen kam alles sehr schwierig in Gang. Als in Nürnberg auf der BUKO der Vorschlag zu einer bundesweiten Großdemonstration, getragen von einem möglichst breiten, bewegungsübergreifenden Bündnis zum Bauplatz der WAA, eingebracht wurde, fanden auch gleich scharfe Kontroversen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung statt. Die Folge war, daß das Ursprungskonzept nicht möglich war. Erst auf dem Schwandorfer-Treffen (am 21.6.) zeichnete sich aber wer sich an einem Bündnis zu den Herbstaktionen beteiligt. Der Kampf um die inhaltlichen Positionen bestimmte anfangs die Auseinandersetzung. Die unabdingbare Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen konnten, oder wollten die Vertreter/innen der bayerischen Friedensbewegung nicht annehmen. Der Kompromiß bestand schließlich in getrennten Aufrufen und einem geteilten Plakat. Trotz dieser inhaltlich Differenzen lief ab dem Punkt, als Einigkeit darüber bestand, daß wir zusammen die Demonstration durchsetzen wollen, die Zusammenarbeit recht positiv ab. Auch die Diffamierungen und die RAF-Hetze von Seiten der Staatsregierung im Vorfeld zu den Aktionstagen und der Demonstration schaffte keine Spaltungslinien. Die beteiligten Gruppen im Trägerkreis (anders als im Regensburger Koordinationskreis) reagierten geschlossen. Diese Erfahrungen haben sicherlich einen positiven Ausgangspunkt für weitere punktuelle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bewegungen geschaffen.

Aktionstage

Erfreulicherweise beteiligten sich bei den diesjährigen Aktionstagen etliche BIs und Ortsgruppen mit eigenen Aktionen, was nach eigenen Aussagen zu einer Reaktivierung führte. Größtenteils hatten die Aktionen einen aufklärerischen Charakter, bei den Behinderungsaktionen wurde von der Polizei massiv reagiert. Die Abräumung der zwei Plenas durch die Polizei griff insbesondere die eigene Kommunikationsstruktur an. Das Aufrechterhalten von gemeinsamen Strukturen aller Beteiligten der Aktionstage wäre notwendig, dies würde auch einen gewissen Schutz vor Abräumaktionen der Gegenseite bieten.



FOTO: Norbert Kraft

Trotzdem die Aktionstage positive Aspekte beinhalteten, stehen die 180 Verhaftungen, teilweise nach dem Polizeiaufgabengesetz durchgeführt, in keinem Verhältnis zu den politischen Auswirkungen der Aktionen. Sicherlich läßt sich diskutieren wie bei solchen Aktionen ein besserer Schutz zu gewährleisten wäre. Uns stellt sich jedoch die Frage, ob bei der massiven Polizeipräsenz für ein Konzept radikaler dezentraler Aktionen überhaupt ein ausreichender Schutz leistbar ist.

Kundgebung und Demonstration

Die massenhafte Beteiligung an Kundgebung und Demonstration war ein großer politischer Erfolg. Die Durchsetzung dieses Demonstration, gegen das gerichtliche Verbot, die Tatsache daß wirklich fast alle Kundgebungsteilnehmer/innen gen und entschlossen zum Bauzaun zogen bedeutet einen wichtigen Pluspunkt für die beteiligten Bewegungen. Den Oberpfälzern wurde in ihrem Widerstand damit der Rücken gestärkt.

Das es während der Zeit am Bauzaun zu so üblen Prügelorgien kam, bleibt als Wermutstropfen bestehen. Die von den prügelnden Polizisten zugefügten zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen stimmen uns nachdenklich und müssen bei uns die Diskussion anregen, wie wir uns besser schützen können.

Für die Zukunft sollten wir diesen Teil einer Aktion ausführlicher diskutieren und planen, damit wir auch am Bauzaun eine entscheidungs- und handlungsfähige Struktur aufrechterhalten können. Desweiteren sollte zumindest diskutiert werden, wie wir uns selbst besser schützen können. Ob bei dem hohen Verletzungsrisiko, daß oft nicht kalkulierbar ist, das Tragen von Helmen nicht angebracht wäre.

Trotzdem sollten wir unseres Erachtens nicht den Schluß ziehen, daß keine Großdemonstration am Bauzaun mehr möglich oder sinnvoll ist. (Dies fordert die CSU ja schon seit langem) Sondern das Konzept zeigt, daß die Demo mit einem breiten Bündnis durchsetzbar war.

Neue Leute konnten für den Widerstand gegen die WAA aktiviert werden. Obwohl es eine illegale Aktion war, hetzte die Presse anschließend nicht gegen uns, sondern berichtete ausführlich über die brutalen Prügelereien der Polizeieinheiten.

Mit diesem Konzept – breites Bündnis für eine radikale Aktion – wurde der CSU-Staatsregierung inzwischen zum zweitenmal eine Niederlage verpaßt.



Wenn angesichts dieser Ereignisse der verantwortliche Polizeipräsident Fenzl in der Pressekonferenz am folgenden Tag verkündet, die Polizei habe das „Gewaltpotential immer im Griff“ gehabt, so spricht daraus genzenloser Zynismus, obwohl hinter dieser Aussage sicher ein wahrer Kern steckt. Daß nämlich die Knüppelorgien dieser Berliner Schlägertruppe keine Entgleisung einzelner Beamter darstellen, sondern daß das Gewaltpotential dieser berufsmäßigen Killer von den verantwortlichen Schreibtischtätern Fenzl und Gauweiler bewußt eingesetzt wurde, um Schrecken (lat. Terror) zu verbreiten und damit diejenigen WAA-Gegner einzuschüchtern, die sich Demonstrationen nicht verbieten lassen wollen. Insofern alles im Griff.

Daß das Vorstürmen des Berliner Trupps einer geplanten Strategie entsprang, war nur unschwer zu erkennen;

Zunächst kam der Köder: eine Gruppe von wenigen (ca. 50) Bereitschaftspolizisten, die mitten in die Menge der Demonstranten geschickt werden. Da diese abgedrängt und vereinzelt mit Lehmklumpen und Steinen beworfen werden, hat man die Legitimation für das weitere Vorgehen.

2. Akt: Unmittelbar darauf trennt ein großer Trupp Bereitschaftspolizei die Demonstrationsteilnehmer und bildet eine Gasse zum Tor im WAA-Zaun. Dadurch können die gut gepolsterten aber dadurch relativ unbeweglichen Berliner ungehindert die Schräge Betonwand am WAA-Zaun herunterrutschen und sich formieren. Und schließlich

3. Akt: Auf zu ersten Demonstrantenjagd, bei der bereits die Schwerverletzten hinterlassen werden.

Nach diesem ersten und brutalsten Vorstoß konnte sich diese Einheit noch ganze 2 Stunden weiterhin austoben, ohne von der Einsatzleitung zurückgepfiffen zu werden. Schon in den Tagen zuvor hatte diese Einheit Aufsehen erregt, was Fenzl lächelnd mit „Mentalitätsunterschieden zu entschuldigen versuchte.

Fenzls Ankündigung, die Staatsanwaltschaft sei von der Polizei eingeschaltet worden, um etwaige Übergriffe der Berliner Polizeieinheit zu untersuchen, ist ein billiger Schachzug, um sich in der Öffentlichkeit aus der Verantwortung zu stehlen. Wenn man die Berliner Truppe als Bühnenmänner aufbaut, so erscheinen die übrigen Polizeieinheiten plötzlich als die „guten“ anständigen Polizisten, die bei ihren Knüppelinsätzen nur ganz „normale“ Platzwunden produzieren und die Leute wenigstens nicht gleich totschielen. Die Berliner selbst haben natürlich vor dieser öffentlichkeitswirksam angekündigten staatsanwaltlichen Untersuchung wenig zu befürchten. Erfahrungsgemäß verlaufen Ermittlungen gegen Polizeibeamte, insbesondere aus Sondereinsatzkommandos, fast immer im Sande, da diese von

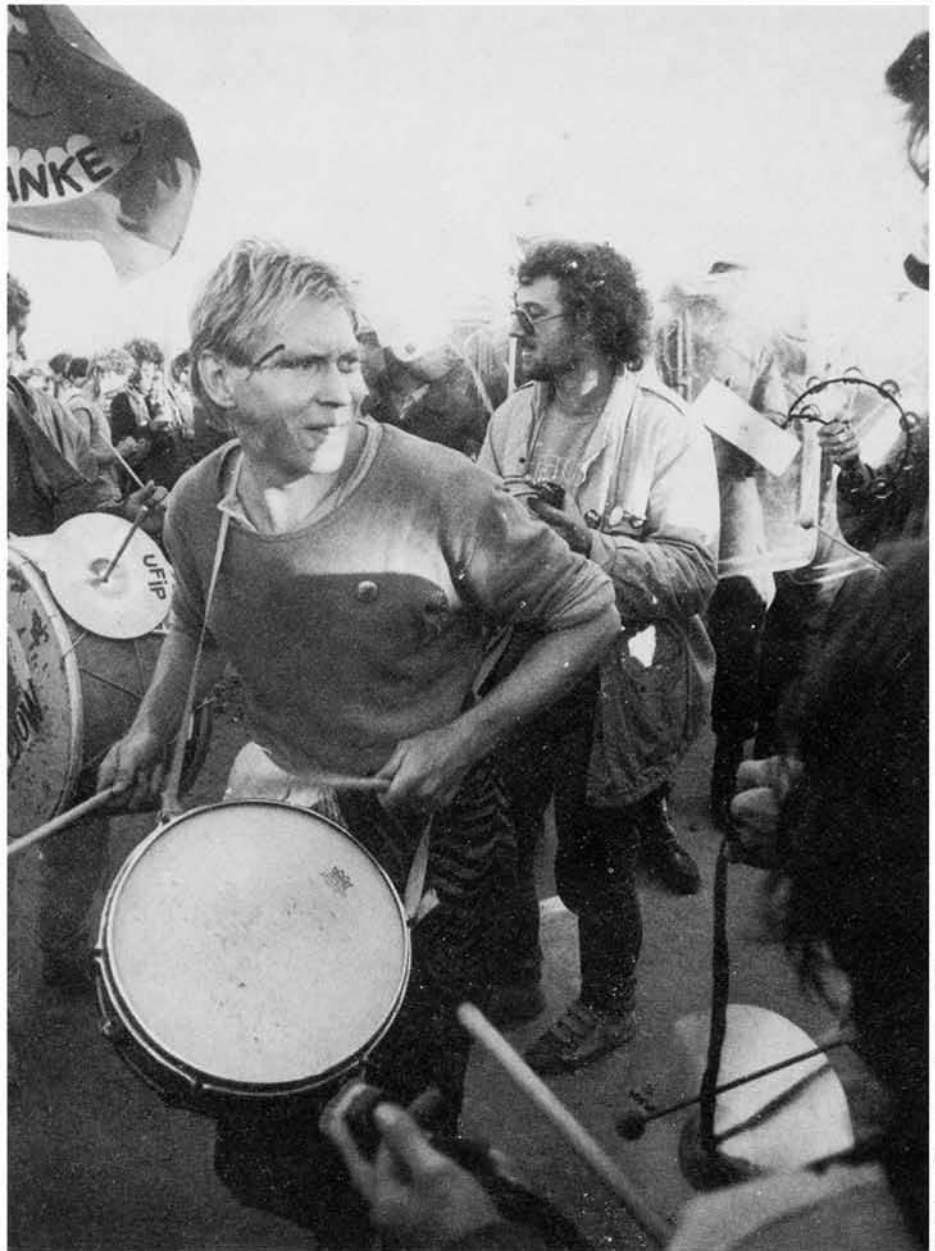


FOTO: Norbert Kraft

Demonstranten nicht identifiziert werden könne, und den Beamten selbst sicher nichts daran gelgen ist, Kollegen aus der eigenen Einheit zu belasten.

Uns ist außerdem nichts gelegen an medienwirksam aufgezogenen Verfahren gegen die Handlanger, die die Drecksarbeit verrichten. Wir wollen die Drahtzieher, die Schreibtischtäter, die sich solche Prügeleinheiten heranbilden und sie gezielt einsetzen.

Die GEWALT-NEIN-DANKE-Kampagne um die vermeintliche Gesprächsbereitschaft der Polizei – Die Lüge von der Bindung zwischen RAF und Anti-AKW-Bewegung – Die segensreichen Worte des Polizeipfarrers und die Berliner Totschläger: Keine Widersprüche, sondern die verschiedenen Seiten ein- und derselben Medaille – **ein politisch-militärisches Konzept zur Aufstandsbekämpfung.**

Das Vorgehen der Polizei ist planmäßig und gehört in einen größeren politisch-strategischen Zusammenhang der Bekämpfung effektiven Widerstands, was von der Qualität durchaus vergleichbar ist

mit aus Vietnam oder Mittelamerika bekannten counter-insurgency-Programmen. Diese Programme arbeiten auf verschiedenen Ebenen:

Das Prinzip Teile und Herrsche:

El pueblo unido jama serea vencido – ein einiges Volk wird niemals besiegt. Deshalb wird von staatlicher Seite seit langem versucht, die Widerstandsbewegung gegen die WAA (und nicht nur die !) in verschiedene Kategorien aufzuteilen: Auf der einen Seite die „Guten“, „Friedlichen“, d.h. die, deren Protest im Rahmen der bestehenden Gesetze und Auflagen bleibt und die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse akzeptieren, und auf der anderen Seite die „Bösen“, „Gewalttätigen“, „Chaoten“, die den Kampf gegen die WAA angeblich nur benutzen, um diesen Staat zu zerstören. Diese zweite Kategorie wird immer weiter ausgedehnt, und mittlerweile fallen auch schon die darunter, die trotz Verbot das Demonstrieren am Bauzaun nicht lassen wollen.

Der Begriff des TERRORISMUS:

Reicht die Diffamierung eines Teils des Widerstands als „gewalttätige Chaoten“ aufgrund persönlicher Kontakte und Erfahrungen im Widerstand nicht mehr aus, um die Bewegung zu spalten, wird kurzerhand die RAF-Gruppe Süd erfunden, und Teile des Widerstands zu Terroristen umdefiniert. Terroristen sind anonym, sie geben sich nicht zu erkennen. Sie pflegen keine Kontakte mit der Bevölkerung und können deshalb immer wieder vom Staat als abstrakte Gefahr an die Wand gemalt werden. So wird durch einfache Umbenennung aus Menschen, die die vom Staat vorgegebenen Regeln nicht mehr akzeptieren und sich in „autonomen“, sprich selbstbestimmten, Gruppen zusammenschließen zunächst „blindwütige“ Gewalttäter“, die nichts anderes im Sinn haben als Randalie, dann das terroristische „Umfeld“, und neudeutings handelt es sich dabei im Polizeiwortschatz um „terroristische Kleingruppen“. Man muß es nur oft genug sagen und schreiben lassen. So macht man aus politischen Gegner Kriminelle, gegen die dann auch in unserer „freiheitlichen Demokratie“ jedes Mittel erlaubt. Und schlägt sie tot, die Hunde?

Gewalt? Nein Danke! – oder Die Polizei, Dein Freund und Helfer!

Um das durch das massive Eingreifen der Polizei beeinträchtigte Ansehen in aller Öffentlichkeit wieder aufzubessern, gibt es seit Ostern dieses Jahres die Kampagne Gewalt-Nein-Danke mit einer Unmenge von Aufklebern, Buttons, Plakaten, Flugblättern etc. Man hat fast den Eindruck es handelt sich bei diesem Verein nicht mehr um den bewaffneten Ausdruck der Staatsgewalt, sondern um in Uniform gesteckte Friedenstauben. Dabei wird immer die Neutralität der Polizei betont, die nur für den rechtmäßigen Ablauf des Widerstands zu sorgen haben. Sie erfüllt ja auch nur ihre Pflicht, sie schätzt das Eigentum der DWK und den ungestörten Ablauf der Bauarbeiten, d.h. das Allgemeinwohl (sprich das des Staats) vor der oberpfälzer Bevölkerung, die diese Wohltätigkeit nicht verstehen will.

Es wimmelt von „Gewaltbereiten Personen“

Im Zuge dieser Kampagne kann dann auch der Begriff der „gewaltbereiten Personen“ auf, vor denen gewarnt wird. Auch die Gerichte haben sich ihn schon zueigen gemacht, erst jetzt wieder in der Verbotsbegründung für die Demonstration zu Bauzaun. Dieser Begriff hat nichts mehr mit irgendwelchen überprüfbareren Tatsachen zu tun, sondern es geht darum, jemandem eine bestimmte Gesinnung zu unterstellen. Umso universeller ist der Begriff dann verwendbar: Wer sich nicht vorsichtshalber von allem und jedem distanzieren ist potentieller Gewalttäter.

Wenn dann mittels öffentlicher Kampagnen, Diffamierung und der Verbreitung der richtigen Ideologie der Boden vorbereitet ist, dann kann man gegen die vorgehen, die immer noch nicht einsichtig sind: Da hilft dann nur noch eins

Einschüchtern, Angst verbreiten, in den Knast stecken, zusammenschlagen

Die massenhaften Gerichtsverfahren gegen WAA-Gegner, z.T. mit langen Haftstrafen, die Kampfgeeseinsätze Wackersdorfer Bauzaun, die Aufrüstung der Polizei mit Gummigeschossen, die schwerste Verletzungen hervorrufen können (was ja offensichtlich nicht unerwünscht ist) gehören zu diesem Repertoire der Unterdrückung.

Massenfestnahmen, wie jetzt wieder in Wackersdorf, als sämtliche Versammlungen der WAA-Gegner von der Polizei aufgelöst wurden, die vor 6 Jahren, bei der Verhaftung von 140 Personen aus dem Nürnberger Kommunikationszentrum (KOMM), noch zu einem Aufschrei in der Öffentlichkeit führten, sind heute alltäglich geworden, nicht erst seit den Verboten der letzten beiden Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung.

Die Knüppelinsätze bei der letzten Demonstration waren das neueste und bisher brutalste Kapitel in dieser Entwicklung, wo jedem klagemacht werden sollte, daß es in Zukunft lebensgefährlich sein kann auf verbotenen Demonstrationen zu gehen. Und verboten sind sie zum Wackersdorfer Bauzaun alle, seit mehr als einem Jahr. Wer weiß, was sie mit denen anstellen, die trotzdem nicht zuhause bleiben –

Wenn wir nicht lernen uns zu wehren, Politisch und praktisch! Äh?
BIWAK



FOTO: Norbert Kraft

Nürnberger Friedensforum:

Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn – keine WAA

Die bayerische Friedensbewegung hat in einer Zeit, da ein Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über den Abbau der Mittelstreckenraketen immer näher rückt, gemeinsam mit anderen Bewegungen die Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn durchgeführt.

Wir haben damit unserer Forderung nach einem ersten konkreten Abrüstungsschritt Nachdruck verliehen und gleichzeitig aufgrund des Aktionsortes Wackersdorf deutlich gemacht: der Erfolg eines Abkommens darf nicht durch Umrüstung oder einer eigenen bundesdeutschen Atombombe zunichte gemacht werden!

Dem ersten Schritt müssen weitere Schritte folgen!

Wir erachten es als großen Erfolg, daß diese Aktionen so viele unterschiedliche Bewegungen gleichberechtigt geplant und durchgeführt haben, ohne ihre gewachsenen Strukturen und entwickelten Forderungen aufgeben zu müssen. Diese Breite des Bündnisses und das konstruktive Aktionskonzept mit Aktionstagen, Kundgebung und Demonstration zum Baugelände der WAA wurden bereits lange im Vorfeld von der CSU-Staatsregierung heftigst diffamiert. Von Chaos und RAF-Umfeld war da die Rede. Trotzdem ist die Beteiligung an den Aktivitäten größer und vielfältiger gewesen, als es die meisten von uns erhofft hatten. Weder eine massive und allgegenwärtige Polizeipräsenz und Übergriffe der Polizei, noch Schikane der CSU-Administration konnten die Aktivitäten und den Willen zur Gemeinsamkeit schwächen. Im Gegenteil: Was die rund 40 000 Menschen über das skandalöse Demonstrationsverbot zum Bauzaun gedacht haben, haben sie am 10.10. durch eine Abstimmung mit den Füßen gezeigt. Sie haben sich das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit nicht nehmen lassen und sind geschlossen zum Bauzaun hin und zurück demonstriert.

Das brutale Eingreifen von Polizeieinheiten am Bauzaun hat allgemeine Empörung und scharfe Kritik an den dafür politisch Verantwortlichen, der CSU-Staatsregierung, hervorgerufen. Dies bisher einmalige Vorgehen gegen einen demokratischen Bürgerprotest gilt es festzuhalten und einer breiten Öffentlichkeit darzulegen, damit selbstverständliche Grundrechte wieder überall auch selbstverständlich wahrgenommen werden können.

Nürnberg, den 3.11.1987

Herbstaktionstage in Wackersdorf

Vorläufige Einschätzung

Die folgende Einschätzung beruht auf Diskussionen im Münchner Anti-Atom-Plenum sowie auf einer internen Diskussion innerhalb der Vertreter/innen von sechs der im Trägerkreis vertretenen Gruppierungen nach dem letzten Trägerkreistreffen. Anwesend waren außer uns noch Leute von der BIWAK Regensburg, BI Nürnberg, AK Frankfurt, Robin Wood und BI Schwandorf.

Die Einschätzungen wichen in einzelnen Punkten von der hier geäußerten Meinung ab, aber wir meinen, daß die wesentlichen Punkte wiedergegeben sind.

Diese Einschätzung hat vorläufigen Charakter, versteht sich als Diskussionsansatz in der zu führenden Nachbereitung, von deren Verlauf es abhängt, wie die Bestimmung der nächsten Aktionen aussieht. Ernst nach umfassender Bestandsaufnahme und kritischer Analyse können gemeinsam Perspektiven und/ mit Handlungsansätzen entwickelt werden.

Anti-Atom-Plenum München

Beim letzten Trägerkreistreffen in Schwandorf, das insgesamt recht harmonisch verlief, kamen bei der Bewertung der Aktionstage unterschiedliche Positionen aus den verschiedenen Bewegungen zutage.

Die Vertreter/innen der Friedensbewegung sahen die Aktionstage – aus ihrer Sicht der Demonstration – als vollen Erfolg an. Bündnisbreite, Kundgebungs- und Demonstrationsverlauf, deren Durchsetzung zum Zaun durch die über 30 000 Menschen und die Medienwirksamkeit der Herbstaktionen begründeten ihre Einschätzung. Von ihnen wurde nicht ignoriert, daß während der Demo Fehler unsererseits gemacht wurden, zu den Aktionstagen hatten sie wenig zu sagen, blieben aber solidarisch und hielten sich an die Bündnisabsprachen, was positiv zu bewerten ist.

Wir waren bei der Beurteilung der Aktionstage vorsichtiger, wenn nicht gar skeptisch – ohne die Bedeutung der Aktionstage für die Oberpfälzer zerreßen zu wollen, die nach einem Jahr relativer Ruhe wieder Rückendeckung und Auftrieb bekamen, und ohne zu verkennen, daß die Aktionstage den Widerstand gegen die WAA wieder in Köpfen und Herzen vieler Gegner/innen des Atomprogramms verankerte.

Ehe wir uns allerdings zu perspektivischen Vorschlägen äußern, glauben wir, um Beschönigungen und rein taktischen Wertungen den Boden zu entziehen, daß es notwendig ist, die Aktionstage aus unserer Sicht zu beleuchten, zu hinterfragen, zu kritisieren und, soweit es uns möglich ist, zu analysieren. Eine chronologische Aufarbeitung folgt.

Sechs Wochen vor Beginn der Aktionstage wurde der nervenaufreibende Streit mit der Friedensbewegung mit zufriedenstellendem Ergebnis ausgefochten, auch hierbei gab es kritikable Punkte. Wir glauben aber, daß wir aufgrund unserer relativen Schwäche nicht zu mehr in der Lage waren, und das Bündnis so eingegangen sind, wie es historisch zu diesem Zeitpunkt möglich war. In den ganzen Fetze-reien, in denen auch mal die Grenze des Erträglichen überschritten wurde, ging allerdings viel Energie verloren, die notwendig gewesen wäre, um die Aktionstage inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten (Innenwirkung).

Obwohl wir immer bemüht und auch in der Lage waren, unsere Grundpositionen zu wahren, gelang es uns nicht, Teile des radikalen, unabhängigen/militanten Spektrum der Anti-AKW-Bewegung und der Autonomen zum Mitmachen zu bewegen. Schlichte Desinformationspolitik bestimmter Kreise tat ein übriges (Außenwirkung).

Alles miteinander führte dazu, daß bei den Vorbereitungen zu den Aktionstagen zuwenig Leute aus verschiedenen Städten mit konkreten Handlungsansätzen zusammenfanden, obwohl die zahlenmäßige Beteiligung eher gut war.

Zwei bis drei Wochen vorher deutete sich bereits an, daß während der Aktionstage kaum Ansätze für neue Aktionsformen gefunden werden würden, wie wir uns das eigentlich vorgestellt hatten.

So blieben:

- Infostände
- Informationsveranstaltungen
- Vorbereitungsveranstaltungen
- (Straßen-)Feste und informelle Treffs
- Straßentheater
- Fackelzüge, Trauermärsche und Blockadedemos

- Atommülltransporte
- Widerstandsfrühstück, Behinderungsaktionen
- Blockadevorbereitungen und Treckerdemo
- Kundgebung und anschließende Demo zum Zaun

Die Vielfalt und Zahl dieser Aktionen, die Zahl der daran beteiligten Leute und ihre breite Streuung in der Region sind sicherlich als Erfolg zu werten.

Auf der anderen Seite waren wir nicht in der Lage, uns ungestört von Polizei und Staatsschutz in geschlossenen Räumen zu versammeln, und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Die Versammlungsfreiheit war faktisch aufgehoben (Hausdurchsuchungen, Räumung der zwei Plena, Räumung von Schlafplätzen, Verschub, in München ein Anti-WAA-Fest zu verbieten; vergl. auch die Auseinandersetzungen um die letzte Buko in Regensburg/Nürnberg).

Voraussetzung für weitere Aktionen nicht nur in der Oberpfalz ist die Rückgewinnung der Versammlungsfreiheit in ganz Bayern. Konzepte und Maßnahmen müssen wir in allernächster Zeit in breitem Umfang diskutieren; andernfalls werden wir immer weiter in die Defensive gedrängt werden.

Wir konnten weiter den von uns erhobenen Anspruch nicht einlösen, durch vielfältige Blockadeaktionen am Freitag massiv den Baustellenverkehr zu be- (ver?)hindern und gleichzeitig durch deren Symbolwirkung breite öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.

Die Gründe hierfür lagen einerseits in der massiven Polizeipräsenz, den Einschüchterungs- und Isolierungsmaßnahmen im Vorfeld (z.B. RAF-Hetze), der erheblichen Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit durch Kontrollen und Festnahmen,



FOTO: SOFA - Uli Dahlinger



FOTO: SOFA - Uli Dahlinger

und der von Betreiberseite verfügbaren Einschränkung des Baustellenverkehrs; andererseits an ungenügender Vorbereitung gerade vieler auswärtiger Gruppen auf Kleinaktionen, bzw. einer allgemeinen Haltung: „Mal sehen, was los ist“. Das Blockadekonzept ist diesmal eindeutig gescheitert. Die zweistündige Blockade der B 85 bei Heselbach war Teil einer legalen, angemeldeten Aktion, der Treckerdemo, und wurde tw. auch durch das verhältnismäßig freundliche Verhalten der Polizei ermöglicht. Trotzdem war diese Blockade der guten Stimmung wegen, die sie hinterließ, äußerst wichtig. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Blockaden dürfte darin gelegen haben, daß viele Leute viel Kraft in die Vorbereitung der Demo steckten, so daß kaum Kraft für die Blockadevorbereitung blieb.

Die meisten Aktionen liefen mit mehr oder weniger Beteiligung der Oberpfälzer Bevölkerung. Gerade um diese Teile des Widerstandes ging es uns aber besonders, und zwar nicht der Einbindung willen, sondern um gerade diese Teile des örtlichen, radikalen Widerstandes zur Eigeninitiative zu bewegen.

Woran lag es?

Sicherlich richtig ist, daß bereits Wochen vorher durch RAF-Pogrom und Vorbereitung des polizeilichen Ausnahmezustandes die „abschreckende Wirkung“ der Maßnahmen Erfolge zeigte. Erinnerungen an letztes Jahr kamen auf, Angst vor Hausdurchsuchungen, Stress mit den Nachbarn und am Arbeitsplatz – die „soziale Kontrolle“ funktioniert in der Oberpfalz.

Als einzige Erklärung reicht das wohl nicht aus. Viele Leute haben informelle Strukturen auf ihre eigene Art entwickelt, die sie wahren wollen (tun wir ja auch), und deren Anonymität nach außen hin sie selten bereit sind aufzugeben, was ja auch wiederum verständlich und richtig ist. Nur verhindert diese Abgeschlossenheit eine organisatorische und aktionsbezogene Symbiose mit Auswärtigen bei massenhaften Teilen wie Aktionstagen. Es gelang uns nicht, diese Abschottung aufzubrechen und in Aktionsentwicklung, Vorbereitung und Durchführung umzusetzen.

Das zeigt sich an vielen Dingen, von denen einige besonders wichtig sind:

- geringe Beteiligung von Oberpfälzer/innen an Plena
- schlechte Schlafplatzbeschaffung
- keine gesicherte Infrastruktur der Kommunikationsgruppen
- geringe aktive Beteiligung an Blockaden und Demodurchsetzung
- wenig bis null Bock auf inhaltliche Auseinandersetzungen

Wenn die Oberpfalz bis hin zu den Atommülltransporten ein Widerstandsnest bleiben soll, müssen wir uns mit diesen Fakten auseinandersetzen, ohne „im Teilbereich“ zu versacken.

Bei unserer internen Nachbereitung waren wir uns weiterhin ziemlich einig, daß der unabhängige, radikale und militante Teil der Anti-AKW-Bewegung aus einem Rest von verhältnismäßig wenigen Leuten besteht. Nur: wo sind die anderen, gibt es sie überhaupt noch? Oder lag es daran, daß unser Konzept nicht vermittelbar war?

Allein der KB-Fraktion mit ihrer schnodderigen, oberlehrerhaften, unsolidarischen und auch demobilisierenden Berichterstattung im Arbeiterkampf u.a. kann nicht die Schuld zugeschoben werden, trotz unzweifelhaften Schadens.

Ausgehend davon, daß an anderen Standorten doch wenig lief, erwarteten wir doch gerade vom unabhängigen Spektrum mehr als teilweise Präsenz am Bauzaun. Als dann spätestens zwei Wochen vor den Aktionstagen klar wurde, daß weder dieser Teil noch die Autonomen sich konstruktiv, vorbereitend organisatorisch und initiativ ergreifend einbrachten, war das ursprüngliche Konzept nicht durchzusetzen (siehe oben). Wir wollten jedenfalls keine Einfahrblockade wie letztes Jahr, die Leute auch nicht, und daß dies nicht passierte, bleibt positiv festzuhalten. Am Freitag blieb es außer bei den Festnahmen der Grünen und den Schlafplatzräumungen überwiegend bei Personalienüberprüfungen.

Und nun zur Demo:

Die Zahl der teilnehmenden Leute, das breite Spektrum der beteiligten Gruppen und die (damit zusammenhängende) Durchsetzung der Demo sind sicherlich erst einmal als Erfolg zu werten, zumal die Landesregierung noch am Morgen große Töne spuckte. (Ankündigung der volligen Verhinderung der Demo zum Zaun im Radio.) Von diesem Standpunkt aus gesehen war auch das Bündnis mit der Friedensbewegung ein Erfolg, zumal nach dieser Demo das Thema WAA als Teil der Verwirklichung bundesdeutscher Atom-

waffenpläne in der Friedensbewegung verankert sein dürfte.

Das Konzept der zwei Spitzen war vorher intern abgesprochen und hat letztlich auch geklappt. Bei aller Kritik an der Organisation (siehe unten) ersparen wir uns aber auf allzu abenteuerliche wie abwegige Vorwürfe (wir hätten z.B. mit der Polizei abgesprochen, daß die Demonstrant/innen beim Einsickern in den Wald nicht gehindert würden u. ä.) einzugehen.

Kritisch anzumerken ist, daß wir in der Phase der bereits losgezogenen Demo nicht durch Mund-zu-Mund-Propaganda das Konzept verbreiteten, das lautete: Versuch, über die Betonstraße die Demo direkt zum Baugelände zu bringen; wenn dies nicht klappen sollte, was ja auch eintrat, Umgehung hinter der zweiten Spitze mit den Sambagruppen und/oder Einsickern durch den Wald.

Ein weiterer Fehler in den Vorbereitungen bestand darin, daß für die Zeit nach Ankunft am Bauzaun nichts geplant war. So herrschte Erfolgsstimmung; oder auch Ratlosigkeit und Ungewißheit über den weiteren Verlauf. Keine/r hatte Lust auf Schlacht, das hatten wir im Vorfeld auch so erklärt und es war auch so.

Die Polizeitaktik hat uns völlig überrascht, wir glaubten einfach nicht, daß sie ohne Anlaß die Leute vom Bauzaun wegprügeln würden. Hier ist unumwunden festzustellen, daß wir den Schutz von uns und anderen nicht garantieren konnten, ca. 40, z. T. schwer Verletzte, sind eine Katastrophe. Als sich nach den vier oder fünf Prügelwellen einige zusammenfanden, um eine Art „Schutz-“ bzw. Rückzugsfront zu bilden, war es eigentlich schon zu spät. Es blieb schleierhaft, wieso die Bullen den „Rückzugspunkt“ an den Leitplanken nicht angriffen. An unserer Stärke lag es wohl genausowenig, wie an den paar getroffenen Bullen. Vielleicht hatten sie ihr Ziel erreicht.

Ein besonderes Lob gebührt an dieser Stelle den Sanis, deren Einsatz sicherlich für viele der Verletzten entscheidend war, und die so ziemlich als einzige einigermaßen organisiert waren.

Der Rückzug lief dann größtenteils geschlossen ohne weitere Zwischenfälle, Übergriffe oder Festnahmen.

FOTO: Norbert Kraft



Als vorzeitiges Fazit der Demo bleibt festzuhalten:

Nachdem unser Umgehungskonzept aufgegangen war, herrschte normale Waldspaziergangsstimmung mit drei Sambabands, bunt und ausgelassen. Die Geschlossenheit war ziemlich weg. An organisierte Kettenbildung zur Verhinderung von Prügeln oder gar frühzeitiger Frontbildung wurde nicht gedacht.

Das Polizeikonzept durch massenhafte, willkürliche, aber planvolle Prügel die Demo ein für alle mal vom Zaun wegzufegen ging allerdings weder faktisch noch publizistisch auf.

Und die weiteren Aussichten?

Hier müssen wir erst noch einmal festhalten, daß das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen verhältnismäßig schlecht war. Die Vorbereitungen über ein dreiviertel Jahr hin und die langen Streitereien erst innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und dann auch noch mit Vertreter/innen der Friedensbewegung verursachten einen unverhältnismäßig hohen Kräfteverschleiß. In dieser Form darf sich die Geschichte nicht wiederholen.

Weiterhin haben wir die September '88 in Berlin stattfindende Tagung des IWF (siehe letzte Atom) in unseren Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Dagegen kommt der nächste aktuelle Anlaß für größere Aktionen frühestens Frühjahr '89 nach der Fertigstellung des Eingangs-/Zwischenlagers.

Bei aller Kritik an den Aktionstagen waren wir insgesamt der Meinung, Aktionstage als Handlungsform beizubehalten. Allerdings muß die allgemeine Versammlungsfreiheit dafür gewährleistet sein, zumindest für Plena und Informationstreffen. Wir diskutierten verschiedene Vorschläge dazu, ohne auf ein brauchbares Ergebnis zu stoßen.

Wir waren allerdings einig über den Punkt, trotz des Ausnahmezustandes Widerstand zu leisten, der über normale Diskussions- und Informationsarbeit hinausgeht und nicht nur symbolischen Charakter haben darf. Auf der anderen Seite sind militante oder Blockadedemonstrationen wohl ohne entsprechendes „legales“ Begleitprogramm kaum durchzusetzen und auch nicht wünschenswert. Nicht nur in diesem Punkte bewährten sich die vielen

Aktionen der diesjährigen Tage.

Hier rückte die Bündnisfrage in den Mittelpunkt. Die Friedensbewegung trägt zwar bestimmte Aktionen mit, bringt aber selber keine militanten Inhalte ein. Einige Stimmen waren daher einem erneuten Bündnis gegenüber skeptisch, andere teiloptimistisch, zumal die Stärke der Anti-AKW-Bewegung alles andere als zufriedenstellend ist. Einig waren wir uns, keine Umarmungspolitik zu machen, auch wenn das IWF-Projekt wohl wieder auf eine engere Zusammenarbeit mit diesem Spektrum hinausläuft. Für zukünftige Aktionstage mit Saft und Power sind zunächst erst einmal die radikalen, entschlossenen bundesweiten Zusammenhänge der Anti-AKW-Bewegung doch erstmal unsere traditionellen Bündnispartner wie vestehen uns schließlich als ein Teil davon), die die Dinge mit vorbereiten, tragen und organisieren müssen, spätestens zu den Atommülltransporten und auf hoffentlich breiter Basis. Wir werden auch versuchen die interessierten Teile der Autonomen wieder zurückzugewinnen, wie auch das KB-Spektrum, die beide ebenfalls traditionsgemäß zu unseren primären Bündnispartnern gehören, obwohl wir erst einmal abwarten werden, wie es sich entwickeln wird.

Was den Zeitpunkt für weitere Aktionen anbelangt, so war die Mehrheit von uns der Überzeugung, daß wir uns es nicht leisten können, bis zu den Atommülltransporten mit weiteren größeren Aktionen in der Oberpfalz zu warten, auch wenn die IWF-Vorbereitung sicherlich einen großen Teil der Arbeitskraft gerade vieler AKW-Gegner/innen aufsaugen dürfte.

Es gilt, in der Oberpfalz Kontinuität zu wahren, da anderenfalls keinerlei Grundlage mehr da sein wird, und vor allem die oberpfälzer Unterstützung völlig flöten gehen würde, wohlweisend, daß auf allen Ebenen des Widerstandes der Einbruch (WAA) in das Atomprogramm nur durch „die Oberpfälzer/innen“ – selbstinitiativ – gelingen kann, selbstverständlich unter aktiver Teilnahme Auswärtiger.

Schließlich werden wohl auch in anderen Kreisen, wie z.B. SPD oder BN etc. Überlegungen angestellt, wie sie sich wieder mehr einbringen können. Da werden wir erst einmal abwarten, ohne die Füße aus der Tür zu nehmen. Eine Großaktion wird es sicherlich geben, in welcher Form auch immer, seit es mit Aktionstagen oder Aktionen mit Demo. Von uns war allerdings klar, weitere Perspektiven innerhalb der Anti-AKW-Bewegung so weit wie möglich gemeinsam zu entwickeln und die radikalen wie auch bürgerlich-radikalen Teile der Bewegung zum Mitmachen zu bewegen.

Einen Zeitpunkt wollten wir nicht ins Auge fassen, aber daß Ostern (Ostermarsch?) sicherlich zu früh ist.

Ein Bündnis mit Friedensbewegung oder Gewerkschaften würden wir da aber nur unter klarer, harter Wahrung unserer Interessen erwägen, vordringlich bleibt die Rückgewinnung unseres ureigensten Potentials.



Die WAA – ein Bollwerk gegen die Demokratie

Die Gruppe der Ludwigsburger PAX CHRISTI war am vergangenen Samstag, im Rahmen der Herbstaktivitäten der Friedensbewegung nach Wackersdorf gefahren, um an einer neuen „Lehrstunde in Demokratie“ teilzunehmen.

Eigentlich müßte man Burg Wackersdorf oder gar Festung Gauweiler sagen, denn mit den Wällen, Wassergräben und Stahlzäunen gleicht das Gelände der atomaren Wiederaufbereitungsanlage einer uneinnehmbaren, mittelalterlich-bayrischen Trutzburg. Neu ist nur, daß schon vor der Befestigungsanlage etliche Hundertschaften grüner „Ritter“, ausgestattet mit Helm und Schild stehen, um ja niemanden an das Bollwerk heranzulassen. Auf dem Innengelände stehen zudem schlagfertige „Spezialtruppen des Sonder-einsatzkommandos (SEK) und aus Berlin-Kreuzberg polizeiliche Elitetruppen, die in Ausfällen versuchten, die „Feinde“ in die Flucht zu schlagen. Für den Ernstfall standen noch einige Wasserkanonen bereit, die mit hohem Druck und fallweise mit Chemiebeimengungen gegen die „Angreifer“ vorgehen können. Zur weiteren Einschüchterung des „Gegners“ wurden 10 Hubschrauber eingesetzt, die tief über den Köpfen der „Bedroher“ kreisten, um so jede Kommunikation zu unterbinden. Die Taktik war, die „Roten“ schon im Vorfeld abzufangen. Dazu wurden in 3 km Umkreis Einfallstraßen mit stark bewachten Barrikaden abgesichert, die nur mit einer Tracht Prügel überstiegen werden konnten. Schon in dem 35 km entfernten Regensburg wurden die ersten Autokontrollen durchgeführt, was sich dann auf der Strecke nach Wackersdorf noch zweimal wiederholte. Bei der letzten Untersuchung wurden Sprudelflaschen und Halstücher beschlagnahmt. Stöcke für Transparente durften nicht länger als 1.50 m und nicht dicker als 5 cm sein. Auch durften keine Luftballons losgelassen werden. Dies ist ein kleiner Auszug aus dem Verbotskatalog, der es letztlich verbot, daß freie Bürger ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen können.

In diese diktatorische Atmosphäre geriet die Ludwigsburger Friedensgruppe PAX CHRISTI, die sich auf den Weg des gewaltfreien Protestes in die Oberpfalz begeben hatten. Nicht um „Räuber und Gendarm“ zu spielen, sondern um unser Recht auf ein humanes Leben und Überleben einzufordern. Zusammen mit über 30 000 besorgten Menschen, solider Bürger aus der betroffenen Oberpfalz und weit aus der Bundesrepublik und Österreich angereister Unterstützer, galt es, den Anspruch bei den verantwortlichen Politikern geltend zu machen. Nach der Schließung der Max-Hütte schnellte die Arbeitslosigkeit in der Region gewaltig an und wird als Machtmittel zur Durchsetzung der Wiederaufbereitungsanlage verwendet. Dies zu einer Zeit, wo die franzö-

sische WAA „Super-Phönix“ aus Sicherheitsgründen an das Ausschalten denkt und der schnelle Brüder in Kalkar zu einer 8 MrdDM teuren Atomruine heranwächst, möchte F. J. Strauß sein Industriedenkmal mit aller Macht verwirklichen. Waffenfähiges Plutonium selbst herstellen zu können scheint der besondere Reiz zu sein.

Doch zurück zum Ort des Geschehens, das allzusehr an chilenische Zustände erinnert. Hier wurde uns auch bewußt, warum Strauß ein so „unkompliziertes Verhältnis“ zur dortigen Militärregierung hat.

Nach der friedlichen Kundgebung am Volksfestplatz in Wackersdorf setzten sich, ungeachtet des Verbotes einer Behörde, die Menschen friedlich in Richtung Bauzaun in Bewegung. So, wie man bei einem Begräbnis bis ans Grab geht und nicht vor dem Friedhof stehen bleibt, sollte die friedliche Demonstration am Festungszaun ihren Abschluß finden. Dies sollten die aufgebotenen Hundertschaften verhindern, was ihnen jedoch nicht gelang, weil die Menschen in die umliegenden Wälder ausschwärmten um sich nach 2 km neu zu formieren. Jetzt kam die Polizei in Zugzwang, denn der Befehl lautete, niemanden an den Zaun heranzulassen. Doch die Menschen strömten und strömten und konnten nur mit Gewalt zurückgehalten werden. Dazu wurde eine

Hundertschaft nach der anderen an die Prügelfront geschickt. Was die normale Polizei nicht schaffte, übernahmen die dafür trainierten Sonderkommandos. Demokratie und Menschenrechte wurden zu leeren Worthülsen. Erst nach einigen schweren Verletzungen – es gab allein drei Schädelbrüche und über 122 andere Verletzungen – sahen die blindwütigen Schläger ein, daß sie auch hier versagt und damit den Befehl nicht erfüllt hatten. Eine solche Verwilderung muß noch ein gerichtliches Nachspiel haben!

In der nachträglichen Analyse und Bewertung der Geschehnisse konnte die Ludwigsburger Friedensgruppe feststellen, daß nur aus falscher Machtpolitik heraus die Verbote und Schikanen bewußt in Szene gesetzt wurden, um ein Chaos zu provozieren und dann entsprechend einreifen zu können. Dieses ist den Scharfmachern nicht gelungen und wird es auch weiterhin nicht gelingen, die besorgten Menschen von gewaltfreien Widerstand abzuhalten.

Nachdem der Innenminister Hillermeier schon wegen Unfähigkeit abgelöst wurde ist nun auch beim Staatssekretär Gauweiler die Rechnung mit der Gewalt nicht aufgegangen.

Aber wenn das Volk auf Dauer nicht fügsam bleibt, müßte die Regierung sich ein neues Volk wählen.



FOTO: Norbert Kraft

Bericht aus Österreich

Am 8. und 9. Oktober fanden eine Reihe dezentraler Aktionen in ganz Bayern statt. (Ausstellungen, Fahrradstafetten, Straßenfeste, Mahnwachen, Blockadeaktionen, Infostände, Kundgebungen, usw.). Die willkürlichen Polizeiübergriffe begannen bereits in diesen Tagen indem Häuser durchsucht, AKW-Gegner zur „Verhinderung möglicher Straftaten“ eingesperrt und anreisende Demonstranten mit allen möglichen Schikanen belästigt wurden. Den Abschluß der Aktionstage sollte am Samstag den 10.10.87 eine Großkundgebung in Wackersdorf mit anschließendem Demonstrationzug zum Bauzaun bilden. Die Kundgebung am Wackersdorfer Volksplatz, bei der Personen aller Bevölkerungsschichten und Anhänger sämtlicher ideologischer Lager teilnahmen, verlief vollkommen friedlich.

Dabei hatten Oberpfälzer Bürger vom Kleinkind bis zum Greis, Stahlarbeiter von der nahegelegenen Maxhütte, Vertreter der Gemeinschaft Ärzte gegen den Atomkrieg, Kommunisten, Sozialisten und Grüne, Autonome und Christen, Anhänger der Friedensbewegung und Mütter gegen Atomkraft, Gewerkschafter usw. nur eine Absicht, nämlich ihren Protest gegen die lebensbedrohende Atomwirtschaft zum Ausdruck zu bringen.

Von den vielen Ansprachen die von Vertretern dieser Gruppen, an diesem Vormittag vor einem interessierten Publikum gehalten wurden, war der Vortrag eines Betriebsrates der nahegelegenen Maxhütte besonders ergreifend.

Er hat geschildert, wie früher zehntausende Bürger durch die Maxhütte direkt oder indirekt ihre Arbeit erhielten, wie nach dem Krieg ehemalige Naziverbrecher wieder die Herrschaft über die Maxhütte an sich rissen, wie mit den staatlichen Geldspritzen nur rationalisiert (entlassen) wurde, wie Arbeitsplätze der Profitgier der Stahlkonzerne zum Opfer fielen, wie dadurch der Lebensnerv einer ganzen Region zerstört wird und wie damit auch versucht wird den Widerstand gegen die WAA zu brechen.

In ein paar Jahren soll nur mehr ein Miniwerk mit knapp 1 000 Beschäftigten bestehen. Ein Teil der entlassenen Belegschaft wird auf extrem strahlengefährdeten Arbeitsplätzen in der WAA arbeiten „dürfen“. Der größte Teil der Menschen wird sich jedoch mit Sozialhilfe begnügen müssen.

Umso erstaunlicher ist jedoch nach wie vor der ungebrochene Widerstand so vieler Oberpfälzer gegen die WAA.

Nach der Kundgebung bildeten die ca. 30 000 Teilnehmer einen Demonstrationzug in Richtung Bauzaun. Dieser Protestzug war weder durch ein Verbot des Verwaltungsgerichtshof noch durch Diffamierungskampagnen des Staates aufzuhalten.

(Demonstrationsfreiheit ist anscheinend im Franz-Josefs-Land ein unbekanntes Grundrecht).



FOTO: Norbert Kraft

Am Bauzaun zeigte dann der Staat gegenüber der Anti-AKW-Bewegung sein wahres Gesicht. Die Brutalität, die von den rund 5 000 im Einsatz stehenden Polizisten ausging, war für viele eine „Kriegserklärung des Atomstaats gegen den freiheitlichen Rechtsstaat.“

Mit Knüttelorgien und Reizgas wurde dabei gegen diejenigen vorgegangen, die gegen eine Anlage demonstrierten, die einmal unzählige Menschen töten oder verstrahlen kann, durch die vielleicht einmal eine ganze Region auf Jahrhunderte hinaus unbewohnbar wird. Eine Anlage die im „Normalbetrieb“ so viele radioaktive Substanzen an die Umwelt abgibt, daß dadurch zwangsläufig die Anzahl der Mißbildungen bei Neugeborenen und die Zahl der Krebstoten steigen wird.

Der Staat, der eigentlich im Interesse der Bevölkerung handeln sollte, will mit allen Mitteln den Bau einer Atomanlage durchdrücken durch welche die Gesundheit vieler Generationen gefährdet wird und mit dessen Hilfe sich die Atommafia Milliarden aus der öffentlichen Kasse aneignet um damit Anlagen zu bauen, die das Leben von Milliarden von Menschen aufs Spiel setzt.

Wer miterlebt hat wie diese Hundertschaften der Polizei mit Knütteln, Schildern und Helmen ausgerüstet, wild um sich schlagend in die Menschenmengen stürmten, dann erkennt man das eigentliche Gesicht des Rechts-Staates wie ihn Strauß, Kohl, Zimmermann und alle anderen Bonzen mit ihren Hintermännern uns aufzwingen wollen und dann ist auch der Ausspruch „... und der letzte Terrorist ist mir lieber wie der erste von der CSU“ von einer 71-jährigen Oberpfälzerin verständlich.

Besonders hervorgeraten bei der Menschenjagd am WAA-Bauzaun hat sich ei-

ne nach den Kreuzberger Krawallen ausgebildete Spezialeinheit, die mit einer Spezialausrüstung (Gummi- oder Holzknüttel, Knieschutz, Helm mit Gesichtsvisionen) Jagd auf Demonstranten machte.

Was ist das nur für ein Ding, das dermaßen scharf bewacht werden muß? Durch das so viele Leute auf die Straße gehen und mit Verhaftungen und Prügelungen rechnen müssen, nur weil sie dagegen sind. Trotzdem waren diese Aktionstage ein Erfolg. Der Zug zum Bauzaun war auch durch staatlichen Terror nicht aufzuhalten. Machtvoll wurde damit demonstriert, daß der Widerstand gegen die WAA und gegen alle Atomanlagen untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen die Einschränkung von Grundrechten.

Nur eines ist und bleibt für uns unbegreiflich, nämlich wie es dem Atomstaat und seinen Hintermännern immer noch gelingt mit Hilfe der ach so freien Medien die AKW-Gegner zu diffamieren.

Diese Medien, die nach Tschernobyl fast geschlossen Ivan den Schrecklichen kritisiert und verurteilt haben, stärken bei Wackersdorf Franz-Josef dem Christlichen und seinem Polizeistaat den Rücken, als ob nur „kommunistische“ Strahlen gefährlich wären.

Dieselben Medien versuchen uns einzureden, daß nicht die Ursache (die Atomanlagen) für die Gewalttätigkeiten verantwortlich ist, sondern der Widerstand dagegen.

Die Autonomen, deren Steine meist wirkungslos von den Helmen und Schildern der Polizei abprallen, werden als Gewalttäter hingestellt und nicht diejenigen, die getrieben durch ihre Profitgier Atomanlagen bauen, durch welche die Umwelt so verseucht wird, daß dadurch vielleicht die Zukunft unserer Kinder schon unwieder-



FOTO: SOFA - Uli Dahlinger

bringlich zerstört wird bevor sie begonnen hat.

Gewalt geht laut Berichterstattung dieser Meiden von denen aus, die Löcher in einen Eisenzaun schneiden oder ihn mit Graffiti besprühen und nicht von denjenigen die Atomanlagen bauen welche unser leben bedrohen, die diese Anlagen mit Stahl, Betongräben und Natodraht umgeben und jeden Protest dagegen mit Knüppeln, Gas und Gummigeschossen, mit Prozeßblawinen, Massenverhaftungen und Razzien zu ersticken versuchen.

Das Prinzip von Ursache und Wirkung wird von diesen Medien völlig ignoriert und sogar umgedreht!

Deshalb ist es so wichtig eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen mit kritischer und wirklich unbeeinflusster Berichterstattung.

Zum Schluß noch einen Gruß an alle Desinteressierten, (die vermutlich auch diesen Bericht nicht lesen) an alle die lieber ihr Auto polieren, sich lieber Gedanken machen ob diese Hose auch zu diesem Hemd paßt, die aufgeregt über die letzten Dallasfolgen quatschen, oder sich mit ähnlichen für unser Leben so wichtigen Dingen beschäftigen.

Beim nächsten Gau werden diese Leute sich vielleicht wieder an die vielen stationären Bomben (sprich AKW's) in unserer Umgebung erinnern (wenigstens für ein paar Tage) und vielleicht die Atomwirtschaft verteufeln. Aber es besteht ein Unterschied zwischen Protest und Widerstand, der diesen Namen auch verdient.

„Protest ist, wenn ich sage, was mir nicht paßt. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt nicht länger geschieht.“

Ulrike Meinhof

Oder anders ausgedrückt:

„Wir sind nicht nur für das verantwortlich was wir tun, sondern auch für das, was wir widerstandslos hinnehmen!“

WAA NEIN!



Sankas werden nicht blockiert! – ein Rüffel an die Bewegung –

Die Demo ist vorbei – was bleibt sind Wut, auch die vielbeschworene Betroffenheit, und Gerüchte.

Die Gerüchtküche kocht. Was ich nicht weiß, macht mich doch heiß? – Verletzte und Verletzungen werden gehandelt wie Marktware, die von Mund zu Mund heißer zu werden scheint.

Wäre die Bereitschaft zur Mitarbeit während der Demo doch so groß wie der Schwall der Gerüchte!

Nun, zum Beispiel die Feststellung „Sankas werden nicht blockiert“, die weder aus der Luft gegriffen, noch ironisch gemeint ist.

Der Ruf „Vorsicht Sanka – Straße frei!“ scheint manche Leute geradezu auf die Fahrbahn zu treiben. Blockade um der Blockade Willen – oder einfach Dummheit? Es bedarf keiner Ursachenforschung oder Stituationseinschätzung – „Sankas werden nicht blockiert“ ist keine Diskussionsgrundlage, sondern eine Notwendigkeit.

Auch die Unterscheidung „das ist ja'n Bullensanka“ zeugt nicht von guter Beobachtung – oder der Fähigkeit zu differenzieren, Sankas kommen als Behinderungsobjekte nicht in Betracht – punktum!

Woher diese Verrücktheit, Sankas nicht durchzulassen, den Ruf „Straße frei“ oder das Martinshorn zu überhören?

Ist es der Hauch von Sensationslüsternheit, der 'ne ganze Menge Leute auch dazu bringt wohl um Verletzte herumzusteheren und zu schauen, sich aber zu verdrücken, wenn's ans Anpacken, und sei es nur ans Tragen eines Verletzten, geht? Oder ist es einfach Unwissenheit, die wohl auch immer noch Photographen dazu bringt Verletzte, oder arbeitende Demo-Sanis – zu fotografieren?

Wir brauchen keine Portraits – weder von uns, noch von Menschen, die wir behandeln mußten (mit Portraits meinen wir etwas anderes als relevante Verletzungsszenen-Photos. Keinesfalls zu verwechseln!) – in solchen Situationen braucht's soviel Ruhe wie irgend möglich; eine Menschenring- um Verletzte und arbeitende Sanis gegen neue Übergriffe abzuschirmen- und soweit notwendig tatkräftige Unterstützungen, um Verletzte aus dem Gefahrenbereich zu bringen.

Das war's – dieser Rüffel war fällig – wir fänden es auch prima, wenn sich Einzelne selbst informieren – und Initiative ergreifen. An dieser Stelle sei zunächst nochmal auf die Hamburger Sanibroschüre verwiesen: „Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demos und Blockaden“ (zu bestellen bei FUU, Bartelsstra. 26, 2 HH 6 – Kostet 4,- + Porto)

In diesem Sinne – die Münchner Sanis



FOTO: Norbert Kraft



Lang, lang ist's her Trotzdem einige Fotos aus dem Regensburger Sommerloch. Die 2. AntiWAAhnsinnsradtour von Salzburg nach Wackersdorf durchquerte nicht unbemerkt die idyllische Bezirks-hauptstadt.

16.7.: Regensburg pennt! Empfang der Auswärtigen auf dem Haidplatz. Anschließend Demo und Kundgebung.

17.7.: FJS spricht an der Regensburger Uni (25-Jahr-Feier). 500 Bullizisten (incl. Hubschrauber) unter persönlicher Leitung von Wilhelm "Gewalt-Nein-Danke" Fenzl sorgten für echtes „Wackersdorf-Feeling“. 300 DemonstrantInnen durften sich nicht unter die rechten Honoratioren im Audiomax mischen! Verdächtige Ausländer wurden gesichtet!



Regensburg, Aktionstag 8.10.: Schwarzer Block und Bauzaun-Attrappe vor dem Polizeipräsidium





FOTO: Norbert Kraft

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019

CS-Gas-Prozeß in Regensburg

Frisches

Kotzgas

gefällig?

Eine Anfrage der Grünen Fraktion im bayerischen Landtag über die „Verwendung von CN- und CS-Kampfstoffen im Raume Wackersdorf im Jahre 1986 mit Verfallsdatum vor dem 1.1.1986“ beantwortete das zuständige Innenministerium folgendermaßen: Ja, die Polizei, hat, aber nur „in geringen Mengen“. Im Gegensatz zu den Grünen, die von der Gefährlichkeit der beim Überschreiten des Verfallsdatums entstehenden Substanzen überzeugt sind, spricht das Ministerium von „mangelnder Konstanz des Wirkstoffgehaltes“. Die Zerfallsprodukte seien „unter den festgelegten Einsatzbedingungen toxikologisch irrelevant“ (d.h. ungiftig).

Oder, anders formuliert: die einen haben offenbar, nach dem Text der Anfrage zu urteilen, nichts gegen Kampfgaseinsatz und wenden sich gegen eine wie auch immer geartete „insbesondere Gefährlichkeit“ dieser Stoffe unter besonderen Umständen; die anderen sorgen sich als Auftraggeber der Einsätze eher darum, daß das Zeug nach dem Verfall nichts mehr wirkt . . .

Bösartige Interpretation? – Dagegen spricht eine Stellungnahme des grünen Abgeordneten und Mitautors der Anfrage, daß das Innenministerium mit seiner Antwort eingestanden habe, „daß auch nur halbwegs verantwortungsbewußte Vorüberlegungen zum Kampfstoffeinsatz in Wackersdorf nicht stattgefunden hatten.“ (taz, 27.6.87)

Was hätten's denn gern, Herr Weiß? Frisches Kotzgas? Reichen die „normalen“ Folgen von CN und CS nicht: Augen- und Hautverletzungen, Atembeschwerden, Übelkeit, Lungenödeme, div. Langzeitschäden und wenn einer wie der Asthmatiker Alois Sonleitner zu Ostern '86 „Pech“ hat, der Tod? Auf jeden Fall schade eine solche staatstreue „Kritik“ unseren Anliegen eher, als daß sie uns nützt!



Gasgranaten schlecht – Wasserwerfer gut

Hätten Sie's gewußt?

„Die gerichtliche Überprüfung polizeilicher Zwangsmittel gehört im übrigen zu den Erkennungsmerkmalen eines demokratischen Rechtsstaates!“

Sieben Klägerinnen aus München, Regensburg, Göttingen und Berlin verklagten den „Freistaat Bayern“, um die Rechtswidrigkeit des Kampfgaseinsatzes am Ostermontag 1986 feststellen zu lassen.

Die Sieben waren bei der BRD-Premiere des völkerrechtlich geächteten CS-Gases (Aufführungsort Wackersdorf) anwesend und dementsprechend „schlecht drauf“ danach: Augenbeschwerden, Erstickungsanfälle, Hautallergie etc.

Der Prozeß begann am 22. Juni dieses Jahres vor dem Verwaltungsgericht Regensburg. Ein hiesiger Journalist formulierte sehr schön die Hauptlinie der Prozeßführung: „Wollten Friker (damaliger Polizeipräsident und Verantwortlicher für den Einsatz) und Kollegen, daß zum Zeitpunkt X niemand mehr am Zaun der WAA steht? Oder wollte die Polizei, daß ein etwa zehn Meter breiter Streifen vor dem Zaun freibleibt? Galt der Platzverweis nur für die kriminellen Störer, die mit Molotowcocktails, Steinen, Baumstämmen und Stahlkugeln vorgingen, oder galt der Platzverweis erkenntbar für alle Besucher im Umfeld?“

Der durch akribische Ausforschung solcher „Probleme“ von „Demokratie“ ringende Richter Max Braun interessierte sich im weiteren Verlauf der Verhandlung auch noch für Polizeidurchsagen, Befehle, Standpunkt (örtlich) der Angespritzten und vieles andere . . . Ein Versuch von Rechtsanwalt Franz Schindler, der zwei Kläger vertrat, die ganze Chose durch einige Beweisanträge zu politisieren, scheiterte: Letztere wurden ausnahmslos abgelehnt. Schindler wollte durch Zeugen z.B. die Gefährlichkeit von CS-Gas nachweisen, sowie den Umstand beleuchten, „daß der Einsatz nicht polizeitaktisch bedingt, sondern politisch gewollt war“, egal was am Bauzaun abläuft!

Der Freistaat bedauert ... und schäumt

Nach dem dritten Verhandlungstag wurde der Prozeß durch einen „Vergleich“ beendet. Die Vergleichsformel: Der „Freistaat Bayern“ bedauert, „daß durch den Einsatz dieser Reizstoffe, sei es durch Wasserwerfer, sei es durch Wurfkörper, die friedlichen Kläger körperlich beeinträchtigt wurden.“ Diese Gummiformel, der auch Landesanwalt Ruland zugestimmt hatte, brachte jedoch Gustl, den Innenminister zum Schäumen. Auf einem Bezirksparteitag der oberpfälzer CSU beklagte er, daß jetzt Richter plötzlich auf die Idee kämen, von Bullizisten „Beweise

und Rechtfertigungen“ zu verlangen (zeitgleich mit Prozeßbeginn hatte besagter Gustl übrigens in Regensburg der öffentlichen Übergabe von 48 Polizeischlitten an dieselbe beigeohnt!).

Gustl schäumte, der Landesanwalt wurde nach München zitiert und dort offensichtlich zusammengeschnitten: Ein starker Staat mag sich „in dieser Sache kein Bedauern leisten“. Also widerrief der Herr Ruland den Vergleich und es ging weiter. Was zur Folge hatte, daß fünf der sieben KlägerInnen bald ausstiegen, weil ihnen das zu teuer und zu zeitintensiv wurde! Schließlich das Urteil: Das akribische Gericht kam doch tatsächlich zu dem Schluß, daß die Polizei an diesem Montag in gewissen Fällen „rechtswidrig“ gehandelt hat: Die zwei noch übriggebliebenen KlägerInnen durfte die Polizei nicht einfach mit Gasgranaten bombardieren – mit CS-Gas aus Wasserwerfern aber schon, denn die entsprechende Klage wurde abgewiesen.

Zu nah am Zaun – selber schuld

Die später veröffentlichte Urteilsbegründung beseitigt dann alle Unklarheiten: „Die Kläger konnten sich nicht zum Anwalt der Gewalttäter machen und die Frage prüfen lassen, ob diesen gegenüber Reizstoffeinsatz verhältnismäßig war. . . . Eine Beweisaufnahme über die Gefährlichkeit des Reizstoffes CS. . . . hatte daher zu unterbleiben.“ Bezüglich Gasgranaten sei für die KlägerInnen entschieden worden, weil „für diesen Bereich“, d.h. weiter weg vom Bauzaun, der Gaseinsatz „gegenüber den Gewalttätern . . . nicht bestimmt genug und auch nicht so rechtzeitig angedroht worden ist, daß sich Unbeteiligte gefahrlos hätten entfernen können.“

Anders im Falle der Leute, die direkt am Zaun vom Wasserwerfer getroffen wurden: Dort sei „der Reizstoffeinsatz rechtzeitig angekündigt worden. Der Kläger habe voraussehen müssen, daß er in diese Abwehrmaßnahme der Polizei zwangsläufig einbezogen werde.“

Dieser angebliche Hieb gegen die „Dreinschlag-Mentalität der CSU“, so jedenfalls der stellvertretende bayerische SPD-Vorsitzende und MdB Ludwig Stiegler, brachte unseren Gustl schon wieder zum Schäumen. Bereits vor der Veröffentlichung der Urteilsbegründung kündigte sein Ministerium den Marsch zum Verwaltungsgerichtshof nach München an. Franz Schindler und sein Mandant wollen die abgelehnte Klage auch nicht auf sich sitzen lassen. . . .

Wir freuen uns schon auf eine neue Folge der Serie „Ringeln um den demokratischen Rechtsstaat“!!

(Alle Zitate: MZ Woche, Regensburg)

Weltwährungskonferenz

1988

in Berlin



Vorschlag für eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung zur Unterstützung der Kampagne gegen IWF und Weltbank

Im September 1988 findet in Berlin die Weltwährungskonferenz der Weltbank und des IWF (=Internationaler Währungsfond) statt. Auf Initiative des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) hat sich ein breites Bündnis sozialer und entwicklungspolitischer Gruppen gebildet, um eine Kampagne gegen die Weltwährungskonferenz und die Politik der Weltbank und des IWF zu initiieren. IWF und Weltbank wurden 1944 gegründet, mit dem Ziel ein „ausgewogenes Wachstum des Welthandels“ zu erleichtern, sowie durch Stabilisierung der Währungen und Aufhebung von Devisenverkehrsbeschränkungen einen erneuten Zusammenbruch des Welthandels zu verhindern. Angesichts der drohenden (bzw. schon eingetretenen) Zahlungsunfähigkeit vieler Staaten, besonders der dritten Welt, und eines drohenden totalen Finanzchaos in der Welt, hat sich der IWF durch eine besonders repressive Zins-

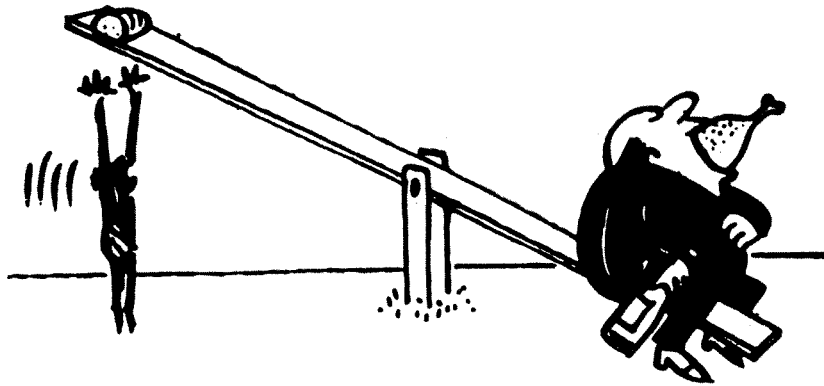
und Kreditpolitik einen Namen gemacht. Auf diese Weise wird von den Industrienationen direkter Einfluß auf die Politik der Entwicklungsländer genommen. Umschuldung und Kreditvergabe werden dabei als Daumenschrauben benutzt, um in den Entwicklungsländern eine den Industrienationen und deren Industrie genehme Politik zu erzwingen. Bedingungen für Kredite sind zum Beispiel:

- radikale Reallohnsenkung
- Abwertung der Landeswährung
- keine Reglementierung des Kapitalverkehrs
- Kürzung der Subventionen von Grundnahrungsmitteln

Da oft der Exportüberschuß der Entwicklungsländer noch nicht einmal ausreicht die anfallenden Zinsen zu bezahlen, und so eine endlose Spirale von neuer Kreditaufnahme einsetzt, haben die Entwicklungsländer keine andere Wahl, als die Bedingungen des IWF zu akzeptieren. Die Folgen dieser Politik gehen voll zu Lasten der Unterschicht in den Entwicklungsländern. Arbeitslosigkeit, Verelendung usw. sind die unmittelbaren Auswirkungen. Für die Konzerne werden dagegen ideale Bedingungen zur Ausbeutung der dritten Welt geschaffen.

Besonders der IWF blockiert alle Lösungsvorschläge (z.B. totalen Schulden-erlaß bei denen die Staaten der dritten Welt ihre Eigenständigkeit (wenigstens teilweise) zurückerhalten würden. In Zusammenhang mit dieser Politik stehen natürlich die Nato mit ihrer schnellen Eingreiftruppe, die der verlängerte Arm dieser repressiven Politik ist. Aber auch Aufstandsbekämpfungsprogramme unter Federführung der Geheimdienste oder offene Unterstützung von Militär und Polizei in den Entwicklungsländern sind Teile dieser imperialistischen Politik, mit der verhindert werden soll, daß die Völker der dritten Welt ihre Eigenständigkeit erkämpfen.

An Argentinien und Brasilien z.B., wo aufgrund der IWF-Politik die Verelendung der Bevölkerung unerträgliche Ausmaße annimmt, verkauft Siemens/KWU Atomkraftwerke.

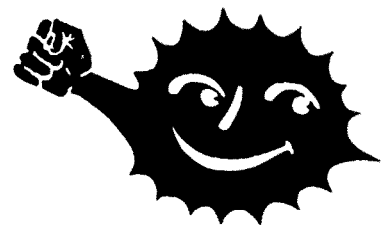


Wite

„Dreht euch doch mal um!“

Was hat dies alles mit der Anti-AKW-Bewegung zu tun?

Während in der BRD auf unabsehbare Zeit der Bau von AKW's politisch nicht mehr durchsetzbar wird, drängen die AKW-Bauer immer stärker in die dritte Welt. Der Export von AKW's wird so immer mehr zum entscheidenden Bestandteil des BRD-Atomprogramms.



Vorschlag für eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Das Bundestreffen der an der KWU/Siemens-Kampagne arbeitenden Gruppen schlägt für Februar/März '88 eine BUKO der Anti-AKW-Bewegung vor, deren Schwerpunkt die IWF-Kampagne sein wird.

Die Zielrichtung einer solchen Buko soll sein:

- daß große Teile der Anti-AKW-Bewegung sich mit der Thematik IWF-Kampagne beschäftigen
- einen Aktionsrahmen der Anti-AKW-Bewegung in Zusammenhang mit der IWF-Kampagne abzustecken (denkbar wäre ein bundesweiter Widerstandstag gegen das Atomprogramm)
- klare Verbindungslinien ziehen zwischen Atomprogramm und kapitalistisch/imperialistischen Herrschaftsinteressen und entsprechend den Widerstand stärker daraufhin ausrichten.
- die Atomexporte, speziell von KWU/Siemens an den Pranger zu stellen, und ihre Bedeutung für die Ausbeutung der Länder der sog. „Dritten Welt“ herauszuarbeiten.
- eine demonstrative Funktion zu haben, bei gleichzeitiger Mobilisierung für die Aktionen gegen den IWF-Kongreß.

Für die Vorbereitung dieser BuKo wird es ein erstes Treffen geben am Samstag, den 12. Dezember ab 13 Uhr in Frankfurt, Mainzer Landstraße 147.

Auf diesem Treffen wird ein Meinungsbild für das Interesse einer solchen Buko voranstehen.

Vor den zur KWU/Siemens-Kampagne arbeitenden Gruppen wird zu diesem Treffen ein Aufruf-Vorschlag für die Buko eingebracht. Dies schließt nicht aus, daß auch aus anderen Zusammenhänge Aufruf-Vorschläge, Diskussions-Beiträge erarbeitet werden. Weitergehende Vordiskussionen in den einzelnen Anti-AKW-Zusammenhängen sind Voraussetzung für das Zustandekommen einer Buko zum IWF.

Termin der Buko wäre für Februar/März vorgesehen, um dann ausreichend Zeit zu haben Aktionen zum Herbst hin vorzubereiten. Ort der Buko könnte Berlin sein, um dadurch den demonstrativen Charakter und die Nähe zur Kampagne gegen den IWF hervorzuheben.

Kontaktadresse und Beiträge/Diskussionsvorschläge:
KWU/Gruppe
c/o Öko-Dorf
Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30

weitere Kontaktadressen:
AK gegen Atomanlagen Frankfurt
c/o Gründland-Büro
Rotlintstr. 58
6000 Frankfurt/M-1

KWU-Gruppe Offenbach
c/o Infoladen
Frankfurter Str. 63
6050 Offenbach

BI gegen Atomanlagen
c/o Fachwerkhaus
Delle 39-41
4330 Mühlheim/Ruhr

2. Radi-Prozeß: Freispruch – Schlappe für Bayerns Gesinnungsjustiz

Eine herbe Niederlage mußte die bayerische Gesinnungsjustiz im 2. Prozeß gegen Radi-aktiv hinnehmen. Das Amtsgericht Nürnberg sprach den angeklagten Redakteur frei. Amtsrichterin Knoche sah weder in der Veröffentlichung aller am WAA-Bau beteiligten Firmen, noch in einem Leserbrief, der das bundesweite Stromabschalten forderte, eine Straftat nach dem ach so bekannten § 111 StGB.

Ein voller Erfolg für Radi-aktiv und ein Schuß vor den Bug der Nürnberger Staatsanwälte.

Nach langem Hin und Her ob nun eine Hauptverhandlung überhaupt eröffnet werden soll (vgl. Radi-aktiv Nr. 14) begann der Prozeß mit einer Überraschung. Wir sind im letzten Radi-aktiv davon ausgegangen, daß mit der Verfügung des Landgerichts - bei der „Gelben Seite“ liege keine Straftat vor – dieser Anklagepunkt vollständig erledigt sei. Dem ist jedoch nicht so. Mit seiner Verfügung gab das Landgericht dem Amtsgericht einen Hinweis, wie es die „Gelbe Seite“ rechtlich beurteilt. Verhandelt wurden deswegen dann beide Anklagepunkte.

„ . . . “ und ein „?“

Daraufhin holte die Staatsanwaltschaft zum „großen Schlag“ gegen dies „gefährliche Machwerk“ aus. Seine Anklage gipfelte in „ . . . “ am Ende eines Satzes, die vor allem den kriminellen Charakter der Schrift dokumentierten. Hintergrund war ein Satz aus dem Artikel „Herzschläge“.

„Letzte Meldung(?): 110 KV-Mast bei Dillingen umgelegt . . . “

Diese „ . . . “ am Ende des Satzes, kombiniert mit dem vielsagenden „?“ , machen die Ziele von Radi-aktiv – zu Anschlägen aufzufordern – offensichtlich.

Dieser geballten Logik konnte sich die Vorsitzende nicht anschließen. In ihrer Urteilsbegründung führte sie aus:

„Weder in der kommentarlos Aufzählung von am Bau der WAA beteiligten Firmen, noch in der Dokumentation über Anschläge von Atomkraftgegnern liegt eine ausdrückliche Aufforderung zu Straftaten.“

und weiter

„Eine Zusammenschau beider Beiträge ist . . . zwar möglich, aber willkürlich und keineswegs zwingend . . . Der Straftatbestand des § 111 läßt sich nicht aus einer gedanklichen Verbindung zwischen zwei getrennten Beiträgen in einer Zeitschrift konstruieren . . . “

Diese Urteilsbegründung entsprach genau der Position die wir von Anfang an im Radi-Prozeß vertreten hatten.

Leserbrief: Erfolglose Aufforderung zum untauglichen Versuch einer Straftat

Nach einem solchen Stehvermögen gegenüber der offiziellen bayerischen Linie, war es dann ein leichtes auch im zweiten Anklagepunkt freizusprechen. Zu dieser aberwitzigen Gedankenkonstruktion erklärte der Radi-Redakteur:

„Wissen Sie, dieses Delikt einer erfolglosen Aufforderung zu einem untauglichen Versuch einer Straftat ist doch unge-

fähr so, als würde ein Pfarrer angeklagt, weil er seine Gemeinde dazu aufgefordert hat zu beten, damit der Blitz in die WAA einschlägt. Auch das wäre wohl eine erfolglose Aufforderung mit einem untauglichen Mittel.“

Summa Summarum: Ein schöner Erfolg für unsere Prozeßarbeit, der nur dadurch getrübt wird, daß schon wenige Tage später von Seiten der Staatsanwaltschaft Berufung einglegt wurde. (Prozeßtermin siehe Kasten)

Nach der ersten Runde in den Radi-Prozessen haben wir einen „Punktsieg“ erreicht. Beide Male gelang es den bayerischen Strafverfolgern nicht ihren Hauptanklagepunkt – Schwarze Liste/Gelbe Seite – durchzubringen. Die Begründung mit denen vor allem Richterin Knoche diese „Anklagekonstruktion“ abschmettete werden den Staatsanwälten in der Berufungsinstanzen noch einige Schwierigkeiten bereiten.

2. Radi-Prozeß
PROZESSTERMIN
Berufungsverhandlung
Mittwoch 2.12.87, 9⁰⁰ Uhr
Langericht Nürnberg Zi 128/I



Prozeß:

In Radi-Aktiv Nr. 13 berichteten wir von einer Hausdurchsuchung in Rosenheim, anläßlich einer dort stattfindenden Anti-Atom-Woche. Gegen 2 Rosenheimer/innen wurde nun ein Ermittlungsverfahren wegen „öffentlichen Aufrufs zu Straftaten“ eingeleitet:

Vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Rosenheim fand an zwei Verhandlungstagen ein Prozess statt, der das vorläufige Ende einer für diese Region einmaligen Unterdrückung des WAA-Widerstandes darstellt. Bevor wir direkt auf den Verlauf dieses Prozesses eingehen, soll deshalb noch einmal kurz die Vorgeschichte dargestellt werden.

Im Dezember letzten Jahres fand hier eine „Anti-Atom-Woche“ statt, in deren Rahmen die Rolle des örtlichen Stromversorgers (Isar-Amper-Werke) in der AKW-Politik aufgedeckt werden sollte. Gerade die Behandlung dieses Aspektes war wohl äußerst unerwünscht, so daß der Rosenheimer Staatsschutz in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung der Isar-Amper-Werke massive Bespitzelung und Behinderungen durchführte. Im einzelnen hieß es:

– Ein Schüler wurde beim Verteilen des Veranstaltungskalenders vor der Schule von der Kripo Rosenheim festgenommen und durchsucht.

– Teilnehmer eines Spazierganges zum Gelände der IAW wurden von fünf Hundertschaften der Polizei und des BGS erwartet, das gesamte Gelände war zusätzlich mit Stacheldraht u.ä. abgesichert, die Personalien der meisten Teilnehmer wurden aufgenommen.

– Bei einem weiteren Spaziergang einige Zeit später erfolgen zahlreiche, teilweise brutale Festnahmen, mit anschließenden Zahlungsbefehlen „wg. Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung“.

Im Rahmen dieser Repressionen und als deren vorläufiger „Höhepunkt“ erfolgte dann am 24.3.87 eine groß angelegte Durchsuchung des gesamten Hauses, in dem getrennt in drei WG's neun Leute wohnen, von denen die Mehrzahl schon lange in linken Zusammenhängen Politik machen.

Grundlage dieser Aktion, an der insgesamt 30 Beamte der Polizei, des Staatsschutzes, der Sonderkommission des Landeskriminalamtes und des Rauschgiftdezernates nebst zwei Staatsanwälten beteiligt waren, war ein Flugblatt, mit zwei Bewohner/in als Verteiler/in „öffentlich zu Straftaten aufgerufen haben sollen.“ Als Belege dieser Konstruktion galt die Überschrift „Weg mit dem Atomstaat“, ein Zitat Ulirke Meinhofs, verschiedene aus dem Zusammenhang gerissene Sätze und vor allem zwei Bilder umgestürzter Strommasten von denen eines mit dem Satz „So wie die Dinge liegen, liegen sie gut“ unterschrieben war.

Gesucht wurde angeblich nach Material zur Herstellung und Verbreitung, gefun-

den wurde nichts. Aus den Ermittlungsakten geht aber im Nachhinein auch indirekt hervor, daß es im Prinzip um etwas anderes ging:

Mit der exakten Auflistung der verschiedensten politischen Aktivitäten einiger Bewohner während der letzten 6 – 7 Jahre (darin fehlt z.B. auch nicht die höchst kriminelle Tatsache, als Versammlungsleiter/in bei Umwelt- und Friedensaktivitäten aufzutreten zu sein) wurden alle Bewohner/innen der „links-autonomen“ Szene zugeordnet und eine Durchsuchung des gesamten Hauses legitimiert. Das Ermittlungsverfahren gegen zwei Personen brachte endlich den Vorwand, drei politische Wohngemeinschaften gründlich auszuschnüffeln.

Wiederum einige Monate später wurde dann die Eröffnung des Verfahrens vor einem Schöffengericht bekanntgegeben und nun Anfang Oktober durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde klar, welche Dimension diesmal die Unterdrückung und Abschreckung erhalten sollte. Ein Schöffengericht ist zwangsläufig nur dann anzurufen, wenn eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr im Rahmen des Möglichen ist, bzw. verhängt werden soll.

Diese Linie war dann auch am Tag des Prozesses schon vor Beginn der Verhandlung erkennbar. Ein starkes Polizeiaufgebot vor dem Gebäude, Posten vor dem Eingang in den Verhandlungssaal sowie Zivile im Zuschauerraum selbst. Erfreulich, daß dieser mit ca. 50 Leuten restlos gefüllt war, welche vor ihrem Eintreffen noch die Parole „Erst fallen die Masten . . . dann ihr“ am Gebäude des Amtsgerichtes lesen konnten.

Zunächst verlasen dann beide Angeklagte eine allgemeine politische Einschätzung dieses Verfahrens und begründeten damit gleichzeitig ihre absolute Ablehnung, im Rahmen dieses Prozesses in irgendeiner Weise kooperativ zu sein. In der anschließenden Vernehmung sowohl des Spitzels, der die Verteilung beobachtet haben will, als auch des obersten Rosenheimer Staatsschützers durch den Verteidiger wurde vor allem eines deutlich: Trotz ungenauer Beschreibungen standen Täter und Täterin von vornherein fest. Und so mußte dieser „Vorverdacht“ nur noch mit windigen, undokumentierten und damit nicht nachvollziehbaren Lichtbildvorlagen „bestätigt“ werden.

Doch diese Beweisspielchen waren für den Staatsanwalt offenbar nur ein untergeordneter „Nebenkriegsschauplatz“. In seinem Plädoyer ging er auf diese Punkte nur kurz ein, die wahre rhetorische Größe entfaltete er bei seiner Bewertung des Flugblattinhaltes:

Verfasser bzw. Verteiler eines solchen Machwerkes haben im Kreise unserer Grundordnung, welche im übrigen auf Tschernobyl nachdenklich reagiert hat, nichts zu suchen, sie gehören im Prinzip hinter Gitter. Wer die Ausweitung des § 129 kritisiert verteidigt Mord und Totschlag und befindet sich damit auf der selben Stufe, wie diese Verbrecher. Zwar kann man die Parole am Gerichtsgebäude den Angeklagten generell nicht anlasten, doch auch der Sympatisantenkreis

lasse Rückschlüsse auf sie selbst zu: Richter, Staatsanwälte, Schöffen und überhaupt alle Politiker sollen umgelegt werden. Fazit: Zur generellen Vorbeugung und Wahrung des Rechts kommen nur 9 Monate Freiheitsentzug für 5 Jahre auf Bewährung + 2 000 DM Geldbuße in Frage.

Eine Woche später folgte dann das Urteil Freispruch, da weder der Wille der Angeklagten, zu einer konkreten Straftat aufzufordern, noch der in diese Richtung gehende objektive Charakter des Flugblattes beweisbar seien. Es läge eine bloße Befürwortung vor. Zur Bewertung dieses Ausgangs zwei Punkte, die eigentlich nur eines beweisen sollen: Es gibt keinen Grund zu jubeln und wieder seinen Frieden mit diesem „Rechtsstaat“ zu schließen.

Oberstes Ziel der Justiz in diesen politischen Prozessen ist es, ebengerade die politische Komponente auszuklammern, eine nur juristische, anscheinend objektive Argumentation zu führen. Und in diesem Rahmen hat das Flugblatt einfach nicht genug hergegeben, auch wenn das Gericht hundertmal die Ausführungen des Staatsanwaltes als richtig empfindet. Gerade in der jetzigen Situation, in der auch die Befürwortung von Straftaten bald wieder kriminell sein wird, ist es für eine schlüssige Verurteilung wichtig, zwischen Aufforderung und Befürwortung zu trennen. Nur etwas später, und es hätte eine Verurteilung gegeben. Und so dient dieser Freispruch letztendlich dazu, Meinungen, Gedanken und Diskussionen in Zukunft besser kriminalisieren zu können.

Der zweite Punkt: Trotz dieses Freispruches war es im Rahmen der Ermittlungen den Rosenheimer Staatsschützern und der Staatsanwaltschaft möglich, ein gesamtes Haus mit engagierten Leuten zu durchsuchen und auszuleuchten. Neben dem direkten Nutzen für die Erkenntnisammlung hat eine solche spektakuläre Aktion noch eine andere Funktion: Den Betroffenen, aber auch allen anderen, die in dieser Gegend noch kritische Meinungen äußern, soll unmißverständlich klar gemacht werden, daß sie von Seiten des Staates mit allem zu rechnen haben. Einige werden schon durch diese Maßnahmen als „kriminell“ dargestellt, alle sollen eingeschüchtert werden. Gleichzeitig haben wir aber in den letzten Monaten gemerkt, daß bei vielen die von dieser Aktion der Polizei erfahren haben, oder bei dem Prozeß selbst anwesend waren, nicht Angst und Einschüchterung, sondern Empörung und Wut entstanden sind. Wenn wir zusammenhalten und einsehen, daß wir alle gemeint sind, wird diese Strategie des Staates keinen Erfolg haben. Und nur dann können wir weiterhin konsequente Politik in Rosenheim und anderswo machen.

P.S. Die Staatsanwaltschaft hat sofort nach Bekanntgabe des Urteils Berufung eingelegt.



fetzngaier Jugendeigene Zeitung im Nürnberger Raum

Prozeßeröffnung abgelehnt!

Das Nürnberger Amtsgericht hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen zwei Redakteurinnen der jugendeigenen Zeitung „fetzngaier“ abgelehnt. Der Beschlagnahmebeschluß wurde zurückgenommen.

Zur Erinnerung:

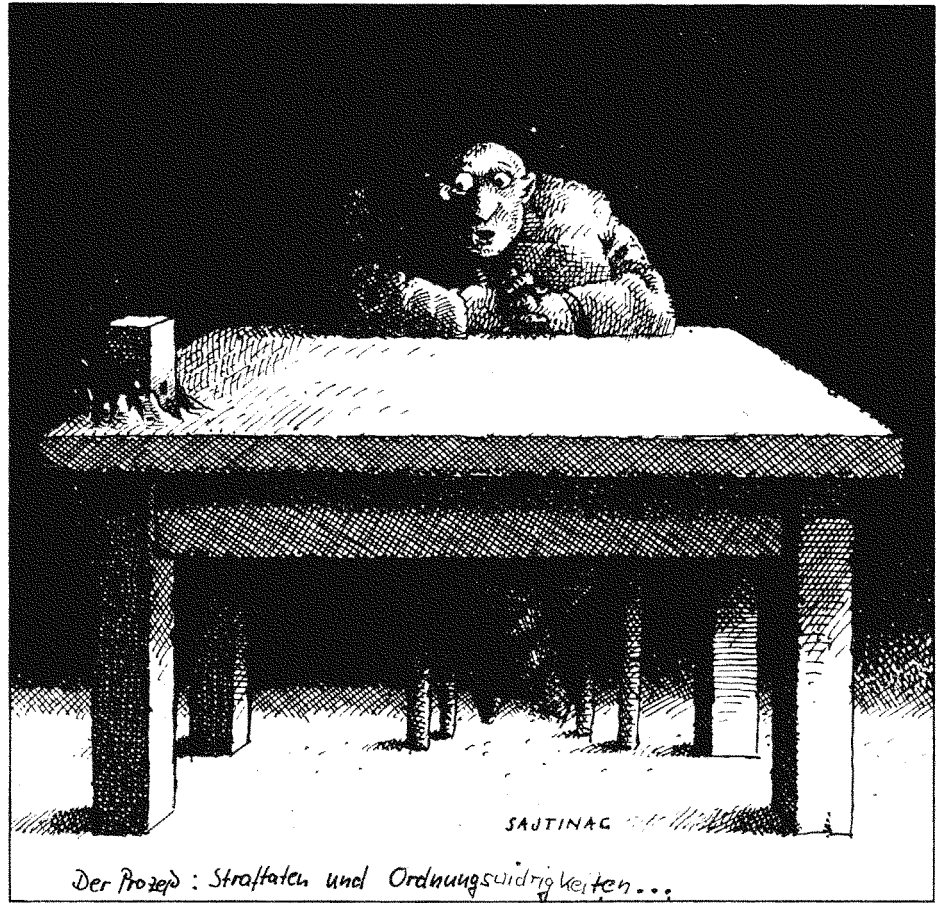
Der zuständige Richter TRÄG vom Nürnberger Amtsgericht hatte die Redakteurinnen der Aufforderung zu Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Verbreitung pornographischer Schriften beschuldigt. Die Ausgabe 12 des „fetzngaier“ wurde draufhin beschlagnahmt. Beanstandet worden waren ein Interview mit Autonomen, ein Artikel zur Volkszählung und ein Comic des französischen Karikaturisten Jean-Marc Reiser. Die Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Anklage.

Im Gegensatz zu seinem Kollegen TRÄG sah Amtsrichter KUDA die Anschuldigung jedoch als nicht berechtigt an. Er lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens aus Rechtsgründen ab.

Zwar hätten die beiden Redakteurinnen in ihren Artikeln strafbare Handlungen gebilligt, nicht aber dazu aufgerufen. Nach Streichung des Paragraphen 88a StGB, so Amtsrichter KUDA, sei die Billigung von Straftaten bereits seit 1981 nicht mehr strafbar. Dies träfe auch auf die Billigung von Ordnungswidrigkeiten zu.

Bei dem von Amtsrichter TRÄG als pornographische Schrift deklarierten Comic handele es sich, laut KUDA, um Kunst, welche in den Schutzbereich es Grundrechts der Kunstfreiheit falle.

Die Redaktion des „fetzngaier“ weist darauf hin, daß es den aufwendigen Maßnahmen der Staatsorgane, hier vertreten durch Richter TRÄG, zwar an rechtlichen Grundlagen fehlt. Doch auch Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmung und An-



klageerhebungen ohne rechtliche Grundlagen verfehlen ihre einschüchternde Wirkung nicht. Die Redakteure kleiner, unabhängiger, aber finanziell gebundener Zeitungen und -schriften neigen durch diese Einschüchterungen zur Selbstzensur. Dies ist natürlich auch den Staatsorganen bekannt, ja sie spekulieren sogar darauf.

Die Reaktion des „fetzngaier“ scheut sich nicht davor, von Zensur zu sprechen, wenn, wie im vorliegenden Fall, ein Amtsrichter ohne jegliche rechtliche Grundlagen Beschlagnahmungen anordnet. Wie die Staatsanwaltschaft auf diesen amtsgerichtlichen Beschluß zur Nichteröffnung des Verfahrens reagiert und ob sie Berufung einlegt, bleibt abzuwarten.

Die Urananreicherungsanlage UAA Gronau

Wenn von Gronau (NRW) die Rede ist, denken viele Leute zuerst an die hohe Arbeitslosigkeit von ca. 20 % und an den Zusammenbruch der Textilindustrie. Vielen ist aber nicht bekannt, daß in Gronau seit zwei Jahren eine Urananreicherungsanlage in Betrieb ist. Der Betrieb dieser UAA trägt mit dazu bei, daß der Atommüllberg ständig anwächst. UAA's gehören zu den wichtigsten Atomanlagen im sogenannten atomaren „Brennstoffkreislauf“.

Funktion der Urananreicherungsanlage:

Bei den meisten Atomkraftwerken handelt es sich weltweit um Leichtwasserreaktoren, diese benötigen als Brennstoff

Uran, das zu etwa 3% aus dem spaltbaren Uranisotop U-235 bestehen muß. Der Rest besteht überwiegend aus nichtspaltbarem U-238. Natururan enthält jedoch nur ca. 0,7% U-235. Daher muß in UAA's die Konzentration des U-235 im Natururan künstlich auf ca. 3% erhöht werden, bevor das Uran zu Kernbrennstoff weiterverarbeitet werden kann. Für diesen Anreicherungsprozeß gibt es verschiedene Verfahren, mit denen grundsätzlich auch eine Uranisotopenzusammensetzung erzeugt werden kann, wie sie für den Bau von Atomwaffen benötigt wird. Alle bisher angewandten Verfahren benötigen als Ausgangssubstanz gasförmiges Uranhexafluorid (UF₆), eine Verbindung zwischen Uran und Fluor. Die Gronauer UAA arbeitet nach dem Ultrazentri-

fugenverfahren. Hierbei werden die verschiedenen schweren Uranisotope durch Zentrifugalkräfte entmischt.

Nach der Anreicherung wird das angereicherte Uran, das dann ca. 3 - 5% Uran 235 enthält, zu Brennelementefabriken in Hanau oder im Ausland gebracht, wo es dann nach weiteren Arbeitsschritten in die Hüllrohre der Brennelemente eingearbeitet wird. Auch die Brennelementefirma im benachbarten Lingen soll so erweitert werden, daß in ihr Uran aus Gronau verarbeitet werden kann. Das angereicherte Uran, das weniger als 0,7% Uran 235 enthält, wird in Fässern unter dem freien Himmel auf dem UAA-Gelände gelagert. Seine weitere Nutzung ist unbestimmt, so daß das Freilager auch zum Endlager werden kann.

Entwicklung der Urananreicherung:

Die Geschichte der UAA Gronau beginnt 1970. In diesem Jahr beschlossen die BRD, Großbritannien und die Niederlande im „Vertrag zu Almelo“ gemeinsam die Entwicklung und industrielle Nutzung der Urananreicherung mit dem Zentrifugensystem zu betreiben. Um die gemeinsamen Ziele der drei Länder zu koordinieren, gründeten die deutsche Uranit GmbH, die British Nuclear Fuels plc. (BNFL) und die Ultra Centrifuge Nederland N.V. (UCN) ebenfalls gemeinsam 1970 die Urenco Ltd. Seitdem sind auch in Capenhurst (GB) und Almelo (NL) UAA's der Urenco in Betrieb genommen worden.

Uranit wurde 1969 gegründet. Gesellschafter sind heute die Hoechst AG (25%), die Preußische Elektrizitäts AG (37,5%) und die Nukem GmbH (37,5%).

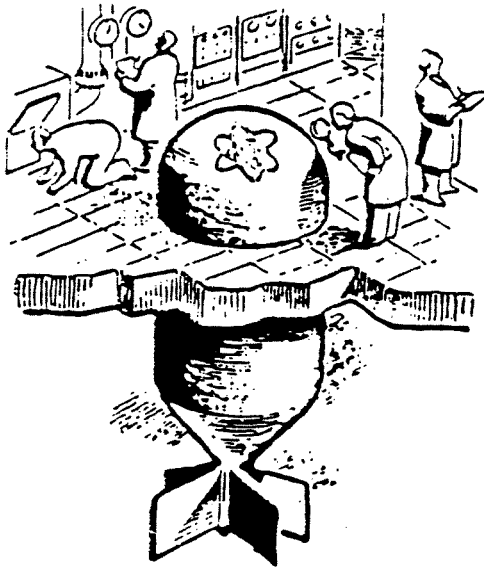
Die Uranit ist zu 50% an der M.A.N.-Uranit-Gronau (MUG) beteiligt. Die MUG produziert seit 1980 in Gronau Ultrazentrifugen für die UAA's in Almelo und in Gronau.

1976 wurde Gronau als Standort für eine deutsche UAA ausgewählt. Die Stadt Gronau hat offiziell bisher mindestens 12 Millionen DM für die Ansiedlung ausgegeben (Erschließungsmaßnahmen, Landkäufe etc.). Wir befürchten, daß die inoffizielle Summe noch höher liegt. Die Landesregierung von NRW hat bisher mindestens 34 Millionen DM für die Ansiedlung von MUG und Uranit in Gronau ausgegeben. Die höchsten Ausgaben für die UAA hat jedoch die Bundesregierung. Sie fördert die Errichtung der Anlage auf der Grundlage von Risiko- und Erfolgsbeteiligungsverträgen mit ca. 325 Millionen DM.

1979 kam es zur Unterzeichnung des Ansiedlungsvertrages zwischen dem Gronauer Stadtrat und der Uranit. Der Vertrag beinhaltet die Errichtung einer UAA mit einer Kapazität von 1000t UTA/a, eines Zentrifugenmontagewerks, eines Lagers für abgereichertes Uranhexafluorid, sowie einiger Nebeneinrichtungen. Gegen den Bau der UAA wurden rund 7000 Einsprüche erhoben die alle abgelehnt worden sind. Zur Zeit sieht es so aus, daß für die UAA eine Kapazität von 400 t UTA/a genehmigt ist. Die Betreiber wollen jetzt die Ausbaugenehmigung für 1000 t UTA/a erreichen. Die dafür zuständige SPD-Landesregierung in NRW wird dabei keine Schwierigkeit machen. Eine öffentliche Bürgerbeteiligung für den Ausbau wird es nicht geben. Täglich muß mit der Erteilung der Genehmigung gerechnet werden. Auf dem UAA-Gelände wurde bereits mit Erdarbeiten begonnen.

Das Gefahrenpotential der UAA:

Wie bereits ausgeführt, wird in der UAA Uranhexafluorid (UF_6) bearbeitet. UF_6 ist sowohl radiologisch als auch chemisch giftig. UF_6 reagiert sehr lebhaft mit Wasser, bzw. mit dem Wasserdampf in der



Luft. Dabei bilden sich Flußsäure und Uranylfluorid. Das farblose Flußsäuregas verätzt die Augen, Schleimhäute und Atmungsorgane und kann zu Lungenschwüren führen. Eine eingeatmete Konzentration von 40 mg/m^3 während 30 - 60 Minuten wird bereits als tödlich angesehen. Uranylfluorid ist noch giftiger als Flußsäure. Es kann sich bei einem Unfall zwar nicht so weit ausbreiten wie die gasförmige Flußsäure, kann aber den Boden in der Umgebung des Unfallortes verseuchen. Bereits im sogenannten Normalbetrieb der UAA wird radioaktive Strahlung freigesetzt; dies bestätigt sogar die Reaktor-Sicherheitskommission.

Im Gegensatz zur Uranit unterstellte Prof. Huster, daß massive UF_6 -Austritte aus der UAA nicht nur nach Flugzeugabstürzen, sondern auch durch Betriebsunfällen erfolgen können. Nach Angaben der Gruppe Ökologie Hannover ist das ökologische Gutachten für die UAA, das von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit erstellt wurde, mangelhaft. Daß der Betrieb der UAA mit zahlreichen Risiken verbunden ist belegen die Unfälle, die bisher im Zusammenhang mit UF_6 passiert sind. Hier nur einige Beispiele, die bekannt geworden sind:

- Anfang 1986 wurde in den USA ein Arbeiter durch UF_6 getötet.
- Im Oktober 1984 ereignete sich ein schwerer Unfall in der argentinischen UAA.
- Anfang 1984 entwich in einem Hanauer Werk UF_6 . Zwei Arbeiter mußten sich mehrere Tage einer speziellen ärztlichen Überwachung aussetzen. Besondere Risiken bergen auch die UF_6 -Transporte. Bei einem entsprechenden Unfall mit großen UF_6 -Freisetzungen könnten die maximalen Grenzwerte der offiziell erlaubten UF_6 -Konzentration in der Luft innerhalb vieler zweistelliger KM-Distanzen überschritten werden. Auch die Lagerung des abgereicherten Urans unter freiem Himmel auf dem UAA Gelände ist ein enormes Risiko. Im Zusammenhang mit dem UF_6 -Lager im niedersächsischen Leese sprach das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt von der Notwendigkeit, Dichtungs-

materialien für Leckagen an UF_6 -Behältern bereitzuhalten.

In der UAA Gronau soll nicht nur Uran, sondern auch Uran aus Wiederaufarbeitungsanlagen verarbeitet werden, daß mit anderen radioaktiven Nukliden wie etwa Plutonium 239 vermischt sein kann.

Politische und militärische Bedeutung der UAA:

Die Bedeutung der UAA Gronau für die Versorgung der Atomkraftwerke in der BRD ist mit Uran ist ziemlich gering. So gibt die Uranit selber zu, daß sie 1990 nur 20% des benötigten angereicherten Urans stellen kann. Die BRD wird also auch weiterhin den Großteil des benötigten angereicherten Urans importieren. Offenbar besteht der wirtschaftliche Vorteil der UAA für die Uranit und die Bundesregierung darin, daß sie die technischen Fähigkeiten der BRD aufweisen soll. Als Demonstrationsobjekt soll sie dazu dienen, UAA's verkaufen zu helfen. In diesem Zusammenhang bezeichnete ein Uranit Geschäftsführer die Urananreicherung in der BRD als Exportsütze für die Reaktorindustrie. In den Niederlanden wird ebenfalls zugegeben, daß die Urananreicherung im eigenen Land unterstützt wird, um international technologisch konkurrenzfähig zu bleiben.

Doch die UAA ist nicht nur als Demonstrationsobjekt für Exportzwecke interessant. Die Urananreicherung bietet eine Möglichkeit zur Produktion von Atomwaffen. So ging Prof. Huster davon aus, daß jeder, dem eine UAA verkauft wird, den Weg zur A- und H-Bomben freihat.

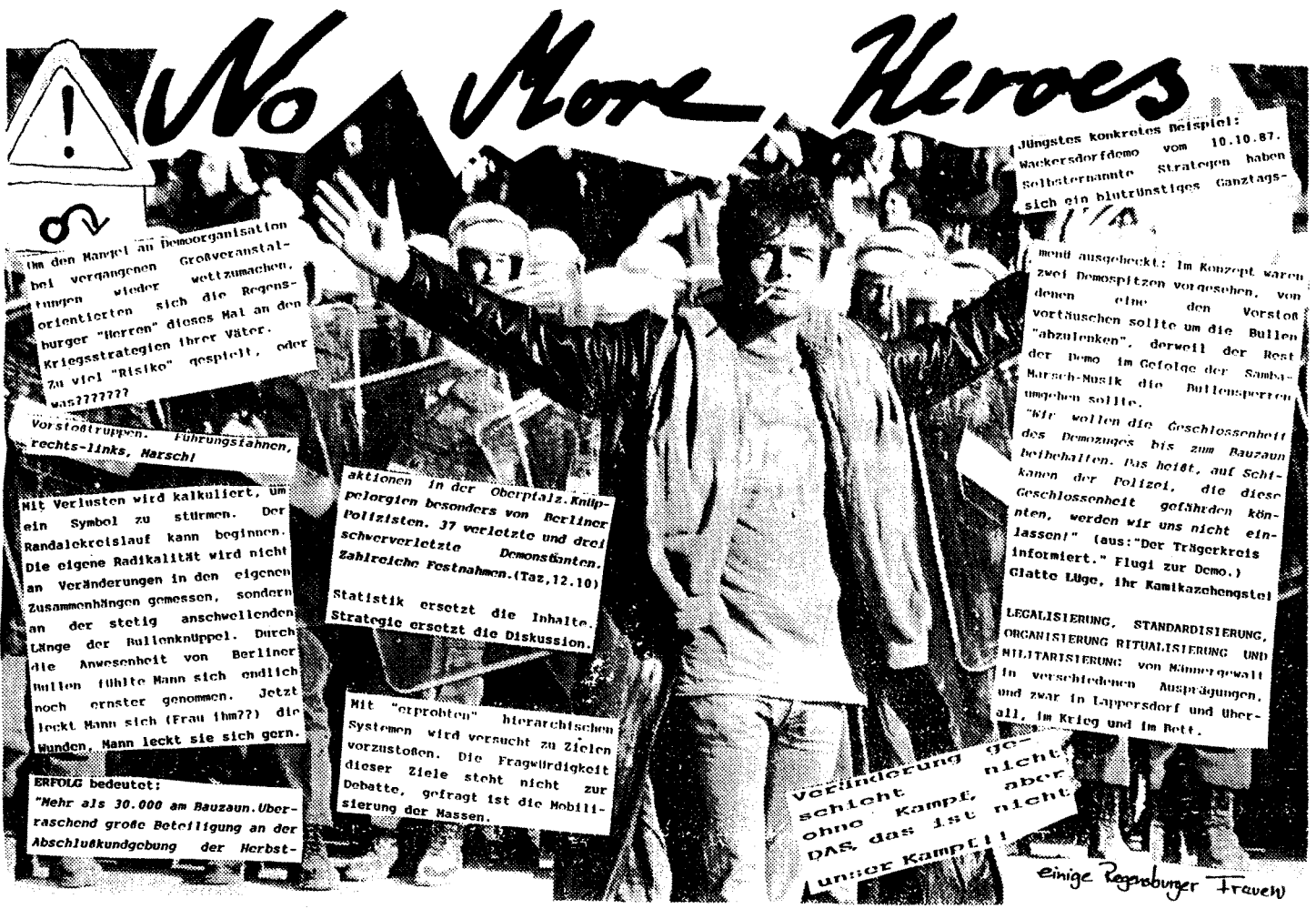
Bereits in den dreißiger Jahren erfolgte in Deutschland ein zähes Bemühen um die Herstellung hochangereicherten Urans (mind. 30-50% U-235) für eine Spaltungsbombe auf der Grundlage des Ultrazentrifugenverfahrens. Das Projekt wurde von Chemikern der Universität Hamburg geleitet. In einem Schreiben an das Kriegsministerium aus dem Jahre 1939 machten sie auf die jüngste Entwicklung in der Atomphysik aufmerksam, die es nach ihrer Meinung ermöglichen sollte, einen Sprengstoff herzustellen, der die herkömmlichen um ein vielfaches an Brisanz übertreffen sollte. Nach der Niederlage des Naziregimes wurde die Entwicklung der Ultrazentrifugenmethoden in Westdeutschland von den gleichen wissenschaftlichen Teams in Zusammenarbeit mit den gleichen Industriefirmen wie vorher mit hoher Priorität vorangetrieben. 1957 wurde die Grundlage der heutigen Zentrifugentechnologie patentiert.

In der Gronauer UAA soll der Anteil des U-235 im Natururan auf maximal 5% angereichert werden. Damit lassen sich zwar keine wirkungsvollen Atomwaffen bauen, dennoch zählen bereits Konzentrationen über 2,1% zu den Substanzen, die für den Bau von Atomwaffen tauglich sind.

Der Bundestagsabgeordnete Lenzer der CDU/CSU Fraktion hat sogar zugegeben, daß die UAA Gronau Uran 235 bis 20% anreichern kann. Er sagte das in einer Bundestagsrede vom 24.1.85.

Ab 10% steigt die Tauglichkeit für den Atomwaffenbau schnell an.

Im folgenden dokumentieren wir eine Auseinandersetzung zwischen einigen Frauen und Männern der Regensburger Anti-AKW-Bewegung:



Austrittserklärung einer Frau aus einer BI

**„DM 14.95 sind uns die Frauen schon wert“
oder: 2 1/2 Jahre BI-Arbeit**

Vor ca. 2 1/2 Jahren entschloß ich mich zur Mitarbeit in einer Anti-WAA-BI. Das Auffälligste war für mich zunächst die Dominanz von etwa 5 Männern; diese äußerte sich darin, daß hauptsächlich diese 5 den ganzen Abend ununterbrochen über anstehende Probleme diskutierten. Reichlich schwierig sich da einzumischen bzw. überhaupt mal zu Wort zu kommen. Mein Problem bestand also zunächst darin, möglichst laut einfach dazwischen zu quatschen, auf eine Art, die es den anderen schwer machen würde mich sofort wieder zu unterbrechen; d.h. möglichst unbeirrt, vielleicht etwas lauter weiterprechen, falls mir jemand ins Wort fällt; überzeugend Position beziehen und sie notfalls hart verteidigen. Da ich mitreden wollte beschloß ich, mir diese Fähigkeiten anzueignen. Als ich sie zur Anwendung brachte tauchte schon die nächste Schwierigkeit auf – ich hatte nämlich nicht daran gedacht, daß Verhalten in unserer Gesellschaft unterschiedlich bewertet wird. Was bei Männern als Durchsetzungsvermögen bewundert wird, ist bei Frauen als aggressiv verpönt. Demzufol-

ge wurde ich als aggressive Emanze eingestuft. Eine Thematisierung solcher und anderer Aspekte in den eigenen Strukturen ist nicht möglich, weil „das doch jetzt nicht zur Sache gehört“. Ich dachte, ich müßte erst meine Stellung in der BI verbessern – schließlich war ich neu hier –, um inhaltliche Diskussionen durchsetzen zu können, die ich für wichtig hielt. Nächstes Ziel war also innerhalb der BI zu jenen zu gehören (und das sind bei weitem nicht alle), deren Beiträge registriert und ernst genommen werden. Ich begann also im BI-Büro mitzuarbeiten. Nicht nur wegen der größeren Einflußmöglichkeiten, doch das spielte auch eine Rolle. Mit der Zeit stellte sich auch der erwünschte Effekt ein: Was ich sagte wurde beachtet. – Allerdings war dies eng gekoppelt an die Funktionen, die ich/wir im Büro erfüllten: Bearbeitung der Post, Zusammenfassung wichtiger Informationen, Vorstrukturierung des Plenums, Gestaltung der Tagesordnung, Diskussionsleitung, Tipparbeiten, Verteilerarbeiten . . ., was darüber hinaus von uns Büroleuten kam interessiere nicht, wurde höchstens als Extravaganz geduldet. Sprich: Funktionalisierung unserer Persönlichkeiten für den optimalen Konsum der BI. Diese Konsumhaltung und Funktionalisierung wurde häufig deutlich. Ein Beispiel: Das Bürokollektiv wurde freundlich gebeten, nur bestimmte Mitglieder zum Plenum zu entsenden, da die übri-

gen die Diskussionsleitung nicht so perfekt beherrschten. Unsere Fähigkeiten sollten also optimal nutzbar gemacht werden und die größtmögliche Leitungsfähigkeit des Plenums garantieren. Diese Nutzbarmachung/Funktionalisierung findet sich auf inhaltlichem Gebiet. zur Illustration eine Anekdote aus dem BI-Leben: Ein Flugblattentwurf mit Infos über die WAA wird diskutiert. Kritik wird letztlich mit dem „Argument“ abgeschmettert, daß sich jemand nun schon die Mühe gemacht hat ein Flugblatt zu schreiben und jetzt wird er auch schon dafür kritisiert; außerdem sei es doch ganz gut geworden. Der Einwand, es dann wenigstens nicht nur an die „Bürger“, sondern an „Bürgerinnen und Bürger“ zu richten ruft erneut eine hitzige Diskussion hervor, die sich darum dreht, ob die weibliche Form die „Bürger“ nicht zu sehr abschrecken würde. Nachdem sich ein angesehener Alt-Biller für die weibliche Form eingesetzt hat, wird noch ins Feld geführt, daß dann ein neues Letra-Set gekauft werden müßte, um das Layout der Überschrift neu zu gestalten. Schließlich schient auch das möglich, worauf jemand meint: Na ja, 14 Mark 95 sind uns die Frauen schon wert“. Man entrichtet einen geringen Tribut und erhält dafür einen Ablaßschein: „Kein ausgesprochener Verfechter des Patriarchats“. Dieser Vorfall ist ca. 2 Jahre her. Der Tribut heute besteht darin, obligatorisch weibli-

che und männliche Formen zu benützen, um ansonsten mit diesen und anderen Themen in Ruhe gelassen zu werden.

Seit das Bürokollektiv sich gegen den Konsum unserer Fähigkeiten und Ideen wehrt ist die Tendenz des Ernst-genommen-Werdens wieder abfallend. Uns wird vorgeworfen, wir würden nur alle anderen kritisieren und selbst nichts konstruktives hervorbringen. Das stimmt, sofern man davon ausgeht, da Konstruktivität nur dann gewährleistet ist, wenn es sich darum handelt eine großangelegte öffentlichkeitswirksame Aktion zu machen. Die kontinuierliche „Klein“-Arbeit, wie Büchertisch, Videos, Feste, Café zu organisieren und vor allem unser Bemühen uns kollektive Strukturen zu erarbeiten, sowie das Anregen inhaltlicher Diskussionen wird **nicht** als konstruktiv betrachtet.

Hier zeigen sich zwei unterschiedliche Auffassungen von Politik: mir ist oft entgegengehalten worden, daß Patriachatsdiskussionen (sofern sie nicht rein theoretisch sind) oder sonstige Diskussionen, die die eigenen Strukturen betreffen in der BI keinen Platz hätten.

Das äußert sich beispielhaft in Sätzen wie: „Wir sind schließlich eine BI gegen die WAA . . .“, „Wenn du mein Verhalten ‚mackerhaft‘ findest, dann sprich mich doch **nach** dem Plenum direkt drauf an.“ Solche Äußerungen setzen eine Trennung in Öffentliches und Privates voraus. Nämlich auf der einen Seite die BI gegen die WAA mit ihrem öffentlichen Anliegen – auf der anderen Seite private Patriachatsdiskussionen etc. In den Privatbereich werden auch andere grundsätzliche Diskussionen abgeschoben z.B. Beteiligung der BI am Trägerkeits, oder nicht. Solches wird der BI-Räson geopfert. Das bedeutet praktisch, daß nur über Aktionen für „die Bürger“ gesprochen wird, aber die eigenen Strukturen in jeder Hinsicht ausgeklammert werden.

Genau dieses Verhalten, subjektive Erfahrungen und Erleben innerhalb der Organisation für unwichtig und von nicht-öffentlichem Interesse zu erklären, entspricht einem bestimmten Politik-Verständnis, nämlich dem der Trennung in: öffentlich und privat/ politisch und unpolitisch/ objektiv und subjektiv/ rational und irrational/ männlich und weiblich/ . . .

Ich betrachte dies als im Kern reaktionär, selbst wenn es sich um eine widerständige, linke BI handelt. Reaktionär, weil diese Trennung aus bestehenden traditionellen Denkweisen nicht auszubrechen vermögen, ja sie nicht einmal in Frage stellen und deshalb in ihrer Grundstruktur im bestehenden gesellschaftlichen System verhaftet bleibt: Konstruktion eines sogenannten privaten Bereiches, der zum unpolitischen erklärt wird, obwohl genau hier ein Großteil der Reproduktion des Systems statt findet (z.B. des Patriachats). D.h. es genügt nicht sich als WAA- oder Staats-Gegner/In zu bezeichnen, ohne die eigenen gesellschaftskonformen Strukturen zu hinterfragen. Es gibt keine getrennten Bereiche von Patriachats, Atomwirtschaft, Imperialismus, Ökonomie ect. und eine isolierte Herangehensweise an einen Themenbereich ist deshalb zum Scheitern verurteilt.



FOTO: Norbert Kraft

In der BI wird es abgelehnt diese Festlegung auf einen Bereich und auf bestimmte Zeiten des Politik-Machens aufzugeben. Ich halte solche Feierabend- und Freizeit-Politik für den verkehrten Weg. Wichtig wäre das gesamte Leben inklusive Alltag als Leben zu begreifen. Meine Konsequenz ist, aus der BI-Arbeit auszustiegen und nur noch im Büro-Kollektiv mitzuarbeiten. Allerdings ohne mich für Handlanger-Dienste der BI zuständig zu fühlen.

P.S.: Da ich denke, daß dies nicht eine einzelne BI betrifft, ist in dem Artikel nicht von einer speziellen BI die Rede.



Die nackte Gewalt . . . lebt in uns Männern! . . . wie lange noch?

Politiker, Wirtschaftsbosse, Bullen, Militärs, Richter, Staatsanwälte . . . sie alle haben die Macht, ihre gewalttätigen Machtphantasien an uns Wirklichkeit werden zu lassen.

Aus ihrer Sexualität wird perverse Gewalt, sie machen aus Lebendigkeit die Innere Sicherheit, produzieren permanent Kriege und deren Vorbereitung. Sie lassen die gummischwanzbewaffneten Bullen tanzen, um unseren Widerstand und Befreiungswillen niederzuknüppeln.

Das ist die nackte Gewalt von Männern!

Wir Männer wiederholen und erneuern die Gewalt dieser Herrschenden.

Wir, die sich gegen die andauernde Vergewaltigung in Arbeit, Konsumgesellschaft, Alltag und Umwelt auflehnen sind in uns gespalten. Vergewaltigung von Frauen, Unterdrückung, traditionelle Kameradschaft, autoritäre Hierarchien, heldenhafte Gehabe, üble Anmache, Sexismus in der Szene sind von Punks, autonomen, grün-alternativen Männern an der Tagesordnung. Diese Tatsachen sind bisher von uns Regensburger Männern weggeleugnet, verharmlost und übergangen worden. Und das hat auch seine Gründe:

Wir Männer genießen einige Vorteile durch das „patriarchalische Herrschaftssystem“, die VerHERlichung der Gesellschaft (Kohle, Suche nach Lehrstelle, Arbeit, sich wichtig machen, sich von den Frauen die Wunden lecken lassen, sich an der benachteiligten Position der Frauen aufbauen . . .). Die wollen wir uns nicht nehmen lassen. Insgeheim oder offen. Nachteile (z.B. Berührungsängste) sind kein Thema.

Die Infragestellung unseres männlichen Verhaltens bedeutet erst einmal die Erschütterung unserer Identität. Davor haben wir Angst – mehr anscheinend als vor den Bullen, Knast (was allerdings selten zugegeben wird). Das Innenleben von uns linken oder gar revolutionären Männern ist uns selber so wenig bekannt wie das, was sich in der „Öffentlichkeit“ abspielt.

Dieses Flugblatt soll ein Anfang sein, daß sich die Szenemänner endlich zu sich, zu ihrer Glaubwürdigkeit zu Unterdrückung durch Männer verhalten, daß wir uns Fragen stellen, darüber streiten, die stillschweigende Männersolidarität brechen, unter uns und öffentlich Stellung nehmen. Eine revolutionäre Befreiung? Die Auflösung aller Herrschaftsformen? Auf das naheliegendste wollen wir anscheinend nicht kommen:

Wie leben wir unsere Sexualität, wo ist sie Instrument der Unterdrückung, wo Lebenslust, Befreiung? Wie schaffen wir es, ein kollektives Verhalten zu Vergewaltigung, Sexismus, Protzerei in der Szene zu entwickeln und zu praktizieren, ohne allzuleichtes distanzieren von „solchen“ Männern und ohne herkömmliche Männersolidarität?

Wie knüpfen wir zärtlich-wilde Männerbeziehungen (blödes Wort)? Wie beschäftigen wir uns mit diesen Hämmern, ohne in Distanzierung, Selbsthaß und Weinerlichkeit zu verfallen? Wir Männer wiederholen und erneuern die Gewalt der Herrschenden in vielen Bereichen, ziehen Nutzen aus dem Unterdrückungsverhältnis. Wenn wir dagegen ankämpfen wollen, bedeutet das, vieles in uns zu bekämpfen, zu hinterfragen. Andere zu hinterfragen, Männer darauf anzusprechen, am Verhalten zu hindern, eine öffentliche Auseinandersetzung zu führen.

Hockt Euch endlich zusammen!
– einige Regensburger Männer –

Überparteiliche „Salzburger Plattform gegen die WAA-Wackersdorf“ protestiert gegen den „Manövereinsatz“ von Atomwaffen auf österreichischem Gebiet:

„Kecker Spatz“ zu keck

Appell an UN-Generalsekretär.

Vorwurf an Waldheim, tatenlos zuzusehen.

Die „Salzburger Plattform gegen die WAA-Wackersdorf“ hat in offenen Briefen u.a. an den deutschen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker, seinem österreichischen Amtskollegen Waldheim, Österreichs Außenminister Mock sowie an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, gegen die Übungsannahme eines französischen atomaren Erstschlags auf österreichischem Hoheitsgebiet bei dem im September in Bayern abgehaltenen deutsch-französischen Manöver „Kecker Spatz“ Protest erhoben.

UN-Generalsekretär Perez de Cuellar wurde ersucht, „den Stellenwert der österreichischen Neutralität“ zu klären. Im Schreiben an Richard v. Weizsäcker heißt es u.a.: „eine Waffenbrüderschaft, die davon ausgeht, nicht nur die Neutralität unseres Landes zu mißachten, sondern dieses Land auch zu zerstören, ist hoffentlich nicht nur in unseren Augen eine Ungeheuerlichkeit.“

Österreichs Außenminister Mock wurde vorgeworfen, nicht einmal der Aufklärungspflicht gegenüber der österreichischen Bevölkerung nachgekommen zu sein und Österreich widerstandslos zum Spielball internationaler Großmachtpolitik werden zu lassen.

Im offenen Brief an Österreichs Bundespräsidenten Kurt Waldheim stellt die Salzburger Plattform fest, daß die Manöverumstände „einen »aktiven« Bundespräsidenten aus der Reserve locken“ müßten und finden es „bestürzend“, daß Manöverbeobachter die geplante Verletzung der Neutralität (Österreichs) feststellen und Sie (Waldheim), als deren Oberbefehlshaber, dies widerspruchslos zu

Kenntnis nehmen.“ Weiter heißt es in dem Schreiben an Waldheim: „Vor Ihrer Wahl haben Sie versprochen, ein aktiver Präsident zu werden. Leider deutet momentan alles auf das Gegenteil hin.“

Der Salzburger „Plattform“ gehören 66 Institutionen und Organisationen aller politischen Richtungen an. Gemeinsames Ziel ist „eine Zukunft ohne atomare Bedrohung“-



Kostenexplosion beim KKN-Abriß

Während die geschätzten Kosten für den Abriß des stillgelegten Niederaichbacher Atomkraftwerks (KKN) bei Landshut bisher immer offiziell mit 90 bis 100 Millionen Mark angegeben wurden, hat Umweltminister Dick diese einschließlich der notwendigen Folgekosten inzwischen auf ca. 165 Millionen beziffert, wovon aus Steuermitteln ca. 150 Millionen getragen werden müßten. Dies ergeht aus einer Antwort des Umweltministers auf eine parlamentarische Anfrage des niederbayerischen Grünen-Abgeordneten Dr. Paul Kestel. Nach Ansicht des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke müßten diese wesentlich höheren Kosten dem Ministerium vor und bei der Abrißgenehmigung bekannt gewesen sein und wurden offenbar bisher nur deswegen geringer angegeben, um das umstrittene Abrißvorhaben nicht aus finanziellen Gründen zu gefährden. Das Bürgerforum sieht darin eine nicht hinnehmbare bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und des Parlaments.

Bunte Hilfe Darmstadt

Viele Menschen werden aufgrund ihres Widerstandes, zum Beispiel in der Anti-AKW-, Hausbesetzungs-, Startbahn-, oder Friedensbewegung von der Justiz verfolgt. So standen anfang 1987 über 3000 Prozesse allein im Zusammenhang mit der WAA/Wackersdorf an.

Ein großer Teil dieser Menschen ist nicht organisiert oder kommt aus Organisationen, die in diesem Falle nicht genügend Solidarität leisten können. Deshalb werden sie von uns unterstützt:

- durch Zusammenarbeit mit uns bekannt, engagierten Anwälten/innen.
- finanziell, zum Beispiel durch Übernahme der Anwaltskosten.
- moralisch, durch Prozeßbegleitung und Berichterstattung über den Prozeßverlauf.
- wir unterstützen politische Gefangene. Unsere Solidarität macht vor den Knasttoren nicht halt.

Weil wir die politischen Prozesse als Teil des Widerstandes begreifen, müssen gerade sie öffentlich gemacht werden.

Mittlerweile sind bei den meisten größeren Demonstrationen Staatsanwälte, manchmal sogar Haftrichter vor Ort. Deshalb richten wir an diesen Tagen Ermittlungsausschüsse ein.

Vom überwiegenden Teil der Presse wird die staatliche Repression gegenüber dem Widerstand verschwiegen, verkürzt oder falsch dargestellt. Wir setzen uns inhaltlich mit der Repression gegen den Widerstand auseinander, machen Flugblätter und Veranstaltungen zu diesen Themen, um so eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Um dies ausführen zu können, arbeiten wir auch mit anderen politischen Organisationen, insbesondere Prozeßhilfegruppen zusammen.

Die Bunte Hilfe finanziert sich dadurch, daß jedes Mitglied Geld, zum Beispiel fünf oder zehn Mark im Monat auf unser Konto einzahlt; außerdem machen wir Benefizveranstaltungen. Vom gesamten Geld werden zwei Drittel für die anfallenden Prozeßkosten festgelegt. Das restliche Drittel kann für die notwendige Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden. Um effektiv arbeiten zu können ist es natürlich wichtig, daß Leute bei uns mitarbeiten und wir eine breite Mitgliederbasis haben.

Jede/r ist uns willkommen, ab als aktiv mitarbeitendes Mitglied, oder als „nur“ finanziell unterstützendes Mitglied!! Wenn Du in der Bunten Hilfe Darmstadt Mitglied werden willst, schicke den Abschnitt – siehe unten – an unser Büro oder komm vorbei. Wir treffen uns jeden Montag um 20 Uhr.

**Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm-Leuschner-Str. 39
Tel. 0 61 51 -2 04 80**

TAZ 27.1.87

WAA-Gebäude als Schwarzbau?

Abgeordneter der Grünen entdeckt „riesige Baugrube“ in jenem Berich des WAA-Geländes, in dem das bisher nicht genehmigte Hauptprozeßgebäude seinen Platz finden soll

München (taz) — „Hat die WAA-Betreiberfirma Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) die Baugrube für das bisher ausdrücklich nicht genehmigte Hauptprozeßgebäude der WAA Wackersdorf bereits ausgehoben?“ Diese Frage stellt sich der Landtagsabgeordnete der Grünen, Prof. Dr. Armin Weiss. Weiss hat bei einer Geländebesichtigung mit einer europäischen Journalistengruppe am vergangenen Freitag „eine riesige Baugrube in jenem Bereich des WAA-Geländes ausgemacht, in dem später einmal das Hauptprozeßgebäude seinen Platz finden soll“. Auf Nachfrage erhielt er von dem für die Führung der Journalistengruppe zuständigen Mitarbeiter der Firma DWK/DWK die Antwort, dort sei lediglich „Material für einen Geländeausgleich“ entnommen worden. Die Lage am Standort des geplanten Hauptprozeßgebäudes, die baugrubentypische, tiefgehende

Quaderform in der ansonsten planierten Ebene und die riesigen Ausmaße begründen nach Ansicht von Professor Weiss erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Antwort. Prof. Weiss hat deshalb das Schwandorfer Landratsamt als zuständige Kontrollbehörde aufgefordert, unverzüglich zu prüfen, was es mit der Baugrube auf sich hat. Weiss befürchtet, daß die Firma DWK bereits dabei ist, widerrechtliche Vorbereitungen zum Bau zu treffen.

Quaderform in der ansonsten planierten Ebene und die riesigen Ausmaße begründen nach Ansicht von Professor Weiss erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Antwort. Prof. Weiss hat deshalb das Schwandorfer Landratsamt als zuständige Kontrollbehörde aufgefordert, unverzüglich zu prüfen, was es mit der Baugrube auf sich hat. Weiss befürchtet, daß die Firma DWK bereits dabei ist, widerrechtliche Vorbereitungen zum Bau zu treffen.

Leserbrief

An die Redaktion der Radi Aktiv

Anlässlich der letzten Ausgabe der Radi Aktiv (Nr. 13) entstand eine Auseinandersetzung über Art und Weise der Berichterstattung, sowie über die vertretenen Inhalte. Da wir es für wichtig halten diese Auseinandersetzung nicht unter den Teppich zu kehren bzw. sie durch publicity-trächtige Vorwürfe der Zensur von vorne herein zu unterbinden, hier unsere Stellungnahme dazu:

In sämtlichen Artikeln bzw. Interviewabschnitten, die sich mit den bevorstehenden Herbstaktionen befassen fällt auf:

1. Daß durchgängig nähere Informationen nur über die Großdemonstration gebracht werden. Sofern die Aktionstage auftauchen werden sie als ungewiß, in der Bevölkerung ohne Rückhalt, zu gewalttätig und insgesamt als eher unsinnig für eine Widerstandsperspektive dargestellt. – Bestenfalls noch als Steckenpferd der Autonomen, die nichts anderes im Sinn haben, als hier endlich mal wieder ihre Militanz auszuleben – dieses Bild wird jedenfalls von der Radi geprägt. Überhaupt scheinen militante Aktionen das einzige Merkmal autonomer Politik zu sein. Gewaltanwendung erscheint völlig losgelöst von Inhalten und Zielen einer politischen Richtung.

2. Die Auseinandersetzung um den Ort für die Großdemonstration im Herbst kommt zwar zu Sprache – unter der Überschrift „Vorbereitungstreffen 28.3.87: Großdemonstration in Amberg?“ taucht allerdings nur ein (!) schwammiges Argument auf, das für Amberg spricht. Zitat: „Die Demo in Amberg will, wie schon die Aktionstage, die Strukturen, die hinter dem WAA-Bau stecken, nicht nur den WAA-Bau selbst angreifen.“ (S.8, mittlere Spalte). Bereits dieses einzige Pro-Amberg-Argument beinhaltet eine Abschwächung, indem ihm der Nebensatz beigelegt ist: „... , wie schon die Aktionstage, ...“. Dies impliziert, daß der Strukturgesichtspunkt sowieso bereits durch die Aktionstage abgedeckt sei. Ganz davon abgesehen handelt der Rest des Artikels ausschließlich von Gründen, die gegen Amberg sprechen – diese sind bis ins kleinste Detail ausgearbeitet. Angesichts dieser Tatsache, aber auch aufgrund der enthaltenen Polemiken und einseitigen Hetzereien gegen Vertreter/innen des Amberg-Vorschlages, ist die Bezeichnung dieser Beiträge als „Bericht“ (siehe Inhaltsverzeichnis und S. 10) wirklich ein Hohn. Wenn ihr als Radi-Redaktion schon nurmehr formal, nämlich im Vorwort als Breites Diskussionsforum fungiert, dann macht wenigstens deutlich, daß das Radi eben nicht als Forum, sondern zur Verbreitung eurer Meinungen dient! Beispiele dafür sind die zahlreichen Diffamierungen all derjenigen, die andere Konzepte vertreten:

– Karikatur S. 8: „Sooooo breit ist jetzt ...“

Sie illustriert die Auffassung „Weg vom Bauzaun“ in einer Art, durch die der Eindruck erweckt wird, dieses Konzept entspringe lediglich einer gewissen Rat- und Phantasielosigkeit. Verpackt ist das Ganze in naive Kleinkinder-Argumentation.

– Daß es auch noch andere Beweggründe für dieses Konzept gibt, nämlich den Wunsch „militante Aktionen starten zu können“, erfahren wir dann auf Seite 9.

– Außerdem werden wir noch darüber aufgeklärt, daß die Vertreter/innen dieses Konzepts sich nie an Beschlüsse halten, andere angeblich rücksichtslos niederschreiben (wobei wir vom Vertreter der BIWAK wissen, daß sich auf diesem Treffen **alle** nur noch angeschrien haben), alle effektiven Vorbereitungen blockieren, sich überhaupt wie trotzig Sturköpfe verhalten, die von Politik und Bündnis schließen keine Ahnung haben und deswegen als durchweg „unzuverlässig und unberechenbar“ eingestuft werden müssen. Achtung! Die schwarze Gefahr überflutet uns? – „Jetzt sind die Oberpfälzer BIs gefordert!“ – Das ist die zynische Konsequenz der nächsten Überschrift, die bestens den engstirnigen Lokalchauvinismus verkörpert, der offenbar neuerdings zum Gesamt-Tenor der Radi Aktiv gemacht wird. Einigkeit und Zusammenhalt der Oberpfälzer werden hier beschworen. Aber nicht etwa gegen Staat und Kapital, sondern gegen die „Auswärtigen“. Ganz im Sinne des traditionellen bayerischen Mottos: „Notfalls im Alleingang ...“

3. Von dieser Haltung ist auch der Großteil der Interviews geprägt, sobald die Sprache auf die Herbstaktionen kommt. Überhaupt fällt bei den Interviews auf, daß sie im Wesentlichen den gleichen Standpunkt wiedergeben, der auch schon anfangs in den „Berichten“ vertreten wurde: Distanzierung von „Auswärtigen“ insgesamt. Die Hoffnungen werden gelenkt auf Wahlen oder auf den Volksentscheid über die WAA. Vielleicht ist es ja am geschicktesten sich auch mit seiner Meinung besser zurückzuhalten, wie Herr Fink meint. Die gesamte Perspektive erschöpft sich im Jammern über die Repressionen reuemütiger Rückkehr zur Gewaltlosigkeit angesichts der staatliche Übermacht und reaktiven Aktionen. Wir sehen dies nicht als Perspektive, sondern als enormen Rückschritt an. Notwendig wäre eine kämpferische Solidarität zu entwickeln, die es ermöglicht den Widerstand nicht auf Sonntagnachmittag zu reduzieren, sondern auszuweiten in die täglichen Lebenszusammenhänge.

Bei so viel Übereinstimmung von Interviews und „Berichten“ ist unserer Meinung nach auszuschließen, daß dies Zufall sei. Das bestätigt sich auch durch die gehäuft auftretenden Suggestivfragen seitens der Radi. Am deutlichsten kommt die direkte Interviewführung jedoch zum Ausdruck als Frau Heider einmal nicht konform geht mit der Radi-Meinung, wie auf S. 54 geschehen:

RADI: Edda, Du sagst, Du findest Herbstaktionen mit bundesweiter Unterstützung momentan für sehr wichtig. Wir erinnern uns auch an eine bestimmte Phase, in der viele Oberpfälzer BIs eher skeptisch waren gegen die Unterstützung aus anderen Bundesländern oder seitens der BUKO. Ist das jetzt anders?

Edda: Ja, ich finde die Unterstützung ist ja gleich am Anfang von außerhalb gekommen.

RADI: Ja, ja, aber da gab's ja jede Menge Schwierigkeiten hier in der Region.

Hier muß doch gleich nochmal nachgehakt werden, um Frau Heider wieder auf den richtigen Kurs zu bringen ...

Es fänden sich noch zahlreiche Textstellen mittels derer sich die auffällig einseitige Tendenz der Radi weiter belegen ließe. Wir finden die oben genannten Beispiele sprechen bereits Bände.

Um Mißverständnissen vorzubeugen möchten wir betonen, daß wir nicht lediglich formale Kritik an der Radi haben, z.B. daß der Bericht kein Bericht und die Interviews direktiv sind sondern daß wir auch inhaltlich andere Meinungen vertreten.

Aus all den genannten Gründen versuchen wir bei der letzten Radi-Ausgabe ein Gegengewicht zu setzen und legen jeder Ausgabe eine Gegendarstellung des Widerstandstreffens („ALLES LÜGE“) bei, mit der wir uns solidarisch erklären. Wir fordern auch die Redaktion der Radi Aktiv auf, diese Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe ungekürzt abzudrucken.

Wir hoffen ferner, daß die Radi in Zukunft zu einer Zeitung wird die sich zu Recht als Diskussionsforum des gesamten Anti-AKW Spektrums bezeichnen kann, da wir ein solches durchaus richtig fänden. Andernfalls werden wir der monopolistischen Meinungsmache unsere Unterstützung entziehen und nicht mehr weiter zur Verbreitung der Radi beitragen!

Das BIWAK-Bürokollektiv



Hallo Leute!

Ich möchte mein Abo um eine weiteres Jahr verlängern.

Von den beigelegten 100,- DM sind 25,- fürs Abo, der Rest ist Spende.

Ich empfinde das Weiterbestehen und Weitererscheinen der Radi Aktiv, trotz aller Rückschläge, und des ungeheuren Drucks der auf Euch lastet, als einen Erfolg des Widerstands. Und bestimmt wachen durch Euren Mut andere auf und fangen an, nein zu sagen!

Haltet durch!

Ein WAA-Gegner

Hallo, Ihr Radi's!!!

Zu den Herbstaktionen und der dabei entstandenen Fetzelei zwischen Euch und den Autonomen möchte ich jetzt auch mal Dampf ablassen. Fangen wir mal ganz vorne und vor allem inhaltlich an: Von den Autonomen ist für den Herbst ein Konzept vorgelegt worden, das uns von der Defensive Kampf gegen Kriminalisierung und Repression wieder in die Offensive Kampf gegen die WAA führen sollte: Statt einer Großdemo, die das Gewissen der friedensbewegten- und Anti-AKW-Dauerdemolatscher/innen von ausserhalb einen Samstag lang beruhigt, die die Autonomen an vorderster Front als Prellböcke vorführt und die die Oberpfälzer/innen als ohnmächtig schimpfende Zaunkulisse resigniert ohne eigene Handlungsperspektiven in ihrem Bürgerkriegsgebiet zurückläßt, wenn die Demo vorbei ist, statt dessen sollten Aktionstage stattfinden.

Diese Aktionstage sollten zeigen, daß es nicht nur den bösen Staat mit Knüppeln und Knast gibt, sondern auch noch Betriebe, die sich mit der WAA eine goldene Nase verdienen wollen, eine Infrastruktur, auf die die WAA angewiesen ist, die verletzbar und angreifbar ist! Die Infokarawane sollte vorbereitend und begleitend die Inhalte zu diesen Aktionen vermitteln, damit auch dem/der letzten (der Oberpfälzer/Innen sowie der Auswärtigen!) klarwerden kann, warum diese Aktionen gemacht werden und in welchem Zusammenhang sie stehen. Die Erfahrungen anderenorts mit Repression und Kriminalisierung und evtl. daraus zu ziehende Konsequenzen für den WAA-Widerstand wurde am 9.4. in Fronsberg als ein Bestandteil der Karawane diskutiert.

Seien wir doch mal ehrlich: Warum trifft denn die staatliche Repressions- und Kriminalisierungsstrategie die Anti-WAA-Bewegung so hart? Weil sie sich immer mehr dem Staat ohnmächtig ausgeliefert fühlt, weil sie ihm keine eigenen schlagkräftigen Aktionen mehr entgegensetzen hat? Solche Aktionen und das Wissen um ihre Möglichkeit machen allen, Oberpfälzer/innen und Auswärtigen, Knastis und denen draussen wieder Mut weiterzukämpfen! Wir können die Repression nicht verhindern, aber wir können versuchen, uns davor zu schützen und uns neuen Auftrieb geben, dem Staat zeigen, daß er noch mit uns zu rechnen hat!! (Anbei eine Dokumentation, die Mut macht). Widerstand, der sich einzig und allein auf das Thema Repression beschränkt, wirkt lähmend, resignierend und erzeugt nur noch Ohnmachtsgefühle! Das war mit dem Begriff „Repressionsgejammer“ gemeint! Niemand will die Repression verharmlosen!!! Eine Offensivstrategie wie oben beschrieben wird von Euch als „Schlichte Sprechblasen“, „markige Sprüche“ (Radi Aktiv 14, S.40) und überhaupt als unrealistisch diffamiert.

Am 9.4. in Fronsberg wurde eine inhaltliche Diskussion über das Aktionstage-

konzept bzw. den Einlenkversuch, wenn schon Demo, dann eine in Amberg, von Euch mit einer formalen Abstimmung zugunsten der Großdemo abgewürgt, und zwar in einer Art und Weise, die nur als Politmackertum bezeichnet werden kann? Und ein Beschluß der AMK Bielefeld ist ein Beschluß der AMK Bielefeld und keineswegs ein Beschluß des Plenums vor Ort!

Sowohl Eure Stellungnahme zu den Vorwürfen der oberpfälzer Autonomen als auch die der KB-genoss/inn/en in der Radi Aktiv 14 sind derart voll von Verdrehungen und Polemiken gegen die Autonomen, ganz zu schweigen von den unverändert bösen Karikaturen auf Kosten der Autonomen. Ich erspare es mir an dieser Stelle, alle Stellen im Text auseinanderzupflücken und beschränke mich auf die gerade genannten, da die Kritik doch wieder anders verstanden werden wird, als sie gemeint war. Ich habe die Radi Aktiv bisher als unopportunistische Zeitschrift der Anti-WAA-Bewegung schätzen gelernt. Eine Zeitschrift, die sich nie gescheut hat, Aufforderungen zu Gewaltfreiheit und Distanzeritis als das zu entlarven, was es ist: Spaltungsversuche reformistischer Kräfte, die eine starke Bewegung trennen wollen in solche, die gut und dialogbereit sind (auch mit der Polizei) und in böse Chaoten, die nur alles kaputtmachen. Und jetzt plötzlich wird von den KB-Genossen/innen/en eine Begründung für die Großdemo und gegen die autonomen Aktionstage geliefert, die ganz und gar opportunistisch ist und nur aus rein taktischen Erwägungen raus begründbar ist: Wir sollen uns an einer Großdemo deshalb beteiligen, weil eine (politisch falsche) Großdemo besser ist als gar keine gemeinsame Aktion und weil b) wird uns von den reformistischen und rechten Kräften nicht das Wasser abgraben lassen dürfen. (Radi Aktiv 14, S.44)

Dabei akzeptieren Radi's als Vertreter/innen der Anti-WAA-Bewegung einen Trägerkreis mit haarsträubenden Bedingungen: Die bayrische Friedensbewegung ist gegenüber der Anti-AKW-Bewegung mit einem unverhältnismäßig hohem Stimmenanteil vertreten, unverständlich vor allem deshalb, weil zu erwarten ist, daß gerade aus dieser Ecke wieder Distanzierungen kommen, weswegen die bundesweite Friedensbewegung dem Trägerkreis wohlweislich eine Absage erteilt hat. Da ist ein AK Theologie/Kernkraft im Trägerkreis vertreten, der mit den Bullen Gespräche über Gewaltfreiheit führt (Radi Aktiv 14, S. 25). Und da ist die mehr als wachsweiße Aussage „Keine Distanzierungen von Aktionen, die sich innerhalb des Aktionsrahmens bewegen“. Wer bestimmt denn nachher, was sich innerhalb des Aktionsrahmens bewegt?

Es würde die Position der Linken in der Anti-WAA-Bewegung verdammt nochmal mehr stärken, wenn Radi's und KB'ler/innen die Zusammenarbeit mit solchen Kräften verweigern, die Spalter als solche denunzieren und die reformistischen Be-

strebungen von rechts in diesem Trägerkreis aufdecken und öffentlich machen würden anstatt auf einer ganz gar parlamentarischen Ebene mit ihnen zu paktieren? Denn den Bedingungen nach zu urteilen, haben sie den linken Positionen im Trägerkreis doch nicht soviel Einfluß verschaffen können als sie sich ursprünglich vorgestellt hatten!

Aber nein, statt dessen werden die Autonomen isoliert.

Ich möchte abschließend zu diesem Thema noch anmerken, daß diese ganze Auseinandersetzung in der Radi Aktiv bei mir den Eindruck erweckt hat, es gehe Euch und den KB-Genossen/inn/en nur darum, die eigenen Position reinzuwaschen und keinen der Kritikpunkte als berechtigt ranzulassen.

Damit macht Ihr und Eure Mitstreiter/innen vom KB Euch als aufrichtige Gesprächspartner unglaubwürdig, und macht es uns anderen schwer, den Konflikt mit Euch auszutragen, da wir uns nicht ernstgenommen fühlen können.

Und noch was: die Großdemos in Brokdorf, Grohnde und Kalkar waren alle sehr eindrucksvoll: Alles maschierte samstags zum Bauplatz, die Zeitungen waren voll von Auseinandersetzungen zwischen Bullerei und Chaoten und zurück blieben kleine, resignierte und schikanierte BI's vor Ort, denen keinerlei Ansatz für einen eigenständigen Widerstand mehr geblieben war. Böse Zungen behaupten, dies sei das Ergebnis einer KB-gesteuerten Großdemo-Strategie. Wollt Ihr, daß der hoffnungsvoll begonnene Widerstand gegen die WAA Wackersdorf auch wieder so endet???

Eine WAA-Gegnerin



Leserbrief zu Radi 14, Brief von Ingrid Marquardt und Hannes Kempmann
Daß ich vor der Regensburger Buko zugesichert haben soll, bei „strafbaren Äußerungen die Mikrophone abzuschalten“ ist ja lachhaft und jeder, der meine Praxis in 15 Jahren Anti-AKW-Kampf kennt, Hannes, muß das wissen.

Ich kann mich auch an keine derartige Zusicherung seitens der BIWAK-Leute erinnern, und wenn das geschehen sein sollte, dann natürlich nur aus der Absicht heraus, in einer sehr schwierigen und defensiven Situation die Buko überhaupt in Gang zu kriegen und dann natürlich alle Auflagen zu übertreten. Ganz analoge Überlegungen also, wie sie vor der Nürnberger Buko auch gelaufen waren, die Hannes ja zurecht verteidigt.

Schöne atomfeindliche Grüße
Jens Scheer

Anmerkung: I.Marquardt bleibt bei ihrer Darstellung. Sie beruft sich dabei auf schriftliche Unterlagen, die von Jens Scheer eingesehen werden können.

Buchtips Buchtips Buchtips Buchtips

ÖKOZIDextra

Gerd Hensel, „Strahlende“ Opfer
Amerikas Uranindustrie, Indianer und
weltweiter Überlebenskampf
Das Buch ist über den FOCUS Verlag
Grünberger Straße 16
6300 Giessen
zu beziehen und kostete 24,80 DM

Dokumentation

„WAA-Schlagzeilen 1986“

Erfäßt sind Zeitungsartikel, die zwischen
dem 14.12.85 und dem 3.12.86, in der Mit-
telbayerischen Zeitung, der Donau-Post,
der Süddeutschen Zeitung der „Zeit“ ab-
gedruckt waren.

Betellen kann mensch die „WAA-Schlag-
zeilen“ bei:

Peter und Gisela Herzig

Baronstraße 34

8405 Donaustauf

Preis: 25 DM plus Versandkosten

„Das schwarze Loch“

Einen guten Überblick über die Veröffent-
lichungen zum Thema 10 Jahre Deut-
scher Herbst, die unterdrückte und ver-
drängte Geschichte der BRD erhält
mensch durch die Bücherliste „Das
schwarze Loch“. Diese Bücherliste ent-
hält ein Auswahlbibliografie zu folgenden
Schwerpunkten: Protestbewegung bis
1971/72, Diskussion: Stadtguerilla,
Stammheim, Bewaffneter Kampf, die Lin-
ke und der Staat, Staatliche Repression,
Diskussion in Europa.

Das schwarze Loch liegt in einigen Buch-
läden kostenlos aus, bestellt werden
kann es mit 1,50 DM Rückporto bei:

ID-Informationsdienst

(Das schwarze Loch)

Postfach 90 03 43

6000 Frankfurt



Kalender

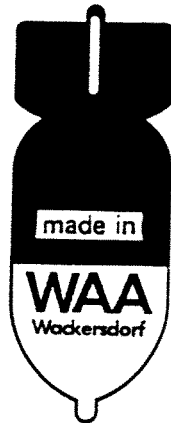
„Oberpfälzer Tagebuch 1988“

Eine Beschreibung von Veränderungen in
Bildern und Texten. Ausgewählte Ereig-
nisse neuerer Oberpfälzer Geschichte.
Ein Kalender gegen die geplante WAA.
Erhältlich beim Buchhandel, beim Bund
Naturschutz und den Oberpfälzer Bürger-
initiativen gegen die WAA zum Preis von
DM 16,50 – für Wiederverkäufer auf Anfra-
ge.

Einzelbestellungen gegen Vorauszahlung
durch Verrechnungsscheck, incl. Porto
und Verpackung, DM 22,-, bei Bund Na-
turschutz in Bayern e.V., Postfach 40,
8441 Wiesenfelden und Amberger BI ge-
gen die WAA – Günter Moser, Kolpingstr.
12, 8451 Ammerthal.

Jutta Ditfurth und Rose Glaser (Hg)

Die tägliche legale Verseuchung unserer
Flüsse und wie wir uns dagegen wehren
können. Ein Handbuch mit Aktionsteil
Ein natur-Buch mit einer Einführung von
Haimar Ditfurth, 480 Seiten, Ladenpreis
DM 36,-
Rasch und Rohring Verlag



Dietrich Schulze-Marmeling

Null-Lösung

Will die Nato wirklich abrüsten?

Mit der viel diskutierten „Null-Lösung“
sollen zum ersten Mal im atomaren Zeital-
ter moderne nukleare Waffensysteme ver-
schrottet werden. Ist damit endlich ein
wirklicher Abrüstungsprozeß in Gang ge-
setzt?

Dietrich Schulze-Marmeling, Autor zahl-
reicher militärpolitischer Bücher und Mit-
arbeiter der grünen Bundestagsfraktion,
warnt in seinem Buch „Null-Lösung“ vor
Illusionen. Seine These: Die NATO will
umrüsten, nicht abrüsten. Ihre Waffensy-
steme werden modernisiert, ihre Kriegss-
zenarien neuen technologischen Ent-
wicklungen angepaßt. Die komplizierte
innere Struktur der NATO und ihre strate-
gischen Grundkonzepte machen sie zur
Abrüstung unfähig.

So bitter diese Analyse ist, so sorgfältig
und kenntnisreich wird sie vom Autor be-
legt. Er empfiehlt der Friedensbewegung
eine illusionslose und distanzierte Hal-
tung gegenüber dem gegenwärtigen Ab-
rüstungspoker und befürwortet eine Stra-
tegie, die die gesellschaftlichen Ursa-
chen der Aufrüstung mit einschließt. Ge-
fährlich wäre die Verengung des frieden-
spolitischen Blickwinkels auf angebliche
Abrüstungsfortschritte auf einem Gebiet:
„So schnell, wie die NATO neue Waffensy-
steme produziert und stationiert, kann
keine Friedensbewegung reagieren. Auf
dieser Ebene muß der Widerstand erfolg-
los bleiben.“

160 Seiten Taschenbuch,
Verlag Die Werkstatt GmbH
Lotzestraße 24 a
3400 Göttingen
Preis: 14,80 DM

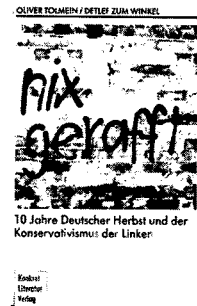
Oliver Tolmein, Detlev zum Winkel

„nichts geRAFFt“

10 Jahre Deutscher Herbst und der Kon-
servatismus der Linken.

10 Jahre Deutscher Herbst – das ist mehr
als ein bleierndes Jubiläum. Die Linke hat
sich von dem Schock der staatlichen Re-
pression immer noch nicht erholt. Statt
die Erfahrungen der militanten Anti-AKW-
Kämpfe in Malville oder Kalkar, mit dem
Staat, der Stammheim möglich machte,
politisch umzusetzen, ist die oppositio-
nelle Politik in Ritualen erstarrt: in Unter-
werfungsritualen in Parlamenten Fighter
Ritualen auf der Straße. Die Autoren ha-
ben mit damals Aktiven aus der RAF, der
„alten“ Anti-AKW-Bewegung und dem
Regierungslager gesprochen. Sie skizzie-
ren die damalige Situation und entwik-
keln daraus eine Kritik am Konservatis-
mus der heutigen Linken.

Erschienen ist das Buch im Konkret Lite-
ratur Verlag und kostet 18 DM.



Konkret
Literatur
Verlag



Kurzmeldung

1. Regensburger Fachtagung für Lust und Freiheit

Auszüge aus dem Programm:

4.12.87 Horst Stowasser: Die Geschich-
te des Anarchismus in Deutsch-
land

5.12.87 Ab 16 Uhr Ausstellung im BIWAK-
Büro, zur Geschichte des Anar-
chismus in Deutschland

12.12.87 Großes Fest, usw. usw.

Das vollständige Programm (vom 4.12. –
20.12.) und sonstige Informationen kann
über folgende Adresse bezogen werden:
Libertäres Forum
Postlagerskarte 028578 C
8400 Regensburg 1

VERTREIBUNG VERHINDERN

VERTREIBUNGEN
 - bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen, davon nur etwa 11,5 Millionen registriert und "betreut"
 - treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten in der "Dritten Welt"



BEDROHT UND VERTRIEBEN
 - Kurden, Äthiopier, Assyrer, Stammesvölker in Indien und Bangladesch, Indianer in beiden Kontinenten
 - von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Heubgier und Landraub
 - von ökologischem Fraßbau, von Entwicklungsprojekten und falscher Fortschritt



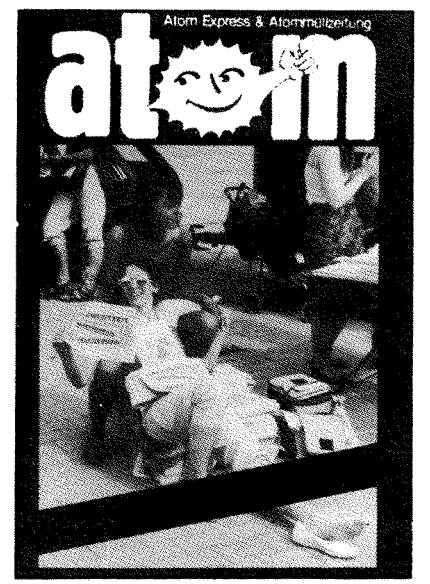
HELFE SIE UNS MIT IHRER SPENDE
 - die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
 - gegen diese Vertreibungen zu protestieren

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER
 Gemeinnütziger Verein
 Postfach 2024
 3400 Göttingen
 Tel. 0551/55822-3
 Spendenkonto:
 Post giro Hamburg
 935-200 Btz 200 100 20



SONNENKLAR:
 Der Anti-AKW-Kalender lebt weiter! Auch 1988!

Nach langem Hin und Her (siehe Artikel im Innenteil) gibt's nun doch wieder einen Anti-AKW-Kalender.
 Aus dem Inhalt: Kleines Anti-AKW-Alphabet, Atommülltransporte, Strahlentage nach Tschernobyl, Strahlenschutzkommission, Gorleben, Wackersdorf & sonstige Atom-Anlagen, -innere Sicherheit-, Widerstand im Baskenland.
 Und natürlich: Kalendarium, Ferientermine, Postgebühren, Menstruationskalender
 Adressen jede Menge: Inis, Institute, Radioaktivitätsmeßstellen, Büchertische, Zeitschriften, Ermittlungsausschüsse, Grüne, internationale
 Insgesamt 224 Seiten für ganze 3,50 DM. Für BI's, Büchertische etc. 30% Rabatt
 Bestellungen an: atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen



AUS DEM INHALT:

- Salzstock Gorleben
 3 Unfälle beim Schachtausbau
 Ein Arbeiter mußte sein Leben lassen
 Betreiber wollen Endlager weiterbauen
- Konditionierungsanlage
 Neue Atomüllfabrik nach Gorleben
- Ein Jahr nach Tschernobyl
 Anstieg von Trisomie 21
 Säuglingssterblichkeit in Lingen
 Wackersdorf Chronik
- Widerstandsdiskussionen
 Streit um die Herbstaktion in Wackersdorf
 Autonome in der Anti-AKW-Bewegung
- Atomüllkonferenz in Kassel
- Arbeit in Atomanlagen—Mord auf Raten?
- Herzschläge

Atom

berichtet vom Widerstand an den Standorten von Atomanlagen

Atom

erscheint zweimontlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 DM.

Herausgeber und Bestelladresse:
 Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Rheinländerstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158 oder
 Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt.



Sach-Comic zur Welternährung
 44 S. broschiert
 Preis DM 4.50

Bezug:
 Gesellschaft für entwicklungs-
 politische Bildung (GEB)
 Postfach 5222, 7800 Freiburg

Unterrichtsmaterialien Dritte Welt

Lieferbare Titel:
 Nr. 1 Nicaragua (überarbeitet 1985)
 - Nr. 4 Zigeuner - Nr. 6 Welthandel I - Nr. 7 Kolonialismus - Nr. 8/9 Welthandel II - Nr. 10 Bolivien (überarbeitet 1985) - Nr. 11 Imperialismus - Nr. 12 Großtechnologie - Nr. 13 Tourismus - Nr. 14 Modernisierung des Elends - Nr. 15/16 Waffenexport - Nr. 17 Politische Flüchtlinge - Nr. 18 Türken in Deutschland - Nr. 19/20 Israel in Palästina - Nr. 21 Brasilianischer Zucker
 Loseblattsammlung
 Einzelnummer ca. 32 S. A4-Format
 - kopiertfähig, Einzelpreis DM 6,- zzgl. Porto
 Doppelnummer = doppelter Umfang, Preis DM 12,-

Ökobankverein Marburg

Aufruf zum Aufbau eines unabhängigen Radioaktivitätswarnstationen Netzes !!!
 Anfragen bitte an:
 Ökobankverein Marburg
 Uferstr. 4, 3550 MR

Anti-WAA - Adressen

ABENSBURG Friedensinitiative	c/o Brigitte Heusinger Münsterstr. 15 89423 Abensberg	LANDSHUT BürgerForum Landshut	Gernot Hüblein Bürgerstr. 2 82111 Altfraunhofen 08709/10 43	STADTDECKECK Jugendzentrum im Stadtdreieck	Postfach 1179 9112 Stadtdreieck
ALTDORF BI Altdorf	Kornelube Altdorf Röderstr. 1 8503 Altdorf	LANDSHUT BürgerForum Landshut	Gepp Fleck Am Pfarranger 5 8300 Hoheneggkofen 0871/58 551	STORNSTEIN BI STORNSTEIN	Hans Krug Flößerstr. 2 9181 Stornstein
AMBERG BI Amberg	Helmut Wilhelm Langangerweg 42 9150 Amberg 0921/61 275	MITTERTEICH BI Mitterteich	Irregard Klien Kerlstr. 8 9500 Marktredwitz 0921/61105	SULZBACH-ROSENBERG BI Sulzbach-Rosenberg	Postfach 1305 9158 Sulzbach-Rosenberg
ASCHAFFENBURG Anti-WAA-Init. und ins.gegen Atonanlagen	BAL - Grünes Büro Dückerstr. 3 8750 Aschaffenburg	MÜNCHEN Landesverband der	katholischen Landjugend Kriemhildstr. 19 8000 München 19 089-172560	SULZBACH-ROSENBERG Die Grünen Sulzbach- Rosenberg	c/o Reiner Herbst Biedergrasse 7 9158 Sulzbach-Rosenberg
AUGSBURG Aktion Umweltschutz e.V.	c/o Jörg Westerhoff Burgfelderstr. 10 8900 Augsburg 0921/51 80 04	MÜNCHEN Bund Naturschutz in Bayern e.V.	K. Steininger Schönfelderstr. 8 8000 München 22 089-28 93 71	UCKERSDORF Frauen gegen die WAA	c/o Uckersdorf 7 8907 Uckersdorf 0921/55 57
AUGSBURG Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) LV	c/o Carl v. Andrian Hennelwangerstr. 12 8900 Augsburg 0921/8 59 61	MÜNCHEN Koordinationsbüro Ischertubul	Kistlerstr. 1 8000 München 50 089/697 25 21	ULSDORF BürgerForum Umwelt e.V.	Galgenberg 3 8958 Ulsdorf
AUGSBURG Initiative f. strahl- ungsfreie Energie	Robert Prestele Kirchgrasse 8 8900 Augsburg 0921-38 5 21	MÜNCHEN Landesjugendleitung Theisenstr. 21/III 8000 München 2 089/ 28 600 23	WENDELSTEIN Landesjugendleitung Theisenstr. 21/III 8000 München 2 089/ 28 600 23	WENDELSTEIN Kernan Blumenstock Kudersriederweg 8 8900 Wendelstein 0923-78 03	
AUGSBURG BI gegen die WAA und andere Atonanlagen	c/o Netzwerk Hettlich-Grassl-Gasse 4 8900 Augsburg 0921/15 38 62	MÜNCHEN Anti-Aton-Büro München	Breitscherstr. 12 8000 München 80 089/448 56 38	WÜRZBURG Anti-WAA Gruppe Fontage im	Autonomen Kulturzentrum Sektorstr. 2 9700 Würzburg
AUGSBURG Anti-AKW-Planum Augsburg	Hartin Kopp Oylestr. 18 c 8900 Augsburg	WALLA/BAD STEBEN Friedensgruppe Walla/Bad Steben	c/o Wolfgang Müller Bodengrüner Weg 6 8675 Bad Steben	BI außerhalb Bayerns:	
BAMBERG BI B A	Christian Neme Pestalozzistraße 5 9600 Bamberg 0931/47 182	NEUMARKT I.D.O. Die Grünen KV Neumarkt	Christi Neufert Wagnergrasse 9 9133 Farsberg 0936/16 24	BBN - Infolden c/o H. Heier	St. Paulstr. 10/II 8900 Bremen-Ostertor 0421-70019
BAMBERG BI B A	Hubert Seche Brunhildsbrunn 3 9600 Bamberg	NEUSTADT/ALSBCH Bürgerinitiative gegen Atonanlagen	c/o Buchladen Hobbit Wurzburger Str. 21 9530 Neustadt/Alsbch 09161/5790	Freesehütte Futlingen	Forststr. 3 7075 Futlingen 07171-78210
BAMBERG Bund Naturschutz Bamberg	Dr. Ludwig Truutmann-Popp Dörre Str. 7 9600 Bamberg 0931/53444	NÜRNBERG Redi-Aktiv Büro	c/o Kulturladen Süd Bothenburger Str. 108 9600 Nürnberg 0911/28 89 46	Anti-WAA-Gruppe c/o	Baubüro V.A.U.L. Currystr. 25 1000 Berlin 36
BAMBERG Greenpeace	Helm Grube Schlüsselbergerstr. 5 9600 Bamberg 0931/55 072	NÜRNBERG Nürnberger BI gegen die WAA	c/o Monika Beck Krelingstr. 45 9600 Nürnberg 10 0911/36 63 46	ATOMMULL-KONFERENZ	c/o Umwelzentrum Nunt. Sicherheitsstr. 57 4000 Münster 0251/52 12 11
BAYREUTH Robin Wood Bayreuth	Jochan Sahr Orlamünding 31 9580 Bayreuth 0921/46262	NÜRNBERG Bund Naturschutz Nordbayern	Bauerfeldstr. 23 9600 Nürnberg 50 0911-86 80 11	ATOMMULLZEITUNG Atomullzeitung	Sünter Gerber Pönerer Str. 82 2121 Kopenhagen
BAYREUTH BUND NATURSCHUTZ Kreisgeschäftsstelle	Ludwigstraße 32 9580 Bayreuth 0921/53 992	NÜRNBERG Gesellschaft Aktions- gruppe "Sandkörner"	c/o Christine Fuchs Kopernikusplatz 17 9600 Nürnberg 40 0911/45 31 84	BADEN-BADEN Anti-AKW-Initiative	c/o Daniel Zimmermann Waldesstr. 1 7570 Baden-Baden 07221/2 67 91
BAYREUTH FRIEDENSLADEN	Jean-Paul-Str. 8 9580 Bayreuth 0921/56 540	NÜRNBERG WAA-KJ Jugendorg. Bund Naturschutz	c/o Lydia Rufmann Mühlhofer Hauptstr. 24 9600 Nürnberg 60 0911/83 83 89	BOHN Die Grünen	c/o Wolfgang Daniels Bundeshaus 5300 Bonn 0228-153387
CHAM BI Cham gegen die WAA	Alex Weiß Kettlerdorf 15 9401 Rimbach 09241/81 27	OBERSULZBACH BI Oberrimbach	Fritz Bilkneroth Burkhardtberg 1 9478 Teusn 09241/18 46	DARMSTADT Anti-AKW-Adresse:	Robin Wood & Bunte Milfe Wilhelm-Leuschner-Str. 35 8100 Darmstadt
COBURG Die Grünen	Werner Michel Nicolaus Zech Str. 66 9630 Coburg 0931-38794	PAPPENHEIM Umweltgruppe Pappenheim	Volker Schmid Dr. Dr. Bertha-Kipf-Müller- Str. 83 9634 Pappenheim 09143-6105	DIEPHOLDSTADT Anti-Atombüro	Auf dem Ort 10 3549 Diepholdstadt-Wethen 06629/737
COBURG Friedensbüro	Hohrenstr. 3 9630 Coburg	PASSAU Die Grünen KV Passau-Stadt	Innstr. 8a 8300 Passau 0931/34 44 11	Freiburg Anti-WAA-Planum Buchhandlung	"Jos Fritz" Wilhelmstr. 15 7800 Freiburg
DILLINGEN Bürgerinfo	Königsstr. 48 8960 Dillingen/Donau 09071/41 -317	PEENITZGRUND BI Peenitzgrund	Wolfgang Gröner 0661 Eschenbach 71 09154-85 64	Freiburg WAA-Info-Zentrum	c/o Fabrik Haberburgerstr. 8 7800 Freiburg 0781/551280
DONAUWERTH Schutzgr. Donauerd Stadort-Pfaffenhofen	Dr. Jochen Heyen Birkenweg 2 8951 Buttenwiesen 09271/523	REGENSBURG BI W A K	BIWAA-Büro Engelburggrasse 12 9400 Regensburg 0941/65 555	GÖTTINGEN Göttinger AK gegen Atomenergie	Barnd Weltmann Herrmann-Fogeweg 14a 3400 Göttingen
ECKENTAL Die Grünen	Hansfried Sachmayer Hallerstr. 15 9501 Eichenau 09126 / 53 88	REGENSBURG Ostbayerische Presse Agentur	Geldene Bärenstr. 7 9400 Regensburg 0941/52183	HANKENSBÜTTEL Bürger gegen A-Hüll -Isenhammer Land-	Postfach 11 89 3122 Hankensbüttel
ERLANGEN Gruppe gegen Atonan- lagen	Stefan Pahde Dolgerstr. 25 91020 Erlangen 09131/ 59 03 75	REGENSBURG gegen die WAA Studentenrat Aktionsauschuss	Unitstr. 31 9400 Regensburg 0941/91 36 943	HANNOVER Gruppe Ökologie Han- nover (ÖÖK)	Immergartenstr. 31 3000 Hannover 1 0511/69 63 100
ERLANGEN Bund Naturschutz Kreisgruppe Erl.	Bn Erlangen Hainstr. 1 91020 Erlangen	ROSENHEIM Anti-WAA-Planum	Stefan Keller Klosterstr. 3 8200 Rosenheim	HEIDELBERG Anti-AKW-Büro Mo-Fr. 18-20 Uhr	Bergheimerstr. 125 6900 Heidelberg 06221/12 851
FORCHHEIM Grün-Alternative Liste Forchheim	c/o Peter Frez Schloßplatz 8 9581 Weilersbach	SCHWANDORF Ortsgruppe Wackera- dorf	c/o Helmut Weirauch Odenstr. 7 9164 Wackerdorf	KARLSRUHE BUND Regionalverband Rittlerer Oberrhein	Umwelzentrum Untere Str. 36 7600 Karlsruhe 01 0721-55 80 81
FREILASSING Die Grünen KV Freilassing	Seebauerstr. 13 8028 Freilassing	SCHWANDORF BI gegen die WAA Schwandorf/ Vorkreis	Erne Weinhöfer Salzgrasse 3 9160 Schwandorf 09431/21 658	KASSEL Umwelzentrum Kassel	Elfbuchenstr. 18 3400 Kassel 0561/77 53 07
FREISING Anti-WAA-Gruppe	Helge Voit General-v.-Nagel-Str. 40 9050 Freising 09161 / 25 75	SCHWANDORF Ortsgruppe Schwandorf	Karlheinz Kargemeier Rosenstr. 19 9160 Schwandorf-Fronberg 09431/20 435	KASSEL Kasseler Jugend gegen Atonanlagen	Goethestr. 96 3500 Kassel
FÜRTH Recyclinggruppe Fth OBR Bormachergasse 24 9110 Fürth 0911/708600	Recyclinggruppe Fth OBR Bormachergasse 24 9110 Fürth 0911/708600	SCHWANDORF Ortsgruppe Stadtdreieck	Barbara Schmitz Reichelstr. 2 9118 Teublitz 09471/87758	LUDWIGSHAFEN Initiative gegen den Atomst. Hammeln	c/o Walter Siegfried Kanalstr. 17 6700 Ludwigshafen 0621/ 62 13 42
GARNISCH-PARTENKIRCH Anti-WAA-Initiative ins.geg. Atonanlagen	c/o Hans-Georg Putzner Schmitzschulestr. 2B 8100 Garnisch-Partenkir. 08661/73 461	SCHWANDORF Ortsgruppe Schwarzenfeld	Michael Rohr Waldstr. 3 9172 Schwarzenfeld 0943/20 56	LÜCHOW-DANNEBERG BI Lüchow-Danneberg	Draußenstr. 3 3130 Lüchow 09411-5684
GRÜNE Die Grünen Nürnberg	Karl-Böger-Str. 38 9600 Nürnberg 40 0911/45 59 84	SCHWANDORF Ortsgruppe Habburg	Hans Bessert Schulgrasse 5 9170 Habburg 09433/62 58	PARBURG BI gegen Atonanlagen Harburg	c/o KFZ Schulstr. 6 3550 Harburg
GRÜNE AK Energie der Grünen	Dorothea Winczorek Geutzstr. 4 8000 München 089/87 17 514	SCHWANDORF Ortsgruppe Habburg	Agnes Gintz Karlshöhe Str. 2 9170 Habburg 09433/7 60	REITINGEN BI gegen Atomenergie Reitingen	z.Hd. Müller Reuterstr. 18 4530 Ibbenbüren 05451/12 680
GRÜNE AK Energie der Grünen	Alfred Korblein Engelhardtstr. 7 8000 München 70	SCHWANDORF Ortsgruppe Pfriand	Hannelore Lanzi Pfriandstr. 2 9173 Pfriand	MORFELDEN BI gegen die Flug- hafenverlängerung	Helge Arnold Wilhelm-Leuschnerstr. 50 6608 Morfelden 06105-37 26
GRÜNE KA-Ausschuß der Grünen	Baumstraße 4 8000 München 8 089/201 44 86	SCHWANDORF Ortsgruppe Neunburg v.M.	Alain Herrmann Ulmalstr. 24 9182 Neunburg v.M. 09472/12 12	MÜNSTER Umwelzentrum Münster	Scharhornstr. 57 4000 Münster 0251/52 11 12
INGOLSTADT Grünes Büro Ingolstadt	Korst Feigler Trenknerstr. 8 II. 8070 Ingolstadt 0941-33 703	SCHWANDORF Anti-WAA-Büro	Postfach 1145 9160 Schwandorf 09431/10 29	REUTLINGEN Anti-WAA-Gruppe	c/o Friedensbüro Weingartenstr. 25 7310 Reutlingen
INGOLSTADT BI Ingolstadt gegen die WAA	Schulstr. 8 8070 Ingolstadt	SCHWANDORF Freies Wackerland ERNSTLINGS-AUSSCHUSS c/o Info-Büro	Altenachwand 91 9165 Bodendorf 09431/33 88	SARBRÜCKEN Anti-WAA-Büro Saar Alte Feuerwache	geöffnet: Mo-Do 17-20.00 An Landwehrplatz 6600 Saarbrücken 0681/35 958
KALLMUNZ BI Kallmünz	Karl Hammer Geigenberg 5 9111 Kallmünz 09473/10 51	SCHWANDORF INFO-BÜRO Freies Wackerland	Altenachwand 91 9165 Bodendorf 09431/33 88	SCHWABINGEN Schwabinger BürgerForum	c/o Gaby Traub Postfach 10 8500 Schwabing-Graben 089/24 66 11
KRUMBACH Mittelschwabische Initiative g. d. WAA	c/o Jo Eder Schloßberg 7 8908 Krumbach-Hohenau 09202-5818	SCHWABINGEN Ortsgruppe Bruck	Siegfried Hauser Am Hoffeld 24 8166 Bruck	TÜBINGEN Anti-WAA-Gruppe die ude-weckerhof	c/o Peter Weitz Laden Ludwigstr. 2 7200 Tübingen 07141-7000
KULMBACH Regionalbüro Oberfranken Die Grünen Regional- büro Oberfranken	Regionalbüro Oberfranken Obere Stadt 27 8650 Kulmbach 09221-87581	SCHWANDORF Ortsgruppe Bruck	Marie Scheid Birkweg 17 9115 Nittenau	UNTERELBE Anti-WAA-Gruppe	Postfach 1102 8475 Vornberg-Koblitz
LANDSHUT BürgerForum Landshut c/o	Thomas von Tauernbach Dammstr. 13 8300 Landshut	SCHWANDORF OB Vornberg-Koblitz	Postfach 1102 8475 Vornberg-Koblitz		

